

Heinzpeter Znoj (Hg.)

**Anders
Wirtschaften –
Gespräche
mit Leuten,
die es
versuchen**

Anders Wirtschaften – Gespräche mit Leuten, die es versuchen

Heinzpeter Znoj (Hg.)

«Anders Wirtschaften – Gespräche mit Leuten, die es versuchen» ist als E-Book in zahlreichen E-Book-Shops erhältlich.

Weitere Informationen auf der Website www.conzettverlag.ch

Alle Rechte vorbehalten

Nachdruck in jeder Form sowie die Wiedergabe durch Fernsehen, Rundfunk, Film, Bild- und Tonträger, die Speicherung und Verbreitung in elektronischen Medien, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher und schriftlicher Genehmigung des Verlags

1. Druckauflage (basierend auf der E-Book-Version 2015)

© 2016 Conzett Verlag by Sunflower Foundation, Zürich

Cover: Claudia Neuenschwander werkk.ch

ISBN 978-3-03760-040-5

www.conzettverlag.ch

www.sunflower.ch

Inhalt

Einleitung	6
Heinzpeter Znoj	
Das Problem mit dem Geld	11
Eske Bockelmann	
TALENTE Vorarlberg	13
Heinzpeter Znoj und Gernot Jochum-Müller	
<i>Das Projekt</i>	13
<i>Das Gespräch</i>	13
Eurogedeckte und zeitbasierte Währungen	13
Volkswirtschaftliche Ziele eurogedeckter Lokalwährungen	17
Motive für die Teilnahme	17
Talente/Zeittauschsysteme	20
Eigenproduktivität	22
Wer macht mit?	23
Liquidierende Transaktionen und systemische moralische Verpflichtung	24
Politik	26
<i>Kommentar</i>	28
Eva Lang	
Die Zeitvorsorgen Obwalden und St. Gallen	30
Theo Wehner, Heinzpeter Znoj, Gernot Jochum-Müller und Heidi Lehner	
<i>Das Projekt</i>	30
<i>Das Gespräch</i>	30
Zeitvorsorge in der Schweiz	30
Der Ursprung der Zeitvorsorge in Japan	31
Vom Zeittausch zur Zeitvorsorge	32
Zeitvorsorge und Unterstützung von älteren Menschen	34
Ein- und Ausschluss	36
Zeitvorsorge und Solidaritätsbeziehungen	37
Ist die Zeitvorsorge eine neoliberale Erfindung?	38
Zeitvorsorge als alternative oder komplementäre Ökonomie?	40
<i>Kommentar</i>	43
Ulrike Knobloch	

Mobility – Vom Teilen zur Sharing Economy	46
Heinzpeter Znoj, Theo Wehner und Conrad Wagner	
<i>Das Projekt</i>	46
<i>Das Gespräch</i>	46
Ein Mittagstisch	47
AutoTeilet	48
Mobility und die Entwicklung des Carsharing zum Business	51
Anders Wirtschaften mit Carsharing	53
Peer-to-peer und free-floating Carsharing	54
Ausblick	55
<i>Kommentar</i>	57
Theo Wehner	
Die Kommune Niederkaufungen	60
Heinzpeter Znoj und Gottfried Schubert	
<i>Das Projekt</i>	60
<i>Das Gespräch</i>	61
Umgang mit Geld	61
Vertrauen und Auseinandersetzungen	64
Gruppenidentität und Gruppengrenze	65
Eintritt und Austritt	67
Hierarchien und Konfliktlösung	70
Fortsetzung am nächsten Tag ...	72
<i>Kommentar</i>	74
Aldo Haesler	
Beitragen auf dem Pappelhof	77
Sigrun Preissing	
<i>Das Projekt</i>	77
<i>Das Gespräch</i>	79
Was ist Bedürfnisorientiertes Produzieren?	79
Motivationen der Bewohnerinnen und Bewohner	79
Beteiligung aus dem Netzwerk der BOP	82
Finanzierung der Bedürfnisorientierten Produktion	84
Gemeinsame Alltagsökonomie der Bewohnerinnen und Bewohner	85
Wert und Wertschätzung	86
Vermögensökonomie	87
Mangel und Luxus	87

Zugehörigkeit	88
Ausschluss, Einschluss?	88
Persönliche Perspektive	89
<i>Kommentar</i>	91
Heinzpeter Znoj	
Die Teilnehmenden am Projekt	94

Einleitung

Heinzpeter Znoj

Spätestens seit der grossen Finanzkrise hat die Skepsis gegenüber dem orthodoxen Kapitalismus zugenommen, auch ausserhalb der Kreise von Globalisierungskritikern und Ökologisch-Alternativen. Unsere Gesellschaft hat, wie Eske Bockelmann in seinem Beitrag zu diesem Band schreibt, zunehmend ein «Problem mit dem Geld», weil immer mehr Bereiche des individuellen und gesellschaftlichen Lebens, aber auch der Natur, einer rein marktwirtschaftlichen, auf Rendite ausgerichteten Logik unterworfen werden. Die negativen Folgen dieser neoliberalen Wirtschaftsordnung für die Verteilungsgerechtigkeit, den sozialen Zusammenhalt und die Natur sind unübersehbar geworden. In diesem Band stellen wir Projekte vor, die sich als praktische Lösungsvorschläge für unser «Problem mit dem Geld» verstehen. Sie versuchen, den Zwang des Kapitalismus, Rendite zu erzielen, zumindest lokal und in kleinem Kreis aufzuheben: Sie sozialisieren den wirtschaftlichen Austausch über zinslose Währungen, Zeitguthaben und das Teilen oder heben ihn innerhalb von Kommunen ganz auf.

Die in Gesprächen vorgestellten fünf Wirtschaftsformen grenzen sich mehr oder weniger stark von der herkömmlichen Geldwirtschaft ab. Die einen verstehen sich als komplementäre Institution zur bestehenden Wirtschaftsordnung, die allenfalls ihre Systemschwächen kompensiert. Andere verstehen sich als Alternative zum Kapitalismus.

- Der Talente-Tauschkreis in Vorarlberg hat mehrere zinslose Lokalwährungen eingeführt, die besser als das herkömmliche Geld den lokalen Austausch und die soziale Integration fördern sollen.
- Die Zeitgutschriften für Betreuungsarbeiten in Obwalden und St. Gallen sollen die gegenseitige Hilfe von Bürgerinnen und Bürgern stärken und den Gemeinden helfen, Betreuungsleistungen zu erbringen, die von den Gemeinden kaum mehr zu bezahlen sind.
- Das Carsharing-Unternehmen Mobility ist aus einem konsumkritischen und ökologischen Freundeskreis entstanden. Bis heute hat es die Organisationsform einer nicht gewinnorientierten Genossenschaft beibehalten.
- In der Kommune Niederkaufungen wird auf individuellen Geldbesitz verzichtet – die Einnahmen und Ausgaben werden innerhalb der Kommune sozialisiert.
- Auf dem Pappelhof wird auch in den Beziehungen nach aussen teilweise auf den äquivalenten Tausch verzichtet: Die produzierten Kartoffeln werden verschenkt.

Durch wirtschaftlichen Austausch Gemeinschaft stiften

So unterschiedlich weit die fünf Beispiele auch von der konventionellen Wirtschaft entfernt sind, teilen sie doch zwei Charakteristika. Zum einen sind die Projekte wie erwähnt nicht gewinnorientiert und zum anderen konstituieren sie Gemeinschaften, die von der Zweck- bis zur Lebensgemeinschaft reichen.

Beinahe klösterlich in ihrer Konzentration auf das Gemeinschaftsleben und in ihrer Abgrenzung gegen aussen stellt die Kommune Niederkaufungen hier den einen Pol dar. Den anderen Pol bildet Mobility, eine Firma mit starker Markenidentität, die sich von einer konventionellen Autovermietung aber darin unterscheidet, dass ihre Nutzer auch ihre Eigentümer sind. Auf dem Pappelhof wird Gemeinschaft in unterschiedlicher Abstufung und zeitlich limitiert gelebt, je nachdem, wie stark die Mitglieder zum Experiment beitragen und wie sehr sie Gesinnung und Habitus der «Beitragsökonomie» teilen. Die

Zeitvorsorgen St. Gallens und Obwaldens beziehen sich unterschiedlich stark auf bereits bestehendes Gemeinschaftsengagement und fördern die Solidarität unter den Beteiligten. Und schliesslich konstituieren die Talente-Alternativwährungen «Zahlungsgemeinschaften» im Sinne der chartalistischen Schule¹: Sie inszenieren den wirtschaftlichen Austausch als gemeinschaftsstiftendes Ritual.

Dass man die Gemeinschaftsbildung überhaupt als gemeinsames Element alternativer Wirtschaftsformen bestimmen kann, liegt daran, dass die Geldwirtschaft genau dies nicht leistet. In der Geldwirtschaft treten die wirtschaftlichen Akteure miteinander auf vertragliche Art in Austausch, was keinerlei soziale Beziehung voraussetzt oder zur Folge hat: Der marktwirtschaftliche, geldvermittelte Austausch ist liquidierend, d.h. die Tauschpartner sind nach dem vollständigen Vollzug der Transaktion quitt.² Unsere Gesellschaft hat es mit der Einrichtung eines Marktes der liquidierenden Transaktionen geschafft, den wirtschaftlichen Austausch von allen sozialen Verpflichtungen zu entlasten. In den Worten Polanyis wurde er dabei von einem in die Gesellschaft eingebetteten Zustand in einen uneingebetteten übertragen.³ Das hat einerseits zu einer starken wirtschaftlichen Eigendynamik und andererseits zu Individualismus und zur Unterordnung der Gesellschaft unter den Markt geführt – wie Polanyi in seinem Werk «The Great Transformation» festgestellt und beklagt hat. Die marktwirtschaftliche Praxis hat somit den materiellen Austausch seiner ursprünglichen – und bei uns noch in Familien und unter Freunden fortlebenden – geselligen und gemeinschaftsstiftenden Funktion beraubt⁴ und setzt an die Stelle von sozialem Sinn den Geschäftssinn. Der Zweck des anonymen, geldvermittelten Austausches erfüllt sich in individuellem Konsum oder Gewinn.

Die in diesem Band vorgestellten Wirtschaftsformen knüpfen in ihrer Kapitalismuskritik explizit oder implizit an Polanyis Analyse an und setzen auf eine Veränderung der Form des Austausches. Damit unterscheiden sie sich von der Kapitalismuskritik des Sozialismus. Dieser hat interessanterweise die marktwirtschaftliche Form des Austausches nicht grundsätzlich infrage gestellt: Er will weder das Geld abschaffen noch die mit dem Geld verbundenen liquidierenden Transaktionen, die ja immerhin auch individuelle Ungeundenheit und Freiheit versprechen. Er kritisiert nicht die Form des Austausches, also seine Qualität, sondern die quantitative Ungleichheit im kapitalistischen Austausch. Gemeint ist die Ausbeutungsbeziehung in den Austauschprozessen zwischen den Angehörigen der arbeitenden und der besitzenden Klassen. Er verfolgt als gesellschaftspolitisches Ziel die Reduktion und letztliche Abschaffung der Ungleichheit im Austausch durch eine gerechte Verteilung von wirtschaftlichem Mehrwert zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Dagegen haben sich die hier vorgestellten Wirtschaftsformen ab den frühen 1970er-Jahren aus sozialen Bewegungen entwickelt, die sich sowohl vom zunehmend hegemonialen Kapitalismus als auch vom immer mehr diskreditierten Sozialismus distanzieren. Diese streben nichts weniger als die

¹ Die Chartalisten vertraten die Auffassung, dass Geld seine Funktionen allein aufgrund der sozialen Akzeptanz innerhalb einer Zahlungsgemeinschaft erhält. Im Gegensatz dazu vertraten die Metallisten die Auffassung, dass die Funktionen des Geldes ursprünglich aus der allgemeinen Begehrtheit der edlen Metalle hervorgingen. Vergleiche Knapp, Georg Friedrich, 1905, *Staatliche Theorie des Geldes*. München: Duncker & Humblot.

² Ich habe die analytische Unterscheidung zwischen liquidierenden und nichtliquidierenden Transaktionen andernorts ausführlich begründet: Znoj, Heinzpeter, 1995, *Tausch und Geld in Zentralsumatra. Zur Kritik des Schuldbegriffes in der Wirtschaftsethnologie*. Berlin: Reimer.

³ Polanyi, Karl, 1990 [1944], *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

⁴ Mauss, Marcel, 1989 [1925], *Die Gabe. Form und Funktion des Austausches in archaischen Gesellschaften*. Frankfurt a.M.: Fischer.

Wiedereinbettung der Wirtschaft oder zumindest des Austausches in soziale Beziehungen an. Der wirtschaftliche Austausch soll sich nicht in der Realisierung und Verteilung von Rendite erschöpfen, sondern zwischen den Austauschenden dauerhafte, von gegenseitiger Verpflichtung getragene Beziehungen schaffen.

Alle hier vorgestellten Wirtschaftsformen sind erfolgreich, wenn sie sowohl an ihrer ökonomischen als auch an ihrer gemeinschaftsstiftenden Wirkung gemessen werden. Bei Mobility überwiegt der ökonomische Nutzen. Die Genossenschaft ist heute für die meisten Mitglieder wenig mehr als eine Zweckgemeinschaft – eine anonyme Plattform, über die sie ihre Mobilitätsbedürfnisse effizient befriedigen, wie Theo Wehner in seinem Kommentar feststellt. Im Vergleich dazu sind die Kommune Niederkaufungen und der Pappelhof erklärtermaßen in erster Linie Experimente gesteigerten Zusammenlebens. Die Mitglieder nehmen dafür ein Leben mit geringem materiellem Wohlstand in Kauf. Die Reichweite und gesamtwirtschaftliche Bedeutung dieser beiden Institutionen, aber auch jene der Zeitbanken und der Alternativwährungen im Talente-System, sind begrenzt. Dies liegt daran, dass diese Gruppen Solidarität und Vertrauen nach innen mit einer Abgrenzung nach aussen verbinden müssen. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der Kommune Niederkaufungen, wie Aldo Haesler in seinem Kommentar aufzeigt. Nicht zufällig tragen die meisten vorgestellten Organisationen das Lokale bereits im Namen: Pappelhof, Niederkaufungen, St. Gallen, Obwalden, Vorarlberg. Je stärker die gemeinschaftsbildende Funktion, desto lokaler die Organisation.

Anders Wirtschaften in einer geschäftigen Welt

Es ist wohl kein Zufall, dass die Wurzeln der hier vorgestellten Wirtschaftsformen in die frühen 1970er-Jahre zurückreichen, als die neoliberale Wirtschaftsordnung und die Globalisierung ihren hegemonialen Siegeszug antraten. Sie sind Reaktionen darauf. Es ist auch kein Zufall, dass sie, seit diese Wirtschaftsordnung mit der Finanzkrise in breiten Kreisen als problematisch wahrgenommen wird, als Alternative ernster genommen werden. Soziale Entrepreneure, engagierte Bürger und Gemeindepolitiker haben erkannt, dass Formen des Austausches, wie sie mit Lokalwährungen, Zeitbanken und Sharing-Systemen verbunden sind, Gemeinschaft stärken und noch dazu allenfalls Kosten für Private und die Öffentlichkeit senken können. Sie helfen deshalb strukturelle Schwächen der formellen Wirtschaft und des rückgebauten Sozialstaates zu kompensieren.

Es ist eine Stärke der vorgestellten Formen des Anders-Wirtschaftens, dass sie zugleich individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen entgegenkommen. Die Sehnsucht danach, den Austausch nicht entfremdet, sondern gemeinschaftsstiftend und möglichst egalitär zu erleben, ist für viele eine hinreichende Motivation, um bei Zeitbörsen und Lokalwährungen mitzumachen. Dass diese zugleich strukturelle Defizite des neoliberalen Regimes reduzieren helfen, motiviert die Beteiligten kaum, wie in den Gesprächen deutlich wird, macht sie aber auch für neoliberale Politik interessant. Dies ist ein Widerspruch, mit dem gerade die genannten beiden Tauschsysteme zu leben haben. Trotz dieser Nützlichkeit im neoliberalen Regime tragen sie wohl langfristig dazu bei, dass die herkömmliche Geldwirtschaft immer mehr hinterfragt wird. Indem ihre Mitglieder alternative wirtschaftliche Praktiken einüben, schärfen sie das, was Robert Musil den Möglichkeitssinn⁵ genannt hat. Auch wenn fast alle Beteiligten an den vorgestellten Modellen des Anders-Wirtschaftens ihr Standbein in der formellen Marktwirtschaft behalten, bewegt sich ihr Spielbein in einer (mehr oder weniger) sozial eingebetteten

⁵ Musil, Robert, 1978, *Der Mann ohne Eigenschaften*. Hamburg: Rowohlt.

Form des Wirtschaftens. Die präsentierten Beispiele sind somit Gehversuche in Richtung einer postkapitalistischen Gesellschaft, die unseren Möglichkeitssinn schulen. Darin liegt ihr utopischer Gehalt.

Die Alltagspraxis schränkt den Möglichkeitsraum dieser Utopien in manchen Fällen rasch wieder ein, wie die Gespräche zeigen. Die Unterschiede in der Umsetzung der Zeitvorsorge in St. Gallen und Obwalden, aber auch die Geschichte von AutoTeilet/Mobility, lassen erkennen, dass mit der Institutionalisierung solidarischer Praxis auch die Routinen der Marktwirtschaft wie Buchhaltung, Bilanzen und Kontraktrecht Einzug halten. Die berechenbare Praxis liquidierender Transaktionen setzt sich gegenüber der informellen Praxis nichtliquidierender Transaktionen tendenziell durch. In Obwalden halten die Initiantinnen daran fest, für die geleisteten Stunden keine Sicherheit zu hinterlegen, also das Risiko einzugehen, dass jene, die heute helfen, morgen vielleicht nichts zurückbekommen, dass ihre Transaktionen letztlich nichtliquidierend sein können. In St. Gallen geht man dieses Risiko nicht ein. Die Stadt hinterlegt die geleisteten Stunden mit Geld, mit dem notfalls zukünftige Gegenleistungen eingekauft werden – und beschränkt aus diesem Grund die Anzahl Stunden, die in der Zeitvorsorge individuell angespart werden kann. Die Kommune Niederkaufungen und die Bewohnergruppe des Pappelhofs gehen am weitesten in ihren Anstrengungen, nichtliquidierende Transaktionen zu praktizieren. Sie haben das Gebot: «Du sollst nicht zählen»⁶ am stärksten verinnerlicht. Doch auch sie sind Kinder der Geldwirtschaft: In ihren Erzählungen manifestiert sich der in unserer Gesellschaft tief verankerte individualistische Habitus, der nach Georg Simmel nur in der Geldwirtschaft entstehen konnte.⁷

Aber gerade deshalb sind die vorgestellten Formen des Anders-Wirtschaftens Utopien: Sie versuchen durch ihre Praxis etwas herbeizuführen, das *noch nicht* möglich ist.

Der Aufbau und die Autoren des Bandes

Die fünf Fallbeispiele werden in Form von Interviews vorgestellt. Den Gesprächen ist eine Selbstdarstellung der jeweiligen Organisation voran- und ein abschliessender Kommentar nachgestellt. Eingeleitet werden die fünf Fälle mit einem Essay von Eske Bockelmann.

Für die Gespräche sind sowohl die Interviewer als auch die Interviewten als Autorinnen und Autoren aufgeführt. Denn alle teilen das – bei den einen eher praktische, bei den anderen eher theoretische – Interesse am Thema und wollen mit der Publikation der Gespräche zur öffentlichen Debatte über Alternativen zum Kapitalismus neoliberaler Ausprägung beitragen. Eske Bockelmann mit «Im Takt des Geldes»⁸ und Aldo Haesler mit «Das letzte Tabu – Ruchlose Gedanken aus der Intimsphäre des Geldes» sowie «Angst und Spiele – Monetäre Dynamiken in der «harten» Moderne»⁹ gehören zu den provokativsten und tiefeschürfundsten Kritikern der heutigen Geldwirtschaft. Ulrike Knobloch und Eva Lang sind Kritikerinnen des tendenziellen Ausschlusses der Sorgeökonomie bzw. vorsorgenden Wirt-

⁶ Callon, Michel und Bruno Latour, 1997, «*Tu ne calculeras pas!*» ou comment symétriser le don et le capital. Revue du Mauss 9:45–70.

⁷ Simmel, Georg, 1900, *Philosophie des Geldes*. Leipzig: Duncker & Humblot.

⁸ Bockelmann, Eske, 2004, *Im Takt des Geldes. Zur Genese modernen Denkens*. Springe: Zu Klampen.

⁹ Haesler, Aldo, 2011, *Das letzte Tabu – Ruchlose Gedanken aus der Intimsphäre des Geldes*. Frauenfeld, Stuttgart, Wien: Huber Verlag. Ders. (in Vorbereitung), *Angst und Spiele – Monetäre Dynamiken in der «harten» Moderne*.

schaft aus der formellen Wirtschaft¹⁰. Dieser Ausschluss droht sich im Zeitbankensystem zu wiederholen, schreibt Ulrike Knobloch in ihrem Kommentar zur Zeitvorsorge in St. Gallen und Obwalden. Theo Wehner hat in zahlreichen Beiträgen zur freigemeinnützigen Arbeit die Motivationen und sozialen Beziehungen, die mit dieser Form des Anders-Wirtschaftens einhergehen, untersucht. Sigrun Preissing hat den Pappelhof im Rahmen ihrer Dissertation über alternativ-ökonomische Projekte¹¹ erforscht und aus ihrem umfangreichen Interviewmaterial eine dichte Collage zusammengestellt. Heinzpeter Znoj hat wie oben erwähnt die Unterscheidung zwischen liquidierenden und nicht-liquidierenden Transaktionen in die ökonomische Anthropologie eingeführt.

Diese Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stellen in den Gesprächen die Fragen beziehungsweise kommentieren sie abschliessend. Die Antworten geben Praktiker und soziale Entrepreneure, die selbst an Aufbau und Praxis der «anderen Wirtschaftsformen» beteiligt waren oder sind. Gernot Jochum-Müller ist ein bekannter Pionier auf dem Gebiet der Lokalwährungen und wirkte für die Zeitvorsorge St. Gallen als Berater. Conrad Wagner war Mitbegründer und Spiritus Rector von AutoTeilet, aus der später Mobility hervorging. Gottfried Schubert ist ein ehemaliger Kommune der Kommune Niederkaufungen und Experte für gemeinsame Ökonomien. Franziska, Gerda, Timo und Doro sind die Pseudonyme von Mitgliedern der Bewohnergruppe beziehungsweise des Netzwerkes «Bedürfnisorientierte Produktion» des Pappelhofs. Heidi Lehner ist Geschäftsführerin der Sunflower Foundation und leitet deren Komplementärgeldprojekte. Sie ist unter anderem als Beraterin für die Zeitvorsorge Obwalden tätig.

Die Idee zu diesem Band und die Gespräche über die Kommune Niederkaufungen und die Zeitvorsorgen in St. Gallen und Obwalden sind im Rahmen von Tagungen der Sunflower Foundation entstanden. Stiftungseigner Jürg Conzett und Heidi Lehner haben mit Umsicht die hier vertretene Gruppe von Autorinnen und Autoren versammelt und zu Diskussionen eingeladen, die nach einigen Jahren Früchte zu tragen beginnen. Dieser Band ist ein Resultat davon und weitere werden hoffentlich folgen. Den beiden Initianten der Sunflower-Gespräche sei an dieser Stelle für ihr grosses Engagement und ihre geduldige Unterstützung gedankt.

¹⁰ Vergleiche z.B. Knobloch, Ulrike, 2009, «Sorgeökonomie als allgemeine Wirtschaftstheorie». In: *Olympe. Feministische Arbeitshefte zur Politik* 30:27–36. Lang, Eva und Theresia Wintergerst, 2011: *Am Puls des langen Lebens. Soziale Innovationen für die alternde Gesellschaft*. München: oekom verlag.

¹¹ Preissing, Sigrun, 2014, *Beitragen und Tauschen. Transaktionsmodi, Wert(e), Personenvorstellungen sowie Beziehungen zwischen Mensch und Mitwelt in alternativökonomischer Praxis*. Dissertation: Universität Halle-Wittenberg.

Das Problem mit dem Geld

Eske Bockelmann

Gibt es ein Problem mit dem Geld? Nun, wenn es ein solches Problem im Singular gäbe, dann könnte es nur heissen: Es gibt zu wenig davon. Geld fehlt an allen Ecken und Enden, endlos reihen sich die Probleme, die sich auf den einen Nenner bringen liessen: Es müsste Geld her, dann gäbe es sie nicht. Weil es an Geld mangelt, fehlt hier trinkbares Wasser und können dort Kinder zum Schuftent gezwungen werden. Weil es an Geld mangelt, werden Theater geschlossen, wird die Belegschaft von Krankenhäusern ausgedünnt, müssen Lehrer vor übergrossen Klassen stehen, arbeiten sich entsprechend diejenigen, die für ihre Arbeit bezahlt werden, massenweise zuschanden und vergammeln zahllose andere ohne bezahlte Arbeit im ärmlichen Zuhause, müssen Tiere auf die grauenvollste Weise gehalten werden, auf dass sich auch finanziell ausgedünnte Menschen ihr Fleisch leisten können, muss das Klima für Naturkatastrophen angeheizt werden, weil es sich selbst die reichsten Staaten nicht leisten können, ihre Wirtschaft entsprechend zu drosseln, weil sie sonst von dem Geld, das doch ohnehin schon zu wenig ist, noch weniger bei sich entstehen sähen ...

Von diesen Problemen gibt es offenbar unzählige. Zu lösen wären sie, so scheint es, immer nur durch Geld, durch mehr davon. Gibt es also die Probleme, weil es vom Geld zu wenig gibt? Um Himmels willen nein, denn Geld gibt es nicht nur genug, es gibt mehr als genug, es gibt viel zu viel davon! Natürlich niemals für den, dem es gerade fehlt, dem es für dies und jenes fehlt oder gleich insgesamt, um zu überleben oder jedenfalls ordentlich leben zu können. Für wen aber ist das Geld denn dann, so viel es heute gibt, *zu viel*? Für das Geld selbst: Das zeigen seine Krisen. Denn Geld, wie es heute weltweit in Kraft und Geltung ist, *muss mehr werden*, sonst gerät es in die Krise. Sicher, es mag auch Menschen geben, die nie genug bekommen können, und zwar nie genug Geld. Doch dass die «Wirtschaft» durch solche Menschen zum Wachstum gezwungen würde, ist ein Märchen. Das Geld, von dem Menschen heutzutage leben müssen, *muss* – in einer kapitalistischen Geldwirtschaft wie der heute gültigen – seinerseits erwirtschaftet werden, und zwar indem unter Aufwendung von Geld *mehr* Geld erwirtschaftet wird, als aufgewendet wurde. Sobald das nicht gelingt oder dieses Wachstum gesamtwirtschaftlich auch nur etwas zu gering ausfällt, bedeutet das Krise. Und zwar nicht deshalb, weil da gierige Menschen die Krise kriegen würden, sondern weil die Wirtschaft ganz objektiv ins Stocken gerät. Die Menge Geld, die jeweils aktuell auf diesem Globus umläuft und die nun schon seit Jahrhunderten immer grösser wird, muss *immer* noch grösser werden, und das heisst, sie braucht in einem entsprechend Jahr für Jahr weiter wachsenden Masse auch immer noch mehr Anlage- und Vermehrungsmöglichkeiten. Wenn die sich in der produzierenden Wirtschaft nicht mehr ausreichend bieten, müssen solche in der Finanzwirtschaft aushelfen – und sie tun dies sehr erfolgreich. Doch je erfolgreicher diese Geldvermehrung funktioniert, Geld also pflichtgemäss als Kapital funktioniert und zu mehr Geld wird, umso sicherer bereitet sich eben dieser Erfolg jeweils selbst die Schwierigkeit, irgendwann nicht mehr erfolgreich genug sein zu *können*: Es gibt zu viel Geld gemessen an zu wenig Gelegenheiten, dieses Geld weiter zu vermehren – Gewinne zu machen. Und so hagelt es eine Zeit lang Verluste.

An Geld also mangelt es nicht, wenn Geld allenthalben fehlt. Im Gegenteil: Allenthalben fehlt es, weil Geld *da* ist. Das Geld selbst *macht* die Probleme, die nur durch Geld zu lösen sind – oder sagen wir: zu lösen wären. Das viele Geld, es löst sie nicht, es setzt sie überhaupt erst in die Welt. Und das dank einer Einrichtung, die ihm die Macht dazu verleiht, ja, die das Geld als diese Macht inthronisiert: unsere Art der Wirtschaft. In der Marktwirtschaft wird bekanntlich alles über Geld geregelt, und das heisst, was Menschen hervorbringen und womit, wovon und wodurch sie leben, ist in der Hauptsache

zu bezahlen, sie bekommen es gegen Geld und brauchen dafür Geld, da sie es *nur* noch gegen Geld bekommen. Das heisst nicht, dass jeder einzelne Handschlag, jeder Gedanke, jede Geste nur noch stattfindet, wenn da jemand für sie zahlt. Doch dass sie insgesamt stattfinden *können*, das setzt in jedem Fall voraus, dass da, für zahllose andere Dinge, Geld geflossen ist. Und in diesem Sinn ist in unserer Art von Wirtschaft sehr wohl *alles* abhängig gemacht vom Geld. Vom Gang des Geldes, von dessen Wohl und Wehe – auch wenn ihm selbst da gar nichts weder wohl noch wehe tut – hängt das der Menschen ab. Und das der Menschheit.

Da herrschen denn die Probleme in mächtigem Plural. Wovon die Menschen leben, Nahrung, Wasser, Wärme, Luft und all die schönen Dinge, es muss sich, vermittelt über Geld, auch ganz nach dessen Logik richten: nach der Logik einer Un-Substanz, die sich aber so ganz anders verhält als das, was den Dingen und den Menschen gut- und nottut. Nach dieser Logik werden in jedem Supermarkt unablässig Lebensmittel vernichtet und *müssen* sie vernichtet werden, nicht weil es nicht möglich wäre, sie denen zukommen zu lassen, die davon zu leben hätten, sondern weil es die Geldlogik erzwingt: weil es nämlich weniger *Geld* kostet – nicht etwa Kraft, Überlegung und guten Willen –, überlagerte Kisten Obst im Ganzen wegzuwerfen, als nur die verdorbenen Stücke auszulesen. Nach dieser Logik muss das, wovon wir leben, auch auf eine Weise produziert werden, die jederlei Vergiftung, jede Form der Verschwendung und alle nur erdenklichen Arten der Brutalität billigend in Kauf nimmt, und mehr noch, die sie gezielt in die *Geld*-Rechnung mit einbezieht. Nach eben dieser Logik steht alles, von den einzelnen Menschen bis hinauf zu ganzen Staatenblöcken, im Zeichen harter Konkurrenz – bis zum fernen Hindukusch.

Alles, wie und wovon Menschen leben, wird, da Geld zu seinem Zweck geworden ist, Mittel zum Zweck, das Mittel zu *diesem* Zweck. Und nicht nur alles, wovon die Menschen leben: auch die Menschen selbst. So wie die Obstkisten werden ganze Belegschaften ausgemustert, nicht weil sie zu nichts nütze wären, sondern weil das Unternehmen, das sie bezahlen müsste, zu wenig Geld abwirft oder weil es ohne sie mehr Geld abwirft. Das Leben der weitaus meisten Menschen hängt, da sie Geld verdienen müssen, davon ab, ob ihre Verwendung anderen – *was* einbringt? Geld. Inmitten überbordender Regale mit Dingen, die gar nicht massenhaft genug verkauft werden könnten, wenn es nach der Geldrechnung geht, müssen Menschen trotzdem grundsätzlich um ihr Auskommen bangen, weil nicht die Menge solcher Dinge ihr Auskommen sichert, sondern weil ihr Auskommen vorher ein Einkommen in Geld verlangt. Und so, in dieser Weise und nach diesem wenig anheimelnden Gesetz, hängen die Menschen real zusammen: Alles, was sie füreinander produzieren, produzieren sie nicht, um füreinander zu sorgen, sondern in Verfolgung dieses Zwecks; nicht weil sie als Gemeinschaft füreinander da wären, sondern – gezwungen durch das Geld, das jeder braucht – jeder für sich und in Konkurrenz mit allen anderen, also zugleich gegen sie. In dieser Gegnerschaft zu stehen zu all denen, von denen man zugleich leben, an denen man ja zugleich sein Geld verdienen muss: das ist der *gesellschaftliche* Zusammenhang, dem das Geld die Menschen unterwirft.

Jeder sieht sich darin, ob er will oder nicht, unter die Anforderung gestellt, anderen etwas einzubringen, jeder muss an sich selbst die Berechnung vollziehen, rentabel zu sein, und hat andere unter demselben Kalkül zu betrachten. Und diese Anforderung tritt jedem Einzelnen, der sich an ihr bewähren muss, nicht nur in Gestalt der anderen greif- und sichtbaren Menschen gegenüber, die entsprechend agieren und konkurrieren. Sondern sie tritt, weil sich auch an ihnen nur der über alles geworfene Zwang des Geldes durchsetzt, jedem unmittelbar als diese anonyme Vergesellschaftung gegenüber, als der abstrakte, fordernde und jeden nach ihrem Gesetz formende Zwang.

So wird die Welt dem Menschen – abstrakt – zur Umwelt; und um die, seitdem sie so genannt wird, muss man bangen. Der Mensch selber aber wird sich fremd. Ist das ein Problem? Nein, es sind unermesslich viele.

TALENTE Vorarlberg

Heinzpeter Znoj und Gernot Jochum-Müller

Das Projekt

TALENTE-Vorarlberg¹² schafft Rahmen und Möglichkeiten für fairen Tausch von Waren und Dienstleistungen. Dazu wird das Talent verwendet, ein Zahlungsmittel ohne Zinsdruck, Inflation, Schuldenkrise und Spekulation. Ziel des Vereins ist eine sozial und ökologisch vertretbare Wirtschaft. Regionale Kreisläufe zwischen Privatpersonen, Organisationen und Unternehmen werden gefördert. Die Mitglieder entfalten ihre Talente und begegnen sich mit Respekt.

1996 ist TALENTE-Vorarlberg als klassischer Tauschverein gestartet. Für eine Stunde Leistung werden 100 Talente verrechnet. Daraus ergeben sich Kreisläufe. Viele Menschen leben ihre Talente heute mehr, als sie dies ohne den Verein tun könnten. Im Vergleich mit anderen Tauschsystemen fällt der Verein durch die Anzahl der Mitglieder und die jährlich getätigten Umsätze auf. An jedem Arbeitstag werden etwa 50 Tauschgeschäfte verbucht. Hinzu kommen viele Austauschhandlungen, die aufgrund des Vertrauens auf einen späteren Austausch nicht verbucht werden. Der Verein versucht die Bedürfnisse seiner Mitglieder ernst zu nehmen, indem er seine Aktivitäten den Mitgliederbedürfnissen entlang entwickelt. So wurden auch kleine Unternehmen eingebunden, als diese Interesse gezeigt haben und die Mitglieder bei ihnen einkaufen wollten. Organisiert werden Aktivitäten wie Treffen, Onlinebanking, monatliche Zeitung, zwei grosse Märkte im Jahr etc. von einem Team mit über 25 engagierten Personen. TALENTE sind das Geld des Vereins. Es wird dezentral, demokratisch und frei von Zinsen geschöpft. Alle können so viele Talente schöpfen, wie sie brauchen.

(Gernot Jochum-Müller)

Das Gespräch

Dornbirn, 19. Februar 2014

Heinzpeter Znoj und Gernot Jochum-Müller unterhalten sich über verschiedene Komplementär-Währungssysteme. Sie beleuchten zu Beginn die eurogedeckten Systeme und zeigen den Unterschied zu einem zeitbasierten System wie die TALENTE auf.

Eurogedeckte und zeitbasierte Währungen

Heinzpeter Znoj (HZ): Was ist eigentlich der Unterschied zwischen den Talenten und den eurogedeckten Systemen? Nicht nur die eurogedeckten Lokalwährungen, sondern auch die Talente sind ja durch einen Umrechnungskurs von 1 Stunde Arbeit = 100 Talente = 10 Euro an den Euro gebunden.

Gernot Jochum-Müller (GJ): Talente entstehen durch den Tausch von Leistungen. Man kann sie nicht gegen Euro kaufen. Wenn zwei Personen ein Talente-System beginnen, indem sie eine Stunde tauschen, dann ist der eine 100 Talente im Minus und der andere 100 Talente im Plus. Das ist, wenn man so will, ein dezentraler Geldschöpfungs-Akt. In diesem System werden Leistungen immer nach der Faustregel «100 Talente sind eine Stunde» getauscht.

Im Unterschied dazu kauft man in eurogedeckten Systemen die Lokalwährung mit Euros. Diese eurogedeckten Lokalwährungen haben die Aufgabe, den Euro für bestimmte Aufgaben und Ziele zu binden. In Langenegg beispielsweise war das ursprüngliche Ziel der Lokalwährung die Finanzierung

¹² www.talente.cc

des Dorfladens. Eurogedeckte Systeme taugen gut dazu, eine Kaufkraftbindung für bestimmte Ziele zu erreichen. Wenn man so will bekommt der Euro eine Masche bzw. eine Kennzeichnung.

Talente entstehen demgegenüber ohne Beteiligung von Euros. In einem Talente-System können auch Personen mitmachen, die zu wenig Euros haben, um sie in eine eurogedeckte Lokalwährung zu investieren, die aber Zeit haben und Leistungen einbringen können. So kommen sie zu Talenten.

Ein weiterer grosser Unterschied besteht darin, dass eurogedeckte Systeme immer nur in dem Ausmass genutzt werden können, wie Euros zu ihrer Deckung vorhanden sind, während Talente aus einer regionalen Geldschöpfung entstehen und weitgehend an die Region ihres Ursprungs gebunden sind.

HZ: Aber auch die eurogedeckten Systeme versuchen ja, die Kaufkraft in der Region zu halten: Die VTaler, Klostertaler oder die Langenegger Talente tragen den Lokalbezug in ihrem Namen. Verwirrenderweise heisst die eurogedeckte Währung in Langenegg auch noch «Talente» ...

GJ: Das erzeugt tatsächlich leichte Verwirrung.

HZ: Also, man kauft mit Euros eine dieser lokalen Talerwährungen und kann damit nur in der entsprechenden Region bezahlen. Die Taler sind ein Versuch, die Euros in der Region zu halten, indem man sie unter den Leuten, die sich dazu verpflichtet haben, sie anzunehmen, in lokalisierter Form zirkulieren lässt.

GJ: Genau.

HZ: Man wird also mit dem Erwerb lokaler Taler Mitglied einer Gemeinschaft, deren Mitglieder sich gegenseitig verpflichtet haben, diese Währung wie Euros in Zahlung zu nehmen.

GJ: Es gibt zwei unterschiedliche Mitgliedschaften in solchen Systemen. Die einen Mitglieder verpflichten sich, monatlich für eine gewisse Summe Euros Lokalwährung zu kaufen. Die anderen, etwa Unternehmen und Vereine, verpflichten sich, die Lokalwährung an Zahlung zu nehmen.

HZ: Aber nicht jeder Langenegger oder Klostertaler wird die dortige Lokalwährung auch benützen. Es gibt keine Zwangsmitgliedschaft wie beim gesetzlichen Zahlungsmittel Euro.

GJ: Ja, die Mitgliedschaft bei diesen Lokalwährungs-Systemen ist vollkommen freiwillig. Jeder der Teilnehmer unterschreibt eine Vereinbarung, dass er auf freiwilliger Basis mitmacht. In beiden Systemen, bei den Talenten wie auch bei den eurogedeckten Lokalwährungen, gibt es keinerlei Zwang mitzumachen.

HZ: Aber sobald man sich zu einer Lokalwährung verpflichtet hat, muss man konsequent mitmachen – also je nach Vereinbarung beispielsweise jeden Monat für eine gewisse Summe Euros Klostertaler kaufen. Es handelt sich um eine starke Verpflichtung für Mitglieder, die diese Verpflichtung aber freiwillig eingegangen sind.

GJ: Ja, genau. Hinzu kommen Mitläufer, die die lokale Währung zwar benützen, aber selber steuern wollen, in welcher Situation sie diese annehmen oder nicht. Sie sind auch nicht bereit, beispielsweise eine jährliche Gebühr an das Währungssystem zu bezahlen. Aber inoffiziell wissen die Benützer der Lokalwährung, dass man in deren Betrieben die Lokalwährungs-Scheine ausgeben kann.

HZ: Das finde ich interessant: Es gibt gewissermassen zwei Stufen der Mitgliedschaft zur Lokalwährung – einen harten Kern, der sich verpflichtet, und Mitläufer, die den VTaler aus verschiedenen Gründen annehmen, beispielsweise weil ein Geschäft in VTalern besser ist als kein Geschäft in Euros.

GJ: Diese losen Mitglieder verzichten aber auf das Recht, die eurogedeckte Lokalwährung wieder in Euro umtauschen zu können. Dieses Recht ist den Mitgliedern vorbehalten. Aber sie wissen meist, wo sie sie ausgeben können – sie kennen das Netzwerk.

HZ: Sie haben nur ein leicht erhöhtes Risiko, das mit der ungedeckten Annahme der Lokalwährung verbunden ist, und sie tragen das Risiko nicht, das mit der Verpflichtung zum periodischen Kauf der Lokalwährung einhergeht.

GJ: Ja.

HZ: Für alle ist jedoch das Vertrauen der Teilnehmer ins System die Voraussetzung, dass es funktioniert.

GJ: Das wichtigste Motiv, das wir letztes Jahr bei der Befragung der Betriebe in Erfahrung gebracht haben, ist das Image, ein regional ausgerichteter Betrieb zu sein. Das zweitwichtigste ist die Idee, neue Kunden zu gewinnen und bestehende Kunden zu binden.

HZ: Kann man sagen, dass die Verwender der Lokalwährung gewissermassen eine lokale wirtschaftliche Solidargemeinschaft sind?

GJ: Ja, genau. Das System lebt von der Verbindlichkeit. Letztes Jahr haben wir das System der VTaler auf eine Jahresgebühr umgestellt. Sie bewegt sich für Betriebe zwischen 100 und 600 Euro und finanziert verschiedene Werbemassnahmen. Die Kunden bezahlen keine Gebühr. Mit der Umstellung haben wir etwa die Hälfte der Betriebe verloren. Der Grund für die Umstellung waren Klagen von Kunden: «Der Betrieb wird von euch beworben, aber wenn man dort steht, sagt der Besitzer: Gib mir lieber Euro.» Mit der Einführung der Jahresgebühr sind jetzt nur noch Betriebe dabei, die von der Idee überzeugt sind, sich einbringen möchten und vom Imagenutzen profitieren wollen.

HZ: Das heisst, die Trittbrettfahrer sind durch die Einführung der Jahresgebühr ein Stück weit vergrämt worden.

GJ: Ja, genau.

HZ: Es entsteht nun eine abgeschlossenerere Gemeinschaft, die mit dieser Währung bezahlt, wobei man sich aber darauf verlassen kann, dass diese tatsächlich in Zahlung genommen wird. Gibt es bei diesen Lokalwährungssystemen ein Problem mit der Verbindlichkeit?

GJ: Ja, das ist ein sehr grosser Punkt. Man ist als Systembetreiber verantwortlich dafür, diese Verbindlichkeit einzufordern und herzustellen. In dem Zusammenhang hat mir letztes Jahr eine Studie zur Frage, was Solidarität in einer Gemeinschaft langfristig aufrechterhält, geholfen. Verblüffenderweise waren es Sanktionen gegenüber denen, die sich nicht solidarisch verhalten. Dieser Punkt ist auch bei der Einführung der Jahresgebühr eingetreten. Wir führten zuvor eine Befragung zu verschiedenen Modellen durch, um herauszufinden, was tragfähig ist und was nicht. Wir erhielten von jenen, die jetzt

weiter mitmachen, sehr viel Zuspruch für den Vorschlag, jene abzustrafen, die eh nicht ordentlich mitgemacht haben im System. Jene, die das System mittragen, wollten also unter sich sein – die Trittbrettfahrer sollten ausgeschlossen werden.

HZ: Die Lokalwährung kann als eine Institution angesehen werden, die aufgebaut wird, um gemeinsame Werte zu schützen. Und das geht nur, wenn der Kreis der Mitglieder klar definiert ist.

GJ: Ja – man muss klar definieren, wer dabei ist und welche Verpflichtungen die Mitglieder übernehmen. Denn es zeigt sich immer wieder in solchen Alternativwährungssystemen, dass der Idealismus nur am Anfang trägt. Nach einer gewissen Zeit muss für die Mitglieder ein operativ erlebbarer Nutzen erkennbar sein. Das heisst, die Mitglieder müssen in der Lage sein, mit diesen Währungen Bedürfnisse zu befriedigen.

HZ: Müssen sie also im Alltag wie normales Geld verwendbar sein?

GJ: Ein Stück weit, ja. Es ist von allen akzeptiert, dass man damit nicht spekulieren und sparen kann. Aber ich muss meine Grundbedürfnisse decken können. Ich muss es ausgeben, nicht nur annehmen können.

HZ: Kann man also sagen, dass Benützer von Lokalwährungen auf einen theoretischen Zinsgewinn verzichten, aber am praktischen kollektiven Nutzen in Form des Engagements der Mitglieder für die lokale Wirtschaft teilhaben?

GJ: Ja, genau. Wobei ich aber nicht von einem Verzicht sprechen würde. In der Befragung erwähnen die Betriebe nie einen solchen Verzicht, sondern immer den Nutzen, über die Lokalwährung neue Kunden zu gewinnen und sich mit anderen Betrieben zu vernetzen.

HZ: Müsste man realistischerweise nicht auch sagen, dass die Kunden darauf verzichten, für die gleiche Kaufkraft in einem billigen Supermarkt mehr einzukaufen? Ist nicht in jeder Transaktion mit Lokalwährung ein aktives Engagement, wenn nicht eine Subvention, für die lokale Wirtschaft enthalten?

GJ: Im Gegensatz zu klassischen Gutscheinsystemen, wie sie Innenstädte herausgeben, kann der Kunde, der mit Lokalwährung bezahlt, aber erwarten, dass der Betrieb normalerweise dafür auch wieder lokal einkauft. Gutscheine dagegen werden von den Geschäften nach einmaliger Transaktion auf der Bank wieder in Euro zurückgetauscht. Gutscheine erzeugen also im Gegensatz zu Lokalwährungen keine lokale Wertschöpfungskette.

Volkswirtschaftliche Ziele eurogedeckter Lokalwährungen

HZ: Kann man Lokalwährungen als politisches Projekt ansehen, die lokale Wirtschaft ein Stück weit von der Globalisierung abzukoppeln?

GJ: So weit würde ich nicht gehen. Ein wesentlicher Effekt der Lokalwährungen besteht in der Bewusstseinsbildung für das Wirtschaften in der Region und das Potenzial der Region. Die Lokalwährungen werden auch von Leuten getragen, die davon überzeugt sind, dass nur Regionen mit einer starken lokalen Wirtschaft im globalen Kontext nachhaltig erfolgreich sind. Wir haben hier in Vorarlberg viele kleine Betriebe, die in ihrer Branche aber globale Spieler sind und die darauf angewiesen sind, dass qualifizierte Personen nach Vorarlberg ziehen. Wenn die dörfliche Struktur und die regionale Wirtschaft nicht funktionieren, verlieren sie ihre Attraktivität als Wohn- und Lebensraum für die Mitarbeiter global agierender lokaler Firmen. Einen Anreiz, hierher zu ziehen, bilden auch die touristischen Möglichkeiten, die hohe Kultur, das gastronomische Angebot, die gut funktionierende Infrastruktur. All das, was die Region als Lebensraum attraktiv macht, ist abhängig von einem funktionierenden lokalen Handel.

HZ: Kann man insofern sogar sagen, dass die Lokalwährungen dazu beitragen, die Region für die globalisierte Wirtschaft fit zu halten?

GJ: Ja.

HZ: Wirklich notwendig sind Lokalwährungen dafür aber wohl nicht. Können diese regionalpolitischen Ziele nicht auch konventionell mit Euros als Zahlungsmittel erreicht werden, wenn sich Kunden und Betriebe bewusst für die lokale Wirtschaft einsetzen?

GJ: Mit einer lokalen Komplementärwährung müssen die Leute aber einander mehr Vertrauen schenken, dass sie sich tatsächlich für die lokale Wirtschaft einsetzen, wie das die Betriebe in ihren Broschüren von sich sagen. Mit dem Bezahlen in Lokalwährung kann ich ihr Handeln direkt beeinflussen. Die Macht, eine lokale Transaktion zu erzwingen, die im Gutscheinsystem allein beim Betrieb liegt, geht ein Stück weit an den Kunden zurück.

HZ: Im Grunde genommen leuchten die Vorteile eines solchen Systems für die lokale Wirtschaft unmittelbar ein. Dennoch machen nicht alle Betriebe mit, die könnten. Was gibt den Ausschlag für oder gegen das Mitmachen? Ist es die Freude am Experiment? Sind es ideologische Gründe dafür oder dagegen?

Motive für die Teilnahme

GJ: Ein Grossteil jener, die mitmachen, ist davon überzeugt, dass es mit dem konventionellen Geldsystem so nicht weitergehen kann. Sie sind dem herrschenden Wirtschaftssystem gegenüber kritisch eingestellt. Ein weiterer Teil macht aus Imagegründen mit oder wegen der Kundenbindung – weil ich als Bäcker weiss: Wenn der Bäcker im Nachbardorf nicht dabei ist, kommen die Mitglieder sicher zu mir.

HZ: Es gibt also unterschiedliche Motivationen, bei Lokalwährungen mitzumachen, und unterschiedliche weltanschauliche Deutungen davon, was sie bewirken. Handelt es sich um ideologisch offene Systeme?

GJ: Ja – das zeigt sich für mich an der parteipolitischen Orientierung der Akteure. Es gibt für stark nach links orientierte Akteure gute Gründe, mitzumachen, aber auch für relativ stark nach rechts orientierte Akteure. Das ist an sich schon ein interessantes Phänomen.

HZ: Gibt es politische Orientierungen, die bei den Mitgliedern nicht oder schwach repräsentiert sind?

GJ: Wenn man das ganze politische Spektrum betrachtet, so finden sich quasi Idealtypen. Die Bürgerlich-Konservativen finden die Lokalwährungen meistens gut, weil sie darin den Grundsatz der Subsidiarität verwirklicht sehen: Jeder macht, was er selber am besten kann. Die Sozialdemokraten beurteilen die Lokalwährungen kritisch, weil sie der Meinung sind, dass die Probleme, die damit gelöst werden sollen, eigentlich eine Aufgabe des Staates sind. Bei den Liberalen trifft man wieder auf zwei Gruppen – die eine, die sagt: «Natürlich muss der Geldmarkt liberalisiert werden und wir brauchen verschiedene Formen von Geld.» Und die andere Gruppe, die sagt: «Das Geldsystem muss global funktionieren und ganz auf die Wirtschaft ausgerichtet sein – es darf nicht der Marktbeeinflussung dienen.»

HZ: Vor diesem Hintergrund kann ich mir jetzt gut vorstellen, weshalb eurogedeckte Lokalwährungssysteme von der Wirtschaft und von Lokalpolitikern ernst genommen werden können. Welche Erfahrungen machst du konkret mit diesen Akteuren?

GJ: Wir machen sehr unterschiedliche Erfahrungen. Ich beginne mit einer ganz schwierigen. Für die Region Walsertal haben wir in Abstimmung mit dem dortigen Regionalmanagement in einer Arbeitsgruppe mit vielen Akteuren den Walsertaler kreiert. Bei der Einführung standen wir vor der Situation, dass von den sechs Bürgermeistern der beteiligten Gemeinden drei dafür und drei dagegen waren. Das erzeugte im Walsertal insgesamt eine Stimmung, die ein Wachstum des Systems verhinderte. Um überhaupt Akzeptanz zu erzeugen, mussten wir auf Teilnahmegebühren verzichten. Das reduzierte die Verbindlichkeit und machte es auch unmöglich, für die Mitglieder Dienstleistungen zu erbringen. Der Walsertaler wurde letztlich auf ein reines Gutscheinsystem reduziert.

Eine andere, weniger schwierige Erfahrung haben wir mit den VTalern gemacht, bei denen wir letztes Jahr die Jahresgebühr für Betriebe eingeführt haben. Das System beginnt jetzt langsam zu wachsen. Die Gemeinschaft ist wegen der Jahresgebühr kleiner, aber viel stärker geworden. Die Identifikation mit dem System ist unter den Mitgliedern gestiegen. Das zieht neue Kunden an, die sagen, das gefällt mir. Wir verkaufen jetzt VTaler-Scheine in der Summe von 100'000.– bis 150'000.– Euro im Jahr. Sie zirkulieren vier bis fünf Mal, bevor sie wieder in Euro umgetauscht werden.

HZ: Das heisst, die VTaler erzeugen Umsätze von etwa einer halben Million Euro im Jahr.

GJ: Das dürfte in etwa hinkommen.

Dann haben wir zwei Systeme, die extrem gut funktionieren. Das ist zum einen die Gemeinde Langenegg im Bregenzerwald – quasi unser Urmodell. In Langenegg beziehen 20% der Haushalte regelmäßig Talente gegen Euros und die Gemeinde bezahlt alle Förderungen in Langenegger Talenten aus. Auf diese Weise bringen wir in dieser Gemeinde von 1100 Einwohnern jedes Jahr Talente im Umfang von 160'000 bis 170'000 Euro in Umlauf, die nachweislich vier Mal im Jahr zirkulieren. Die Talente wurden ursprünglich eingeführt, um in diesem kleinen Dorf den Dorfläden zu unterstützen, und sind jetzt für eine Wertschöpfung von weit über 600'000 Euro im Jahr verantwortlich. Das lässt sich konkret in Arbeitsplätze umrechnen.

Dieses Modell können wir in der Gemeinde Neukirchen in Oberösterreich seit Juni 2013 erfolgreich replizieren. In dieser Gemeinde von 2500 Einwohnern sind nach sieben Monaten bereits die ersten 100'000 Euro in Umlauf gebracht worden. Wir werden nach einem Jahr bereits 10% aller Haushalte erreicht haben. Ein wichtiger Effekt ist auch, dass zwei Betriebe, die daran waren abzuwandern, in Folge der Impulse, die durch die Lokalwährung erzeugt wurden, nun entschieden haben, doch zu bleiben.

HZ: Ein grosser Erfolg also.

GJ: Im Gegensatz zu Langenegg, wo die Gemeinde das System trägt, hat es in Neukirchen eine Gruppe von Betrieben übernommen, das System über Gebühren zu finanzieren. Die Gemeinde engagiert sich zwar auch in Neukirchen sehr, trägt aber keine finanzielle Last. Die Betriebe entwickeln nun Initiativen, um ihre Qualitäten zu präsentieren. Eine dieser Initiativen ist ein «Reparaturcafé», in dem technisch versierte Mitarbeiter an einem Samstag Vormittag zur Verfügung stehen, damit die Bevölkerung sich von ihnen gratis technische Geräte reparieren lassen kann.

HZ: Diese unentgeltliche Leistung hat jetzt aber nichts mit der Bezahlung in Lokalwährung zu tun ...

GJ: Diese Erfahrung machen wir sowohl in eurogedeckten Lokalwährungen als auch in stundengedeckten Talente-Systemen immer wieder: Dort, wo durch diese Systeme lokale Beziehungen und Vertrauen wieder stärker ausgeprägt sind, nimmt die Bedeutung der Bezahlung und Verrechnung von Leistungen in vielen Fällen ab. Natürlich muss ein Betrieb Leistungen verrechnen, die er betrieblich erbringt, aber er kann wie im Neukirchener Reparaturcafé auch mal ausserbetrieblich Mitarbeiter für eine Aufgabe zur Verfügung stellen, die eigentlich allen zugute kommt.

HZ: Auf diese Weise muss in einer solchen Gemeinde ein deutlicher Stimmungswandel zustande kommen.

GJ: Ja. Wenn ich mit der Projektleitung und dem Bürgermeister über das Projekt rede – das zaubert ein Lächeln ins Gesicht.

HZ: Du hast gesagt, dass in Neukirchen inzwischen 10% der Leute mitmachen, in Langenegg 20% – gibt es ein soziologisches Profil dieser Mitglieder: Wer macht eher mit, wer nicht? Frauen, Männer, Ältere, Jüngere?

GJ: Das haben wir so genau noch nicht erfasst. Klar ist, dass es Personen mit einem Zugang zum Thema sind, die sich ohnehin für das Dorf engagieren. In Langenegg ergibt sich ein Teil der Mitgliedschaft daraus, dass die Gemeinde alle Förderungen an die Vereine und Haushalte in Talenten ausbezahlt und dadurch 85% aller Bewohner mit den Talenten in Berührung gekommen sind. Das führt zu sehr vielen Gesprächen über das System.

HZ: Wirkt die Gemeinde somit als Multiplikator für das System, weil sie mit allen Leuten im Dorf zu tun hat?

GJ: Ja, genau.

HZ: In dem Sinn ist es also wichtig, dass die politische Gemeinde mitmacht. Können Gewerbe und Vereine das System überhaupt tragen, wenn die Gemeinde aussen vor bleibt?

GJ: Wenn das System von den politischen Behörden mitgetragen wird, ist damit in einer typischen Vorbereitungszeit von zwei Jahren ein intensiver Dialog mit den Bürgern verbunden. Das führt dann von Anfang an zu einer starken Mitgliedschaft. Als Alternative lässt man ein System ohne aktive Unterstützung der politischen Behörden von klein auf langsam wachsen, wie das mit den VTalern gemacht wird.

HZ: Kann man also zusammenfassend sagen, dass die eurogedeckten Systeme dort, wo sie eingeführt wurden, einen relativ breiten Zuspruch erfahren?

Talente/Zeittauschsysteme

GJ: Eurogedeckte Systeme sind leichter darzustellen als Zeittauschsysteme. In der Diskussion werden die eurogedeckten Systeme oft mit klassischen Einkaufsgutscheinen verglichen, welche die Betriebe schon kennen. Sie sind deshalb leichter nachvollziehbar, auch wenn sie nicht nur vom Kunden eine Verhaltensänderung erzwingen (wie bei den Gutscheinen), sondern auch vom Betrieb selbst.

HZ: Dass die Wertskala von Lokalwährungen und Euros übereinstimmt, dürfte wohl auch dazu beitragen, dass sie nachvollziehbar sind. Zeittauschsysteme scheinen mir im Vergleich dazu eine viel radikalere Alternative zum gewöhnlichen Geld zu sein. Was diesem System schon fast eine utopische Dimension gibt, ist das Prinzip, dass jede Stunde Arbeit gleich viel Wert hat. Es geht nicht nur darum, die regionale Wirtschaft zu fördern, sondern um eine andere Wirtschaft.

GJ: Ja, genau. Das Talente-System möchte einen Austausch auf Augenhöhe. Es ist ein Geld, das nicht durch Notenbanken zentral geschöpft wird, sondern dezentral nach den Bedürfnissen der Beteiligten, das frei ist von Spekulation und bei dem die Arbeit der zentrale Wert ist. Insofern ist der Ansatz tatsächlich utopisch oder zumindest im Alltag sehr fordernd. Das beginnt schon bei der Frage, wie ein Bäcker seine Brötchen in Talente umrechnet.

Paradoxerweise erleben wir gegenwärtig, dass die Talente-Systeme in der Krise zwar für viele ein interessantes Thema geworden sind, aber die selben Leute oft nicht bereit sind, im Alltag etwas zu ändern, das heisst tatsächlich einen Teil ihres Austausches in Talenten abzuwickeln. Sie versuchen eher, am Euro festzuhalten. Gleichzeitig erleben wir aber, dass die bestehenden Teilnehmer das System jetzt wesentlich intensiver nutzen. Das heisst für uns, man muss im System zuerst Erfahrungen sammeln und Vertrauen dazu gewinnen, bevor man es intensiver zu nutzen beginnt. Das zeigt, dass das Talente-System deutlich komplexer ist als die eurogedeckten Lokalwährungen.

HZ: Welche Bedeutung hat die lokale Begrenzung für die Akzeptanz der verschiedenen Systeme? Lokalwährungen wie der VTaler haben eine räumlich klar begrenzte Gültigkeit. Die Einladung, daran teilzunehmen, geht an die Bevölkerung in diesem Gebiet und ist entsprechend konkret. Wie steht es diesbezüglich mit den Talenten?

GJ: Wir bieten das Talente-System im gesamten Bundesland Vorarlberg an, bilden darin aber regionale Strukturen ab. Vorarlberg wird in neun Regionen aufgeteilt, die je einen eigenen Leitungskreis haben. Die administrativen Aufgaben, wie das Führen der individuellen Konten, werden zentral erledigt. Dadurch können wir einerseits Ressourcen nutzen und andererseits den Lokalbezug der Tauschkreise abbilden. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass der Austausch mit Talenten auf ein

Nähe-Umfeld angewiesen ist, in dem sich Angebot und Nachfrage decken. Es ist nicht interessant, für ein Glas Marmelade 20 Kilometer weit zu fahren. Am besten funktioniert es, wenn sich die Teilnehmer eines Tauschkreises einmal in der Woche treffen können. Ergänzend dazu finden aber auch zweimal jährlich landesweite Märkte extrem Anklang, die entsprechend gross und vielfältig sind, so dass man dort gerne einkauft.

HZ: Welche physische Form haben Talente? Ist es eine Art Papiergeld oder lediglich ein Guthaben auf einem Konto?

GJ: In erster Linie ist es ein Kontensystem auf der Basis einer virtuellen Währung. Es gibt aber auch eine Bargeldform, Talente-Geldscheine. Interessanterweise ist bei uns die Bargeldform gar nicht so beliebt. Die Teilnehmer bevorzugen die Online-Verbuchung, die es erlaubt, jederzeit Kontoauszüge zu generieren und so die Übersicht über Einnahmen und Ausgaben zu behalten.

HZ: Haben die Teilnehmer sozusagen ihr Geld auf dem Handy? Wie bezahlt man auf dem Markt bargeldlos mit Talenten?

GJ: Der Händler, bei dem ich einkaufe, hat ein Formular aufliegen, in dem die Transaktion mit meinem Namen und meiner Kontonummer, dem Betrag und der Ware eingetragen wird.

HZ: Ist das nicht furchtbar bürokratisch?

GJ: Tatsächlich muss jedes Tauschgeschäft aufgeschrieben werden. Das ist aber inzwischen sehr beliebt. Die meisten Teilnehmer machen das auch sorgfältig. Genau da passiert jetzt aber Folgendes – man könnte es eine Paradoxie nennen: In Dörfern etwa, wo die Leute einander gut kennen und sie durch den talentevermittelten Austausch Vertrauen zueinander gewonnen haben, wird nicht mehr jeder Tausch verbucht. Die Leute sagen: Das braucht es nicht mehr, wir wissen, dass der, der von mir etwas erhalten hat, später wieder etwas zurückgeben wird, vielleicht nicht mir, aber jemand anderem – er gibt also wieder an die Gemeinschaft zurück.

HZ: Es wird also von Fall zu Fall auf die Bezahlung verzichtet und dadurch wird die Transaktion nichtliquidierend.

GJ: Ja, genau. Wir haben das bei einigen Mitgliedern abgefragt und erfahren, dass im Mittel zu den verbuchten talentevermittelten Transaktionen noch einmal etwa 30 bis 50 Prozent unverbuchte Transaktionen hinzukommen, über die auch nicht privat Buch geführt wird. In dem Sinn: «Nimm das mal, es wird schon wieder einmal etwas zurückkommen.» Oder: «Ich sehe, du hast eh nicht so viele Talente, nimm nur, das passt schon, das schenk ich dir.» Das war ein Effekt, der uns als Systembetreiber anfangs sehr überrascht hat. Inzwischen wissen wir, dass sehr viel auf dieser Basis passiert.

HZ: Hat das damit zu tun, dass sich die Talente-Nutzer gegenseitig als Mitglieder einer Gemeinschaft empfinden?

GJ: Ja. Vielfach ist es so, dass sie sich über das System kennen lernen und darüber in Austausch kommen.

HZ: Geniessen sie einen gegenseitigen Vertrauensvorschuss, weil sich beide als «Talentler» anerkennen?

GJ: Ja, genau. Die Mitgliedschaft bei den Talenten ist ein extrem grosser Türöffner. Wir erleben das zum Beispiel bei Personen, die nach Vorarlberg ziehen und Mitglied im Verein werden. Für sie sind die 800 bis 1000 Adressen im Mitgliederverzeichnis ein ungeheures Geschenk. Sie können anrufen und sagen: Du bist bei dem Verein und ich auch – ich darf dich jetzt bitte was fragen.

HZ: Ist man als Mitglied automatisch per du mit allen anderen?

GJ: Das ist ein bisschen Vorarlberger Kultur. Man sagt hier sehr schnell du zueinander. Als Talente-Mitglied ist man eigentlich per du mit allen. Wir schreiben die Mitglieder auch mit du an.

HZ: Auf jeden Fall wird durch die Verwendung der Talente eine gewisse Nähe zu den Tauschpartnern hergestellt. Das finde ich interessant.

Zurzeit gibt es in Vorarlberg etwa 2000 Talente-Mitglieder, was auf die knapp 400'000 Vorarlberger insgesamt doch eine kleine Minderheit ist – ein halbes Prozent. Die Mitglieder sehen sich nicht unbedingt jeden Tag. Auf den landesweiten Märkten aber treffen sich die «Talentierten» – das dürfte dann schon ein wichtiges Ereignis sein?

Eigenproduktivität

GJ: Wir treffen uns jeweils in einer Schule in der Mitte des Landes. Im Turnsaal ist Marktgeschehen. Nur Selbstgemachtes wird angeboten. Und was angeboten wird, ist durchwegs von hoher Qualität – dazu haben wir die Mitglieder auch immer ermuntert: gute Qualität schön zu präsentieren. Es gibt einen grossen Kaffeebereich, in dem Mitglieder untereinander für Verpflegung sorgen. Auf dem Markt im Frühjahr gibt es einen inhaltlichen Schwerpunkt, bei dem ein Referent über ein Thema spricht, das für viele eine hohe Relevanz hat – wie etwa «kooperativ Gemüse anbauen».

HZ: Ein grundlegender Unterschied zu den eurogedeckten Systemen wäre also, dass nur die Produkte eigener Arbeit überhaupt ausgetauscht werden können. Entweder direkt eigene Arbeit oder ein handwerkliches Produkt aus eigener Arbeit. Wäre es also illegitim, etwas für Euros einzukaufen und für Talente weiterzuverkaufen?

GJ: Auf den grossen Märkten ist das nicht erlaubt. Auf regionalen Treffen oder im direkten Austausch kann das aber schon vorkommen. Auf den grossen Märkten ist maximal erlaubt, gekaufte Rohstoffe anzubieten, die man aber selbst noch verarbeitet hat. Zum Beispiel kann ein Mitglied, das gefülzte Produkte anbietet, auch die Schafwolle anbieten, die es verarbeitet.

HZ: Es würde also nicht dem Ethos der Talentierten entsprechen, wenn ich einem Kollegen mit Talenten einen Flachbildschirm abkaufe.

GJ: Doch, durchaus, im alltäglichen bilateralen Austausch ist das schon in Ordnung. Das Weitergeben von Geräten, die dadurch nicht weggeworfen, sondern länger genutzt werden, hat auch einen grossen Wert und ist akzeptiert. Secondhand und Sharing ist beides auch gewollt. Aber bei diesen zwei grossen Märkten im Jahr legen wir Wert auf Selbstgemachtes.

HZ: Sind die Märkte also ein symbolischer Ausdruck dessen, was die Talente ausmacht?

GJ: Ja, genau – die Eigenproduktivität, die Umsetzung der eigenen Fähigkeiten.

Wer macht mit?

HZ: Darf ich noch fragen, wer da jetzt eigentlich mitmacht? Wer fühlt sich angesprochen, wer nicht? Gibt es ein soziologisches Profil der Talentierten?

GJ: Einen auffallend grossen Teil der Mitglieder stellen Frauen – rund drei Viertel. Mitglieder sind Personen, die Zeit haben. Wer 50 Stunden die Woche im Erwerbsleben steht, investiert normalerweise keine Zeit in den talentevermittelten Austausch – ausser wenn sich das eigene Hobby damit verbinden lässt. Es gibt zum Beispiel einen Mann, der in seiner Freizeit gerne Holzspielzeug herstellt, seine Produkte jedoch niemals gegen Euro verkaufen würde, weil sich das nicht rentiert. Aber er findet es sympathisch, es gegen Talente zu verkaufen. Doch in der Hauptsache sind es Frauen so ab 35, 40 Jahre. Wir haben zudem festgestellt, dass das Durchschnittsalter im Verein in den letzten 10 Jahren gestiegen ist. Möglicherweise hat es damit zu tun, dass auch das Durchschnittsalter im Organisationsteam gestiegen ist.

HZ: Sind die Talente also eine Idee, die sich innerhalb einer Generation oder Altersgruppe ausgebreitet hat, die aber kaum jüngere Mitglieder gewinnt?

GJ: Uns stellt sich deshalb jetzt die Aufgabe, die jüngere Altersgruppe zu erreichen. Unser ältestes Mitglied ist 89-jährig und sehr aktiv. Ins Alter haben wir eine grosse Spanne. Um die Jungen zu erreichen, haben wir jetzt begonnen, Kinder- und Jugendkonten einzuführen. Wir sprechen so Kinder und Jugendliche an, deren Eltern ebenfalls im System aktiv sind.

HZ: Die Benützung der Talente ist im Wesentlichen mit der Nutzung von mehr oder weniger vorhandener Freizeit verbunden. Geht es dabei auch um das Knüpfen geselliger Kontakte?

GJ: Aus Befragungen wissen wir, dass es zwei grosse Motivlagen gibt. Die eine Motivlage ist, anders zu wirtschaften. Also: «Ich will da dabei sein, weil da anders gewirtschaftet wird.» Der zweite grosse Motivator sind Beziehungen. Und beide Motivlagen tragen sich gegenseitig.

HZ: Welche demografischen Kriterien, abgesehen von Geschlecht und Alter, sind für die Mitgliedschaft ausschlaggebend? Kann man die Bevölkerungsgruppen, die mitmachen, weiter charakterisieren?

GJ: Wir haben Familien dabei, die nicht den etablierten Klischees entsprechen, indem sie anders arbeiten, anders leben, ihre Kinder anders erziehen ...

HZ: ... also Alternative?

GJ: Ja. Gleichzeitig haben wir Familien mit ganz klassischen Rollenbildern dabei: Er arbeitet und verdient das Geld. Sie ist zuhause, hat Zeit bei den Talenten mitzumachen und findet da Anerkennung für ihre Leistungen. Wir haben auch Einzelne dabei, die Mitte zwanzig sind und die von der Idee und der dahinter stehenden Ideologie angezogen sind. Was sich aber durchzieht, ist: Man braucht Zeit, um aktiv dabei sein zu können.

HZ: Gibt es ein politisches Profil der Talentierten?

GJ: Es gab mal eine Untersuchung dazu, die ausgesagt hat, dass sich das Werteprofil der Mitglieder relativ stark mit dem der grün-alternativen oder christlich sozialen Bewegung deckt. Das trifft wohl zu. Wie verschiedene Publikationen zeigen, beschäftigen sich andererseits auch Gruppen weit links bis weit rechts mit komplementären Geldsystemen.

HZ: Machen auch Sozialdemokraten mit?

GJ: Gibt es auch, aber im Allgemeinen herrscht bei den Sozialdemokraten wohl eher die Meinung vor, dass man so etwas wie die Talente nicht privat organisieren sollte, sondern dass das eine Aufgabe des Staates ist. Eher machen auch Leute mit, die dem bürgerlichen, sozialen und ökologischen Lager nahestehen.

HZ: Kann man sagen, dass die Talentierten einen Stallgeruch haben, der gewisse Teile des politischen Spektrums abstösst?

GJ: Das denke ich schon, ja.

HZ: Das heisst, die Mitgliedschaft bei den Talenten hat ein stärker ausgeprägtes parteipolitisches Profil, als das bei den eurogedeckten Systemen der Fall ist.

GJ: Ja, das glaube ich schon. Das Profil ist so bürgerlich bis grün-liberal. Das ergibt sich aber aus den Rahmenbedingungen. Bei den eurogedeckten Systemen handelt es sich eher um Gemeindeprojekte – mit einem Fokus: das tun wir für die Gemeinde. Bei dem Talente-System sprechen wir Personen an, die sich entscheiden, in dieser Gemeinschaft mitzumachen.

HZ: Gibt es Unterschiede zwischen Stadt und Land?

GJ: Das ist eine interessante Frage. Als wir begonnen haben, gingen wir davon aus, dass sich das System eher in ländlichen Gebieten etablieren wird als in den Ballungsgebieten. Tatsächlich ist es aber genau umgekehrt. Unsere grössten und aktivsten Gruppen leben in den Ballungsgebieten Dornbirn, Feldkirch und Bregenz.

HZ: Ich könnte mir vorstellen, dass es einen Grund dafür gibt, dass nämlich die Leute auf dem Land eher noch ohne Geld miteinander austauschen.

GJ: Ja, dort wird viel mehr noch im Alltag so gelebt.

Liquidierende Transaktionen und systemische moralische Verpflichtung

HZ: Was mich noch interessieren würde: Du hast auch mal geschrieben, dass man einander in informellen nachbarschaftlichen Netzwerken zwar sehr gerne Hilfe anbietet, es aber oft ein Problem ist, Hilfe anzunehmen. Das führt dazu, dass der alltägliche Austausch – gewissermassen aufgrund fehlender Nachfrage – nicht richtig in Gang kommt. Der talentevermittelte Austausch von Arbeitszeit bringt ihn aber in Gang, weil jede Transaktion in den Konten verbucht wird und man sich gegenseitig nichts schuldig bleibt. Die gegenseitige Hilfe wird so als liquidierender Tausch konzipiert.

GJ: Genau. Das ist etwas, das mir über deine Arbeit klar wurde. In den talentevermittelten Systemen wird die moralische Verpflichtung oder die Schuld, die entsteht, ins System verlagert. Indem ich mit Talenten bezahle, bin ich der Person, die mir hilft, nichts schuldig, aber ich trete in eine Verbindlichkeit zum System, zur Gemeinschaft. Die Talente-Gemeinschaft stellt eine dritte Ebene dar, die zwischen dem (Sozial-)Staat und der direkten persönlichen Verpflichtung angesiedelt ist. Indem ich mit meinem Konto ins Minus gehe, verpflichte ich mich gegenüber der Talente-Gemeinschaft, es wieder auszugleichen. Und wenn ich auf dem Konto ins Plus gehe, verpflichte ich mich gegenüber der Gemeinschaft, wiederum Leistungen in Anspruch zu nehmen. Eigentlich ist der Konto-Saldo ein Spiegel der Verbindlichkeit gegenüber der Gemeinschaft.

HZ: Das heisst auch, dass der einzelne Austausch von moralischen Empfindungen entlastet wird. Man ist dem andern gegenüber nur über die Mitgliedschaft zum selben Verein verpflichtet. Die Schuld, die man empfindet, wenn man etwas annimmt, wird abstrakter.

GJ: Ja, genau. Es wird abstrakter, aber nicht anonymisiert.

HZ: Weil die Mitglieder ja alle bekannt sind. Es handelt sich um eine überblickbare Tauschgemeinschaft, die sich sogar periodisch treffen kann.

GJ: Genau.

HZ: Die Talentierten sind gewissermassen eine Gemeinschaft von Leuten, die sich von der Geldwirtschaft her den liquidierenden Austausch gewohnt sind. Der Abneigung gegen offene persönliche Verpflichtungen wird durch den liquidierenden Talente-Tausch Rechnung getragen, ohne dass dabei auf eine Solidarisierung mit der Gemeinschaft verzichtet werden muss. Auf dem Land halten die Leute offene Verpflichtungen tendenziell noch eher aus und sind deshalb weniger auf die Talente angewiesen, wenn sie sich gegenseitig aushelfen.

GJ: Hinzu kommt, dass wir mit den Talenten eigentlich zwei Ebenen des Austausches etabliert haben. Zum einen den offiziellen liquidierenden, talentevermittelten Austausch und zum anderen den spontanen nichtliquidierenden Austausch zwischen den Mitgliedern, der auch einen relativ grossen Umfang hat und das direkte Resultat des talentevermittelten Austausches ist.

HZ: Oder das Resultat der Vertrauensbeziehungen, die durch das System geschaffen worden sind?

GJ: Genau. Allerdings werden Personen, deren Arbeitsqualität als schlecht eingestuft wird, von den andern Mitgliedern im Austausch relativ schnell gemieden.

HZ: Es gibt im System also ein Ethos, gut zu arbeiten.

GJ: Das drückt sich in einem Spruch aus, mit dem neue Mitglieder beraten werden: «Mach etwas, das du gerne tust, dann stimmt auch die Qualität für die anderen.»

HZ: Wir haben vorher über die Gruppen gesprochen, die bei den Talenten mitmachen. Welche Rolle spielt dabei das Einkommen? Ich kann mir zum Beispiel kaum vorstellen, dass auch Zahnärzte mitmachen.

GJ: Dem muss ich widersprechen. Wir haben von armutsbetroffenen Menschen bis zu Menschen, die der Oberschicht angehören, alle Einkommensgruppen im System vertreten.

HZ: Tatsächlich?

GJ: Das hat mich auch sehr verblüfft. Aber bei den Talenten treffen sich tatsächlich Personen, die sonst nie an einem Tisch sitzen würden. Es gibt Personen, die relativ weite Strecken zu Fuss zu Treffen kommen, weil sie sich das Fahren nicht leisten können, und dann stehen vor dem Lokal, in dem wir uns treffen, zwei grosse, teure Mercedes-Benz. Wir haben das thematisiert und es hatten eigentlich alle kein Problem damit. Sie sagten, es geht ja darum, dass man durch die Talente nun miteinander in Austausch steht.

Politik

HZ: Zum Abschluss noch eine Frage. Du hast gezeigt, dass politische Behörden unter Umständen ein grosses Interesse an eurogedeckten Lokalwährungen haben können, weil sie die lokale Wirtschaft spürbar ankurbeln. Wie steht es in dieser Beziehung mit den Talenten? Ich kann mir vorstellen, dass die Bedeutung der Talente für die lokale Wirtschaft doch eher marginal ist und dass deshalb die politischen Behörden ein geringes Interesse an ihrer Förderung haben. Ist das so?

GJ: In der Debatte, die wir mit der Lokalpolitik führen, wurde das Talente-System über Jahre belächelt. Aber inzwischen gibt es ernsthafte Diskussionen, in denen Gemeindevertreter sagen, dass man die Verrechnung unter den Gemeinden durchaus auf Talente umstellen könnte. Ihr Argument lautet, dass die Verrechnung untereinander in Euros nur Euroliquidität bindet, die sie sonst zur Verfügung hätten. Gemeinden suchen heute zunehmend einen Ausweg aus ihrer Liquiditätsfalle, die in Österreich auch daher kommt, dass anders als in der Schweiz die Gemeinden mit Ausnahme kleiner Personalsteuern keine Steuern einheben. Sämtliche Steuern werden vom Bund eingehoben und an die Gemeinden rückverteilt. Das zweite Argument lautet, dass viele Gemeinden mit den Talenten einen Weg sehen, Pflichten im Sozialbereich nachzukommen, für die ihnen die Euros fehlen. Zum Beispiel Betreuungsrbeit und andere Gemeindeaufgaben. Dazu gibt es jetzt einige Gespräche. In der Umsetzung sind wir noch nicht. Vom Rechtlichen her konnten wir aber mit dem Vorarlberger Gemeindeverband und mit der Revisionsstelle der Landesregierung klären, dass eine Gemeinde auch Abgaben und Steuern in Talenten einheben und Leistungen in Talenten auszahlen darf. Also auch im hoheitsrechtlichen Bereich. Das hat sehr geholfen, die Diskussionen mit den Gemeinden zu führen.

HZ: Wenn die politischen Gemeinden an den Talenten Interesse zeigen, dann würde das heissen, dass die Talente allmählich aus dem Soziotop der Grün-Alternativen herauskommen könnten.

GJ: Ja, genau. Es gab diesbezüglich bereits eine Bachelor-Arbeit, die ergab, dass das Zahlungsmittel an sich eine hohe Attraktivität hätte, dass ihm aber das Image des Vereins im Weg steht. Das haben wir zum Anlass genommen, sehr intensiv an unserem Image und unserem Aussenauftritt zu arbeiten. Inzwischen bekommen wir dazu von den Gemeinden sehr gute Rückmeldungen. Das macht uns zuversichtlich, dass wir in den nächsten Jahren an einem Modell zeigen können werden, wie eine Gemeinde ein solches Zahlungsmittel einsetzt.

Im Businessbereich konnten wir im letzten Jahr ein schönes Beispiel zeigen: Ein Mitglied hat ein neues Geschäft aufgemacht und 15% des Finanzierungsbedarfs für die Neueröffnung auf Talentebasis gedeckt. Wir konnten auf jeden Fall zeigen, dass vom Architekten über die Buchhaltung bis zur Unter-

nehmensberatung eine teilweise Bezahlung mit Talenten möglich war, was die Gründungskosten in Euro deutlich zu senken erlaubte. Das löst jetzt viele Gespräche bei den Mitgliedern aus.

HZ: Führt das nicht zu einer Entfremdung eines Teils der Mitglieder mit starker grün-alternativer Identität?

GJ: Nun, nachdem es sich bei dem Geschäft um einen Bioladen gehandelt hat, ist es unbestritten, dass eine solche Finanzierung eines Kleinunternehmens sinnvoll ist. Aber jede Weiterentwicklung birgt das Risiko, dass die Mitglieder dies für gut oder weniger gut befinden. Es ist Aufgabe des Serviceteams, den Umgang damit zu steuern.

Kommentar

Eva Lang

Der Begriff der Komplementärwährung vereint das Prinzip der Komplementarität mit dem Währungsprinzip. «Zwei Phänomene werden als komplementär zueinander beschrieben, wenn sie nicht ursächlich verbunden sind, nichtsdestotrotz jedoch beide nötig sind, um einen empirischen Prozess, ein Ereignis oder Verhalten zu verstehen und zu beschreiben».¹³ Wenn wir nicht nur den Güter-, Arbeits-, Geld- und Finanzmarkt, sondern das Ganze der Ökonomie ins Blickfeld nehmen, dann zeigen sich die Komplementaritäten ganz deutlich. Um ein gutes Leben führen zu können, genügt der Markt allein nicht. Zu einem guten Leben gehören darüber hinaus die Selbstversorgung, familiäre oder familienähnliche Sorgeleistungen (Erziehung und Betreuung von Kindern, Pflege von Kranken oder älteren Familienmitgliedern) ebenso wie die Bereitstellung von Gemeinschaftsgütern durch den Staat (z.B. Bildung, Infrastruktur oder kulturelle Angebote) sowie die Teilhabe in der Zivilgesellschaft oder auch die Versicherung von Lebensrisiken durch den Sozialstaat.

Wirtschaften mit dem Ziel eines guten Lebens erfordert die Erfahrung der Ganzheit und das gegenseitige Aufeinander-angewiesen-Sein. Es erfordert aber auch ein Bewusstsein für die unterschiedlichen Aufgaben und Zwecksetzungen zwischen Teilökonomien wie beispielsweise dem Güter-, Arbeits- und Geldmarkt, der Staats- und Sozialwirtschaft, der Haushaltswirtschaft oder der Leistungen zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Die Marktwirtschaft basiert auf weitgehend formalisierten, anonymen und mittels des Tauschmediums Geld globalisierbaren Tauschprozessen. Im Grunde geht es darum, Überschüsse zu bilden¹⁴, d.h. Gewinne bzw. Einkommen zu maximieren. Der Selbstorganisationsmechanismus des Marktes führt dazu, dass mit diesem Streben nach Gewinn- bzw. Einkommensmaximierung gleichzeitig die Aktivitäten auf die Produktion solcher Güter (Waren und Dienstleistungen) gelenkt werden, die der «souveräne» Konsument auch wünscht.

Das Medium «Geld» als Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel ermöglicht es, dass die Akteure am Markt sich weder persönlich treffen müssen noch einer zeitlichen Beschränkung unterliegen, wann das eingetauschte Geld wieder verwendet wird. Im Gegenteil, der Verzicht auf Konsum führt zur Möglichkeit, Geldvermögen zu bilden, d.h. zu sparen, um dann in Form von Zinsen neue Überschüsse zu erzielen. Tauschmedium sind die rechtlich abgesicherten sogenannten Standardwährungen, wie z.B. der Euro.

Wirtschaftliche Aktivitäten zwischen den Akteuren der Zivilgesellschaft sind dagegen geprägt durch das persönliche Engagement der Mitglieder. Sie erfordern Zeit und Gelegenheiten für Partizipationsprozesse und die dafür notwendige Kommunikation untereinander. Auf diesem Weg entstehen eigene Formen der Austauschprozesse, die als Gegenentwurf zur Tauschlogik des Marktes angesehen werden können. Sie ersetzen nicht, sondern ergänzen die Güter und Dienstleistungen des Marktes und tragen so zu einem guten Leben bei. Nicht zuletzt, um die Gemeinschaft und die regionale Wirtschaft zu stärken, entwickeln zivilgesellschaftliche Wirtschaftseinheiten verschiedene – ihren Zwecken dienliche – Komplementärwährungen.

Im vorliegenden Interview stellt Gernot Jochum-Müller u.a. den Talente-Tauschkreis Vorarlberg vor. Es weiss, wovon er spricht. Schliesslich hat er mit anderen zusammen den Talente-Tauschkreis Vorarlberg nicht nur gegründet, sondern auch weiterentwickelt und organisatorisch professionalisiert.

¹³ Brunnhuber, Stephan, 2004, *Das Prinzip der Komplementarität*. In: Kennedy, Margrit und Bernard A. Lietaer: Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand. München: Riemann Verlag, S. 74.

¹⁴ Dahm, Daniel und Gerhard Scherhorn, 2008, *Urbane Subsistenz. Die zweite Quelle des Wohlstands*. München: oekom Verlag, S.46ff.

Im Tauschkreis Vorarlberg wird sowohl mit einem an die Landeswährung gekoppelten Tauschmedium, den Talente-Gutscheinen, die an den Euro gekoppelt sind, als auch mit der Währung Talent, die allein durch Leistungseinsatz, gemessen in der aufgewandten Zeit, ausgedrückt wird, gearbeitet. Damit steht die Tür zur Partizipation für alle in der Region lebenden Menschen offen, auch für diejenigen, die nicht mit der eurogedeckten Regionalwährung handeln wollen, sondern Zeit und Leistungspotenziale tauschen wollen. «In dem Masse, wie diese Teilnehmer aktiv sind und ihre Konten nutzen, schöpfen sie praktisch Geld. Und dieses ‹Geld› ist – im Gegensatz zur konventionellen Währung – immer 100-prozentig auf Leistungen abgesichert.»¹⁵

Der Wirkungsbereich dieser Komplementärwährung ist die Region, der Ort, in dem die Teilökonomien der privaten Haushalte, des Staates, der Sozialwirtschaft, der Zivilgesellschaft und des Marktes zusammenwirken. Wie im Interview mit Gernot Jochum-Müller deutlich wird, dient die Komplementärwährung dazu, eine (regionale) wirtschaftliche Solidargemeinschaft zu entwickeln.

Die Mitgliedschaft in der Solidargemeinschaft ist zwar freiwillig, aber nicht unverbindlich. Ja, nach Gernot Jochum-Müller stellt die Verbindlichkeit geradezu eine notwendige Bedingung für die Funktionsfähigkeit des Systems dar. Um den verschiedenen Partizipationsbedürfnissen gerecht zu werden, lassen sich – wie im Interview gezeigt – unterschiedliche Grade und Formen der Verpflichtung entwickeln und miteinander kombinieren. Wesentlich ist, dass sich die Mitglieder tatsächlich als Gemeinschaft verstehen.

Der Erfolg von Komplementärwährungen hängt zudem davon ab, ob es gelingt, trotz Freiwilligkeit eine bestimmte Grössenordnung des Netzwerkes zu erreichen. Motive für die Teilnahme mögen eine kritische Haltung gegenüber dem konventionellen Geld- und Finanzsystem sein oder die Kundenbindung, die man sich verspricht. Die Attraktivität einer Teilnahme hängt aber ebenso von der Breite der Angebotspalette ab. Deshalb hat es sich wohl auch in der Praxis bewährt, ein System zu entwickeln, in dem sowohl diejenigen, die ihre Fähigkeiten anbieten und dafür die Leistungen anderer nachfragen, teilhaben können als auch diejenigen, die partizipieren, indem sie die eurogedeckten Währungen kaufen bzw. als Zahlungsmittel für ihre Leistungen akzeptieren.

Ich fand es besonders interessant, wie im Interview die Rolle der Lokal-/Regionalpolitik durch Gernot Jochum-Müller beschrieben und analysiert wird. Denn die Stärkung der regionalen Wirtschaft und die Stärkung der Gemeinschaft müssten eigentlich – wenn man das Ganze der Ökonomie und die ganze Gesellschaft im Blick hat – das zentrale Interesse der Regionalpolitik und -verwaltung sein. Einen besseren Weg zur Lösung der zunehmenden regionalen Bedarfe an Sorge- und Betreuungsleistungen angesichts der alternden Gesellschaft und anderer lokaler Infrastrukturaufgaben als die Partizipation in einem Talente-System kann ich mir nicht vorstellen. Hoffen wir also, dass diese praktische Initiative Erfolg haben wird.

¹⁵ Kennedy, Margrit und Bernard A. Lietaer, 2004, *Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand*. München: Riemann Verlag, S. 111.

Die Zeitvorsorgen Obwalden und St. Gallen

Theo Wehner, Heinzpeter Znoj, Gernot Jochum-Müller und Heidi Lehner

Das Projekt

«Die Wirtschaft der Zukunft basiert auf Beziehungen, nicht auf Besitz.» Mit diesem Zitat beginnt Bernard Lietaer das Kapitel über Gemeinschaftswährungen in seinem Buch «Das Geld der Zukunft»¹⁶. Auch wenn dieses Zitat sehr weit ausholt, trifft es mit Sicherheit einen Punkt: Die Frage, wie wir mit einer zusehends älter werdenden Bevölkerung umgehen, lässt sich nicht auf die Kostenfrage reduzieren. Die zwischenmenschlichen Beziehungen spielen eine ebenso grosse Rolle wie das Geld. Zeit-tausch- oder Zeitvorsorgemodelle sind eine mögliche Antwort darauf.

In St. Gallen und Obwalden wurden die ersten Zeitvorsorgemodelle in der Schweiz eingeführt. In Obwalden wurde 2013 und in St. Gallen 2014 der reguläre Betrieb aufgenommen. In St. Gallen wird das Modell von der Stiftung Zeitvorsorge¹⁷ getragen. Darin vertreten sind die Stadt St. Gallen sowie wichtige Akteure im Alters- und Sozialbereich (lokale Kirchgemeinden, SRK Kanton St. Gallen, Pro Senectute Kanton St. Gallen, Spitex Verband Kanton St. Gallen, Frauenzentrale Kanton St. Gallen, Amt für Soziales Kanton St. Gallen). In Obwalden ist die Trägerschaft die Genossenschaft KISS Obwalden¹⁸ («Keep it small and simple»), die ebenfalls in enger Abstimmung mit den Behörden und Organisationen im Alters- und Sozialbereich operiert.

(Heidi Lehner)

Das Gespräch

Eich am Sempachersee, 15. März 2014

Wie sind die Projekte der Zeitvorsorge entstanden und welche Erfahrungen konnte man bis anhin damit in der Schweiz gewinnen? Theo Wehner und Heinzpeter Znoj befragen dazu Gernot Jochum-Müller, der die St. Galler Initianten während der Aufbauphase beraten hat, und Heidi Lehner, Beraterin der KISS im Kanton Obwalden.

Zeitvorsorge in der Schweiz

Theo Wehner (TW): Wie kam es dazu, dass das Projekt Zeitvorsorge St. Gallen dich als Berater anfragte, und was hat dich an dieser Aufgabe interessiert?

Gernot Jochum-Müller (GJ): Was mir die Rolle als Berater zugeschrieben hat, war ein Experiment Anfang der 2000er-Jahre in Vorarlberg, wo wir mit fünf Gemeinden, die eine gemeinsame Sozialeinrichtung führen, die ersten Gehversuche mit Zeitvorsorge unternahmen. Diese Umsetzung war in das Talente-Tauschsystem¹⁹ in Vorarlberg integriert, das schon seit 1996 aktiv ist und als eines der grösseren Systeme immer Anfragen erhält. Diese Erfahrungen haben wir dokumentiert, was schliesslich zu meiner Einladung zu Gesprächen in St. Gallen führte.

¹⁶ Lietaer, Bernard A., 1999, *Das Geld der Zukunft. Über die destruktive Wirkung des existierenden Geldsystems und die Entwicklung von Komplementärwährungen*. München: Riemann Verlag.

¹⁷ www.zeitvorsorge.ch

¹⁸ www.kiss-zeit.ch/index.php/home-kiss-obwalden.html

¹⁹ www.talente.cc

Heinzpeter Znoj (HZ): Wie hat das System in Vorarlberg funktioniert?

GJ: Im Leiblachtal zwischen Bregenz (A) und Lindau (D) führen fünf Gemeinden, zwei grössere und drei ganz kleine, einen Verein, der Hilfe wie Betreuung zuhause anbietet. Der damalige Geschäftsführer war schon immer am Talente-System interessiert. Er war der Meinung, dass ein System, das Zeit anspart und tauscht, genau das ist, was sie brauchen würden. Daraufhin erstellten wir ein einfaches, rudimentäres Konzept und probierten es aus. Wir machten sehr spannende Erfahrungen damit. Zum einen fühlten sich plötzlich Männer angesprochen, die man bis dahin überhaupt nicht für die Mitarbeit im Verein erreichen konnte. Zum anderen reagierten jene, die klassischerweise bei diesen Themen mitmachen und bis anhin zu sehr niedrigen Löhnen im Verein mitgearbeitet hatten, überhaupt nicht auf die Zeitvorsorge. Sie machten die Arbeit, weil sie im Moment dafür Geld auf die Hand bekommen wollten. Für die meisten von ihnen – Mütter, deren Kinder schon etwas grösser waren – war die Mitarbeit im Verein ein Wiedereinstieg in den Lohnarbeitsprozess. Hingegen fand jene Gruppe, die bisher kein Interesse am Verein gehabt hatte, an der Zeitvorsorge spannend, dass sie jetzt, da es ihnen gutging, ein wertvolles Zeitguthaben für später ansparen konnten, wenn sie selber hilfebedürftig sein würden.

TW: War dieser Tauschgedanke von Anfang an jener eines zeitverschobenen äquivalenten Austausch von Leistungen?

GJ: Man kann ja gerade nicht damit rechnen, dass die Person, der ich helfe, mir später eine Gegenleistung erbringen wird. Der Tausch ist nicht an die tauschenden Personen selbst gebunden: Ich helfe jetzt und später wird mir geholfen. Die Zeitvorsorge ist also näher am Versicherungsprinzip als an der direkten gegenseitigen Hilfe.

TW: Wie war das in der Innerschweiz? Was war der Beratungsbedarf der KISS?

Heidi Lehner (HL): Die Genossenschaft KISS Obwalden gab es damals noch nicht. Die Initiantinnen vom Verein KISS, welche die Vorarbeiten für den schweizweiten Aufbau von KISS-Genossenschaften geleistet hatten, kamen zur Sunflower Foundation, weil wir vor einigen Jahren das japanische Zeittauschmodell Fureai Kippu vorgestellt hatten. Sie fanden das Projekt auf unserer Website beschrieben und nahmen Kontakt mit uns auf, um sich bei der Einrichtung eines Zeittauschsystems beraten zu lassen. Sie wussten, «wir machen jetzt ein Fureai Kippu», aber sie hatten noch kein eigenes Konzept ausgearbeitet.

Der Ursprung der Zeitvorsorge in Japan

HZ: Und wie habt ihr von Fureai Kippu erfahren?

HL: Bernard Lietaer hat es in «Das Geld der Zukunft» im deutschsprachigen Raum bekannt gemacht. Wir kamen in Kontakt mit einer Japanerin, Frau Suda, die ein solches System in Japan aufgebaut hat und betreut. Frau Suda war vom Vorarlberger Talente-Tauschkreis anlässlich seines zehnjährigen Jubiläums eingeladen worden, um Erfahrungen auszutauschen. In Japan gibt es nicht *ein* einheitliches Fureai-Kippu-System, sondern verschiedene Ausgestaltungen. Es gibt Systeme, in denen eine Stunde gegen eine Stunde getauscht wird, andere, in denen ein Teil der Hilfe in Landeswährung und ein anderer in Stunden abgegolten wird. Die Systeme werden pragmatisch den gegebenen Möglichkeiten angepasst und funktionieren im Grundsatz ähnlich wie jenes im Leiblachtal, das Gernot Jochum-Müller

beschrieben hat: Die gesunden Menschen helfen den hilfebedürftigen Personen und können später ebenfalls Hilfe beanspruchen.

HZ: Auf welchem Hintergrund sind in Japan solche Systeme entstanden?

HL: Lange gab es in Japan keine staatliche oder obligatorische private Alters-Pflegeversicherung. Eine solche Vorsorge wurde erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts eingeführt. Zum Zeitpunkt, als der ehemalige Staatsanwalt Tsutomu Hotta die Sawayaka Welfare Foundation mit dem Ziel gründete, die Einführung von Zeittauschsystemen in ganz Japan zu unterstützen, gab es sie noch nicht. Angesichts einer zusehends älter werdenden Bevölkerung und der mit der Pflege alter Angehöriger überforderten Kleinfamilien ging es darum, zusätzlich Menschen zu mobilisieren, welche die nötige Pflege leisten konnten. Es musste mitberücksichtigt werden, dass unbezahlte Hilfe von Nichtverwandten aus kulturellen Gründen nicht angenommen werden kann, die Lohnkosten für professionelle Hilfe aber häufig zu teuer wären. Die Zeittauschsysteme, oft in Kombination mit teilweise monetärer Abgeltung, erwiesen sich als praktikable und für die Empfänger akzeptable, privat organisierte Hilfe.

GJ: Ein ursprünglicher Zweck der Einführung der Fureai-Kippu-Systeme in Japan war es, die alten Leute aus den Badehäusern zu holen. Viele Familien, die nicht in der Lage waren, ihre alten Angehörigen zuhause zu betreuen, kauften ihnen ein Jahresticket für ein Badehaus und brachten sie mit ein paar Essensvorräten dorthin, wo sie jeweils tagelang blieben. Dieser Missstand sollte aufgehoben werden.

HL: Frau Suda berichtete, dass die Zeittauschsysteme vor der Einführung der staatlichen Alters-Pflegeversicherung einen starken Zustrom erlebten. Mit der Einführung der staatlichen Versicherung traten viele wieder aus, doch die Systeme existieren weiterhin, auch wenn es kaum offizielle Mitgliederzahlen gibt.

GJ: Frau Suda sprach 2006 von etwa 300 Gruppen im Land, von denen die grössten ungefähr 250 Personen umfassen. Das ist weit entfernt von den vielen Millionen Mitgliedern, wie sie in der Literatur dargestellt werden. Ähnliche Zahlen hat auch Robert Mittelstädt aus München recherchiert und im Internet veröffentlicht. Frau Suda hat betont, dass es für die Systeme wichtig wird, nicht nur Pflegeleistungen zu erbringen, sondern diese Systeme auch für Nachbarschaftshilfe und somit einen direkten Austausch zwischen den Mitgliedern zu öffnen.

HL: Interessant aber ist, dass innerhalb weniger Jahre nach der Einführung des staatlichen Versicherungssystems klar wurde, dass die erforderlichen Pflegeleistungen langfristig nicht finanzierbar sind. Der Staat hat deshalb zusätzlich professionell geleitete ambulante Tagesstätten aufgebaut, die mit Mitgliedern der Zeittauschsysteme zusammenarbeiten.

Vom Zeittausch zur Zeitvorsorge

TW: In Japan ging es um Zeittausch. In der Innerschweiz heisst das System aber Zeitvorsorge. Wie kam es vom Tausch zur Vorsorge?

HL: Das änderte sich in Zusammenhang mit der Entwicklung des St. Galler Modells ...

GJ: ... und das ging auf Erfahrungen im Leiblachtaler System zurück. Dieses wurde ursprünglich stärker als talentebasierter direkter oder indirekter Austausch von Leistungen in kürzeren Zeiträumen genutzt. Aber einige Mitglieder begannen spontan, Zeitguthaben für die eigene Vorsorge anzusparen.

TW: Der Wechsel vom zeitnahen Tausch zur längerfristigen Vorsorge bringt das Problem der unsicheren späteren Einlösbarkeit hervor. Gab es denn im Leiblachtal eine Garantie dafür, dass die Zeitguthaben später auch bezogen werden können?

GJ: Der Verein, der den Austausch organisierte, hat für die angesparten Stunden in seiner Bilanz entsprechende Rückstellungen in Euro gemacht.

HZ: Woher kam das Geld, um diese Rücklage zu bilden?

GJ: Die Haushalte bezahlten dem Verein für die Leistungen etwa 10 Euro pro Stunde. Die Mitarbeitenden konnten wählen, ob sie Euro oder Talente wollten. Für jene, die Talente bevorzugten, wurden die Einnahmen bilanziell zurückgestellt.

HZ: Also hätte der Verein die Mitglieder eigentlich auch direkt für ihre Leistungen bezahlen können.

GJ: Das ist das übliche Modell, das in Vorarlberg Mohi (Mobile Haushilfe) genannt wird. Damit werden in Vorarlberg jährlich 600'000 Stunden abgewickelt. Das Problem mit diesem Modell ist aber, dass es kein Rezept für den wachsenden Bedarf an Betreuungsleistungen bereitstellt, der mit dem demografischen Wandel auf uns zukommt. Man braucht weitere Zielgruppen, die mitmachen und unterschiedliche Motivationen mitbringen. Mit dem Zeitvorsorgemodell spricht man solche weiteren Kreise an.

HZ: Mit dem Zeitvorsorgemodell werden also nicht jene traditionellen Freiwilligen angesprochen, die für einen geringen Lohn arbeiten ...,

GJ: ... sondern jene, die sagen, für ein Trinkgeld leiste ich keine Stunde Arbeit, aber für eine zukünftige Pflegestunde schon. Damit haben wir tatsächlich eine neue Gruppe angesprochen.

HZ: Der zeitverzögerte Austausch gleicher Leistungen hat nicht das Stigma des tiefen Lohnes.

GJ: Genau so ist es. Diesen Aspekt haben vor allem die Männer betont, die zum Teil vor der Pensionierung in angesehenen Berufen arbeiteten.

TW: Ich habe bei Freiwilligen häufig gehört: «Wenn ich es bezahlt bekäme, würde ich es gar nicht tun.» Die adäquate Gegenleistung für freiwillige Arbeit kann gewissermassen nur ein gleiches Zeitquantum freiwilliger Arbeit sein. Wie wird diese zukünftig zu beziehende Zeit für die Freiwilligen greifbar genug, dass sie sich auf den Tausch einlassen?

GJ: Das lässt sich für die unterschiedlichen Gruppen nicht einheitlich sagen. Es gibt diejenigen, die sagen: «Ich würde das auch machen, wenn ich keine Zeitgutschrift dafür bekomme. Die Aufgabe ist sinnvoll und gefällt mir – das reicht mir.» Aber es gibt auch jene, die sich ohne Zusicherung einer gleichwertigen Gegenleistung in der Zukunft nicht engagieren würden.

TW: Kann man denn in dem System auf eine Zeitgutschrift für geleistete Arbeit auch verzichten?

GJ: Es ist möglich, die Zeitgutschrift zu verschenken oder auf ein Sozialkonto zu übertragen, damit sie jemand anderem zugutekommt.

HZ: In diesem Zusammenhang habe ich eine Frage zur Empfängerseite der Betreuungsleistungen. In Japan wird unbezahlte Hilfe von Fremden offenbar nicht akzeptiert. War es für die Leiblachtaler ein Unterschied, ob sie normale freiwillige Leistungen bezogen oder solche, die Teil des Zeitvorsorge-systems waren?

GJ: Im Leiblachtal war das so organisiert, dass die Bezüger ohnehin den Stundensatz bezahlten, den die Einrichtung verlangte. Insofern machte das keinen Unterschied. Erste Erfahrungen in St. Gallen deuten auf eine gute Akzeptanz der Zeitvorsorge, gerade weil sie nicht nur mit einem symbolischen Lohn entschädigt wird. Eine alte Frau in St. Gallen sagte beispielsweise: «Was bin ich froh, dass Sie die Zeit aufschreiben können!» Die Empfänger wollen nichts schuldig bleiben, sie sind erleichtert, zu wissen, dass die Zeitvorsorgenden für ihre Arbeit später etwas Gleichwertiges zurückbekommen.

Zeitvorsorge und Unterstützung von älteren Menschen

TW: Warum ist das Zeitvorsorgemodell nur für die Seniorenbetreuung eingeführt worden? Freiwilligenarbeit wird doch sonst in allen möglichen Bereichen geleistet und man könnte sich das Modell auch in weiteren Tätigkeitsfeldern vorstellen.

HL: In Obwalden ging die Initiative von der Gemeinde Sarnen aus, die nach Lösungen für die Probleme suchte, die mit der Einführung der neuen Pflegefinanzierung entstanden. Im Bundesgesetz über die Pflegefinanzierung von 2011 wurden die Kantone und Gemeinden verpflichtet, sich an den Pflegekosten für ungenügend Versicherte und wenig Vermögende in Alters- und Pflegeheimen, im Sinne einer Restfinanzierung, zu beteiligen. Der gesetzliche Anspruch auf eine Restfinanzierung der Pflegekosten durch die Gemeinde führte im Jahr 2011 zu einer Verdoppelung der dafür aufgewendeten Beträge. Die Gemeinde realisierte sehr rasch, dass diese Kosten aus dem Ruder laufen würden, wenn keine geeigneten Massnahmen getroffen würden. Sie verabschiedete daraufhin die Altersstrategie, möglichst wenig weitere Pflegeplätze in Altersheimen einzurichten und statt dessen die Pflege und Betreuung zuhause auszubauen, ganz im Sinne des im Jahr 2004 vom Kanton Obwalden verabschiedeten Berichts «Im Alter in Obwalden leben»²⁰. Trotz des bestehenden professionellen Angebots von Spitex und anderen Institutionen und dem Einsatz von freiwillig Tätigen besteht eine grosse Lücke im Bereich Betreuung und Entlastung von Angehörigen. Die Gemeinde Sarnen schuf als erste im Kanton eine Beratungsstelle, die auch die Koordination der verschiedenen Pflege- und Betreuungsleistungen übernimmt. Die Zeitvorsorge KISS ist keine Alternative zur professionellen, bezahlten Pflege, sondern eine Ergänzung im Betreuungsbereich, die aber die gesamten Kosten für die Gemeinde zu senken vermag.

GJ: Der Versorgung und Betreuung alter Menschen nachzukommen ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die sich gegenwärtig als grosse Herausforderung erweist. In Japan, das uns in der demografischen Entwicklung 15 Jahre voraus ist, hat man eine Antwort auf dieselbe Herausforderung gesucht und diese in der Zeitvorsorge ansatzweise gefunden. Deshalb ist Zeitvorsorge jetzt auch bei uns im

²⁰ www.ow.ch/dl.php/de/20070313103306/schlussbericht+2004+.pdf

Gespräch. Die Familien sind in Anbetracht des demografischen Wandels bei der Betreuung von alten Menschen ebenso überfordert wie die öffentliche Hand. Und viele alte Menschen sind unterversichert. Es braucht also ein komplementäres System.

In Vorarlberg, wo wie gesagt jährlich 600'000 Betreuungsstunden in «Billigjobs» geleistet werden, argumentieren die Vertreter der Einrichtungen, die diese Leistungen erbringen, dass sie auch voll bezahltes Stammpersonal benötigen, um die stark zunehmende, aber oft stundenweise anfallende Betreuungsarbeit zu verwalten. Das würde aber die gesamten Lohnkosten verdoppeln oder verdreifachen, die nicht vollständig den betroffenen Haushalten verrechnet werden könnten, sondern zum Teil von der öffentlichen Hand übernommen werden müssten. Aus diesem Grund ist die öffentliche Hand an alternativen Formen der Sicherstellung von Betreuungsarbeit, wie eben durch Zeitvorsorge, interessiert. Sie sieht darin die mögliche Lösung eines wachsenden Problems.

TW: Ich möchte die Frage noch zuspitzen: Handelt es sich bei der Pflege und Betreuung von alten Menschen um einen Billiglohnsektor, der sich nicht ins Ausland verlagern lässt und deshalb durch neue Modelle wie die Zeitvorsorge attraktiv gemacht werden soll? Oder geht es tatsächlich um die verstärkte Mobilisierung der kulturell verankerten Freiwilligenarbeit mit ihrem eigenen Prestige, wie wir sie in allen Gesellschaften und Kulturen seit Jahrhunderten kennen? Wo zwischen diesen beiden Polen ist die Zeitvorsorge zu verorten?

GJ: Ich glaube, es handelt sich um etwas dazwischen, um ein neues Element.

TW: Ist sie näher am Billiglohnsektor anzusiedeln oder näher an der freiwilligen Arbeit?

GJ: Das kommt auf die konkrete Ausgestaltung an. Nehmen wir das Beispiel St. Gallen, wo sich diese Frage verdeutlichen lässt. Die Stadt St. Gallen garantiert die zukünftige Einlösbarkeit von Leistungen im System bis zu einem gewissen Betrag – im Unterschied zum Obwaldner Modell. Die Stadt St. Gallen finanziert den Aufbau des Systems und die Koordination der Zeitvorsorge mit den bestehenden Betreuungseinrichtungen. In St. Gallen kann man in der Zeitvorsorge als Mitarbeiter bis zu 750 Stunden ansparen. Spätestens dann steht man vor der Entscheidung, ob man aufhört, weil man nicht mehr Zeit ansparen kann, ob man zur Freiwilligenarbeit oder beispielsweise zur Pro Senectute wechselt, bei der es ein Sozialzeitmodell gibt, in dem Arbeit in Schweizer Franken entlohnt wird. Das heisst, die Zeitvorsorge in St. Gallen ist ein ergänzendes Modell, das weder die freiwillige Arbeit noch die billig entlohnte Betreuungsarbeit ersetzen kann, sondern beides mit einem weiteren Element unterstützt. Die Zeitvorsorge ist bewusst gedeckelt, weil es erstens keinen Sinn macht, 50'000 Stunden anzusparen, die man niemals beziehen können, und weil man zweitens die bestehenden Einrichtungen nicht konkurrenzieren möchte.

TW: Wie fällt der Vergleich Obwalden und St. Gallen in Bezug auf die Pole Billiglohn und Freiwilligkeit aus?

HL: KISS hat bewusst auf die monetäre Garantie der Zeitvorsorge durch die Gemeinden verzichtet. Die Gemeinde Sarnen steht dahinter und unterstützt KISS als zusätzliches Angebot in der Betreuung von alten Menschen, aber sie erwartet, dass die Zeitvorsorge und die damit zusammenhängende Absicherung der zukünftigen Gegenleistungen von den aktiven Mitgliedern selbst getragen wird. KISS ist als Genossenschaft organisiert, in der sich die Mitglieder gegenseitig kennen. So wird der Anonymisierung und Bürokratisierung entgegengewirkt, die unweigerlich eintreten, sobald eine Behörde die Verwaltung übernimmt und die Einlösbarkeit der Zeitguthaben garantiert. KISS Obwalden ist also

weniger institutionalisiert als die Zeitvorsorge in St. Gallen. Ihre Verlässlichkeit beruht vollständig auf der Solidarität der Genossenschaftsmitglieder. Damit ist KISS sicher näher am Pol der Freiwilligkeit als die St. Galler Zeitvorsorge.

TW: Wenn es sich bei der Zeitvorsorge um ein neues Element zwischen Freiwilligenarbeit und Billiglohnbetreuung handelt, warum fühlen sich denn Freiwilligengruppen durch Zeitvorsorgemodelle konkurrenziert?

GJ: Eine spannende Frage. Ich stelle diese Konkurrenz aber nicht überall fest, wo ich als Berater tätig bin – das mag auch daran liegen, dass ich nicht im Alltag der Organisationen involviert bin. In der Testphase in St. Gallen entwickelt sich die Zusammenarbeit mit den Kirchgemeinden, die Träger klassischer Freiwilligenarbeit sind, sehr konstruktiv. Die Kirchgemeinden sehen die Zeitvorsorge als gute Ergänzung zur eigenen Tätigkeit. Auch die Spitex ist konstruktiv beteiligt. Die einzige Gruppe, die sehr vorsichtig und verhalten ist und sich auch sehr kritisch öffentlich äusserte, ist die Pro Senectute, die in St. Gallen sehr gut etabliert ist und auch gute Arbeit im Dienstleistungsbereich für ältere Menschen leistet. Ihre Vertreter sagten, die Zeitvorsorge brauche man nicht, sie deckten deren Angebot bereits ab. Die kritische Haltung der Pro Senectute geht auf eine lange andauernde konfliktreiche Konkurrenz mit der Spitex um die jeweilige Rolle in der Betreuung älterer Menschen zurück. Die Zeitvorsorge wurde von der Pro Senectute als noch stärkere Konkurrenz als die Spitex angesehen, weil sie ebenfalls im Bereich der Betreuung durch Laien und noch dazu unter einem ähnlichen Namen wie Sozialzeit tätig ist. Tatsächlich versuchen wir aber mit der Zeitvorsorge eine Ergänzung zum bisherigen Angebot zu sein. Konkurrenz besteht aber wohl insofern, als die Zeitvorsorge eine Innovation darstellt, die nicht von den etablierten Betreuungseinrichtungen, sondern von der Stadt ausgegangen ist.

HL: Auch in Obwalden ist eine gewisse Konkurrenz zwischen den etablierten Institutionen wie Pro Senectute und Freiwilligenorganisationen und KISS zu spüren. Ein neues Angebot löst wohl für die gleiche Klientel immer eine Art «Konkurrenzgefühl» aus. Erschwerend in Sarnen ist, dass die Gemeinde gleichzeitig zusätzlich die neue Beratungsstelle geschaffen hat und damit erstmals aktiv wird, anfängt mitzureden und zu koordinieren. So ist verständlich, dass bestehende Anbieter sich etwas zur Seite gedrängt fühlen.

Ein- und Ausschluss

HZ: Die Konkurrenz empfinden wohl eher die Einrichtungen und weniger jene, die in den unterschiedlichen Formen des gesellschaftlichen Engagements mitmachen. Wer fühlt sich in Obwalden von der Zeitvorsorge angesprochen und wer nicht? Sind es etablierte Kreise von Frauen, die sich ohnehin bereits aus Vereinen kennen, sind es Alteingesessene, sind es Schweizerinnen oder auch Zugewanderte?

HL: Diese Frage ist nicht beantwortbar, weil das Projekt noch zu wenig lang dauert. Zur Zeit gibt es etwa 130 eingetragene Mitglieder, von denen 40 bis 45 aktiv an den Treffen teilnehmen. Im Gespräch mit der Geschäftsführerin wurde deutlich, dass Migrantinnen bisher nicht mitmachen. Die Mitglieder bestehen aus Schweizer Frauen und Männern, meist im Pensionsalter, aber auch aus einzelnen jüngeren Frauen. Die Mitglieder wurden weitgehend über persönliche Kontakte der Kernleute der Idee rekrutiert. Sie sind im ganzen Kanton gut verankert, kennen fast jede und jeden im Dorf und sprechen diese auch an.

HZ: Es wird also auf ein Wir-Gefühl zurückgegriffen und auf persönliche Netzwerke.

HL: Richtig. Es gibt auch die KISS-Genossenschaft in Luzern, die zunächst mal in einem Quartier begonnen hat und das System allmählich, ebenfalls in einem erfahrungsbasierten Entwicklungsprozess, auf die ganze Stadt ausdehnen will.

HZ: Diese dicht gestrickten Beziehungen als Grundlage des Systems schaffen zwar eine starke Inklusion, erklären gleichzeitig aber auch, weshalb Auswärtige weniger Zugang dazu finden – sie empfinden es wohl als ein Ding der Einheimischen.

HL: Dem wirkt aber im Fall von KISS Obwalden die Anlaufstelle bei der Gemeinde entgegen – sie weist das System als öffentlich zugänglich aus. Zudem haben viele Beteiligte Erfahrung in der Freiwilligenarbeit und sind für das Thema des gesellschaftlichen Ausschlusses sensibilisiert. In einem Projekt, auf das sie sich immer wieder berufen, waren Migrantinnen involviert.

HZ: Wie sieht die Rekrutierung der Zeitvorsorgenden im Vergleich in St. Gallen aus?

GJ: Grundsätzlich finde ich es wunderbar, dass sich unterschiedliche Modelle der Zeitvorsorge entwickeln. Das hilft in der Anfangsphase, und wir können alle voneinander lernen. In St. Gallen appelliert die Gemeinde nicht persönlich an potenzielle Mitglieder, aber die Zeitvorsorge baut auch hier auf einer bereits existierenden Gemeinschaft auf, und die Stadtregierung, die sie gewollt hat, ist die gewählte Vertretung dieser Gemeinschaft. Das ist sicherlich eine abstraktere Ebene von Gemeinschaft als in Sarnen. Da die Stiftung Zeitvorsorge in St. Gallen aber selbst keine Leistungen vermittelt, sind die angeschlossenen Organisationen umso wichtiger. Diese sind zum einen die Mitglieder der Stiftung, zum anderen auch das SRK, Kirchgemeinden etc. Diese nutzen das Instrumentarium und arbeiten mit ihren Netzwerken und gewinnen durch die Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung auch neue Freiwillige dazu.

HZ: Trotzdem ist die Zeitvorsorge in St. Gallen stärker durchorganisiert und reglementiert als in Obwalden und das Engagement ist darum eher ein gesellschaftliches, weniger ein gemeinschaftliches.

GJ: Ja, ich denke, das ist ein gutes Differenzierungsmerkmal.

Zeitvorsorge und Solidaritätsbeziehungen

HZ: Die Zeitvorsorge ist also ein neues Element zwischen freiwilliger Tätigkeit und Lohnarbeit. Sie versteht sich nicht als deren Konkurrenz und dringt doch in ihre Bereiche vor. Wo liegen die Grenzen, die sich die Akteure der Zeitvorsorge beispielsweise gegenüber der freiwilligen Betreuungsarbeit selber setzen? Wenn jetzt jemand seine oder ihre eigene Mutter pflegt, kriegt er oder sie dann auch Stunden zugeschrieben?

HL: Dieses Thema steht im Raum. Die Zeitvorsorge hat ja gerade erst begonnen, und die Frage, wo die Grenzen der Anrechenbarkeit genau liegen, wird erst diskutiert. Ich selbst bin in der Diskussion beratend beteiligt und ich habe davon abgeraten, die freiwillige Pflege von Verwandten anzurechnen. Der momentane Stand der Diskussion ist derjenige, dass in abgeklärten Ausnahmesituationen eine Anrechenbarkeit möglich sein soll.

TW: Was spricht denn dagegen?

HL: Wenn wir Zeitgutschriften für erbrachte Leistungen ausstellen, bewegen wir uns im äquivalenten Tausch, auch wenn Geld als Tauschvermittler wegfällt. Wenn dieses Prinzip in Familien gebräuchlich wäre, würden wir wohl nicht hier sitzen. Unsere Mütter haben uns nicht in Erwartung einer äquivalenten Gegenleistung aufgezogen. Familien können nur funktionieren, wenn die Leistungen der einzelnen Mitglieder nicht oder höchstens teilweise gegeneinander aufgerechnet werden.

HZ: Es gibt also Bedenken, dass die Zeitvorsorge traditionelle Solidaritätsbeziehungen wie gegenseitige Hilfe in der Familie oder auch in der Nachbarschaft untergraben könnte, wenn sie in diesen Bereichen angewendet würde. Es gibt ja auch Akteure in der Freiwilligenarbeit, die aus diesem Grund der Zeitvorsorge insgesamt skeptisch gegenüberstehen und der Meinung sind, freiwillige Leistungen sollen eben freiwillig und unvergolten bleiben.

HL: Genau diese Frage wurde auch bei KISS diskutiert: «Was machen wir eigentlich, wenn wir Zeitgutschriften verwenden? Ist es eine Währung für freiwillige Arbeit und wollen wir freiwillige Arbeit tatsächlich damit bezahlen? Oder ist es einfach ein Protokollieren von geleisteter freiwilliger Arbeit, die wir später nachvollziehen können, um auch viele Jahre später Trittbrettfahrer identifizieren zu können?» KISS hat sich für die zweite Variante entschieden.

Ist die Zeitvorsorge eine neoliberale Erfindung?

HZ: Die grosse Aufmerksamkeit, welche die Zeitvorsorge bei den Gemeinden geniesst – und die etablierte Anbieter irritiert –, ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass der Anstoss dazu aus dem Bundesamt für Sozialversicherungen kam. Der damalige Bundesrat Couchepin hat sie ab 2007 prominent propagiert.²¹

In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage, wie es dazu gekommen ist, dass ein reiches Land wie die Schweiz den wachsenden Betreuungsengpass mit einem Modell entschärfen will, das kaum Geld kostet, aber an die Solidarität der Einwohnerinnen und Einwohner appelliert. Der Kanton Obwalden gehört zu den Kantonen, die im Steuerwettbewerb an der Spitze stehen und so für die Wirtschaft attraktiv sind. Die Ausgaben der öffentlichen Hand werden wo immer möglich reduziert, damit der Kanton als wirtschaftsfreundlich gilt. Eine Erhöhung der Sozialausgaben, um die Betreuung von alten Menschen sicherzustellen, glaubt er sich deshalb nicht leisten zu können. Die Pflege- und Betreuungskrise ist insofern eine gemachte Krise. Haben wir es bei der Zeitvorsorge nicht mit einer Ausbeutung der Solidarität der Bürger zugunsten einer neoliberalen Agenda zu tun? Wenn man bei KISS mitarbeitet, trägt man explizit zur Entlastung des Gemeindebudgets bei. Eine private Organisation übernimmt also eine Aufgabe, die von Gesetzes wegen die Gemeinde tragen sollte. Man könnte genauso gut mit öffentlichen Geldern die Spitex ausbauen, um die Betreuung sicherzustellen. Tatsächlich werden aber den öffentlichen und privaten Spitexorganisationen die Mittel gekürzt und die notwendige Betreuung wird den Familien oder eben Freiwilligenorganisationen aufgehast. Ich verstehe sehr gut, dass bei der Spitex und den traditionellen Betreuungsorganisationen die Begeisterung über die Zeitvorsorge, die den Abbau des Sozialstaates legitimieren hilft, beschränkt ist. Muss man diese Entwicklung nicht auch kritisch betrachten?

²¹ Oesch, Thomas und Kilian Künzi, 2009, *Zeitgutschriften für die Begleitung/Betreuung und/oder Pflege älterer Menschen. Literaturübersicht und Einschätzungen von Experten aus der Praxis*. Bern: Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien BASS AG.

HL: Ich denke, es geht dabei weniger um eine Entlastung des Gemeindebudgets als um das langfristige Planen, wie in Zukunft der Bedarf an stetig steigenden Betreuungsleistungen gedeckt werden soll, ohne dass die Kosten explodieren. Mit dem weiteren Ausbau des Sozialstaates ist dieses Problem nicht zu lösen. Das ist das eine. Es geht aber auch darum, der Vereinsamung alter Menschen entgegenzuwirken.

HZ: Aber tatsächlich wurden die Gemeinden durch das neue Gesetz zur Pflegefinanzierung dazu gezwungen.

HL: Das schon. Aber sie suchten eine eigene Lösung des Problems. Sie waren frei in der Ausgestaltung des Systems. Dass es ohne grosse bürokratische Strukturen auskommt, ist das Attraktive am Obwaldner Modell. Betreuungsbedürftigen zu ermöglichen, zuhause zu bleiben und ihrerseits noch mitzuarbeiten im Haushalt, anstatt in ein Altersheim zu müssen, wo sie zur Untätigkeit gezwungen sind, ist für die Mitglieder der Zeitvorsorge ein sinnvolles Engagement. Als unser bestehendes Sozialsystem aufgebaut wurde, war vom dritten und vierten Lebensalter noch keine Rede. Jetzt gibt es diese aktive, fähige Gruppe von pensionierten Menschen, denen es gut geht und die sich gerne für die noch älteren Menschen und Betreuungsbedürftigen engagieren. Warum sollten sie das nicht tun, auch um der Solidarität mit den hart arbeitenden Jüngeren willen? Mit der Zeitvorsorge bieten wir ihnen die Möglichkeit, einen Beitrag zu leisten, die Belastung der jüngeren Generation durch den demografischen Wandel zu reduzieren. Sie geben von dem ab, wovon sie als Pensionierte genug haben, nämlich Zeit. Mit dem bestehenden, teuren Sozialsystem können wir die Betreuung von alten Menschen schlicht nicht mehr sicherstellen.

GJ: In St. Gallen bedeutet die Zeitvorsorge für die öffentliche Hand keine Einsparung, weil sie in der Garantie steht, die geleisteten Stunden auszuzahlen, falls das System irgendwann nicht mehr funktioniert. Sie bildet dafür Rücklagen. Und sie bezahlt die Infrastruktur und den laufenden Betrieb des Systems. Wenn es der Stadt gelingt, die Zeitvorsorge auszubauen, kann sie den finanziellen Aufwand in diesem Bereich tatsächlich etwas reduzieren. Aus meiner Sicht handelt es sich um ein Abwägen, was ausgebaut werden soll. Der professionalisierte Pflege- und Betreuungsbereich, die Freiwilligenarbeit oder komplementäre Ansätze? Das sind keine einfachen Fragen.

Man darf die Zeitvorsorge aber nicht nur unter dem finanziellen Aspekt betrachten. Sie hat auch einen immateriellen Nutzen, indem sie Mitarbeitende in einen sozialen Zusammenhalt einbindet, die sonst vielleicht vereinsamen würden. Auch der präventive Aspekt muss beachtet werden. Das System sieht das auch vor. Es geht nicht nur um das Ansparen von Guthaben, sondern um den Aufbau von persönlichen Solidaritätsbeziehungen unter den Mitgliedern. Sie helfen sich gegenseitig und lernen so, vom System auch Hilfe in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig ist die Stundenmenge, die angespart werden kann, bewusst begrenzt. Es gilt, die bestehenden Strukturen zu ergänzen und zu stärken. Eine neoliberale Idee kann ich dahinter nicht erkennen.

HL: Man muss die Motivation, bei der Zeitvorsorge mitzumachen, auch vor dem Hintergrund der traditionellen Freiwilligenarbeit verstehen. Der Kanton Obwalden hat eine der höchsten Quoten an Freiwilligenarbeit in der ganzen Schweiz. Das hat bisher bedeutet, dass vor allem Frauen bereit waren, ihre bezahlte Arbeit zugunsten unbezahlter freiwilliger Arbeit zu reduzieren – was auch Einbussen bei der eigenen Altersvorsorge bedeutet. Im Zeitvorsorgemodell verzichten die Frauen zwar nach wie vor auf eine mögliche bezahlte Arbeit, doch die aktive Einbindung in das soziale Netz von KISS ermöglicht ihnen, in Zukunft Leistungen für sich selbst in Anspruch nehmen zu können. Die Frauen sehen die Zeitvorsorge aber explizit nicht als Versicherung. Sie sagen, sie würden die Freiwilligenarbeit so

oder so leisten. Aber die Zusicherung, später dafür selbst Leistungen im gleichen Umfang beziehen zu können, empfinden sie als Entlastung.

HZ: Ich möchte noch einmal auf die Motivation der Gemeinden zurückkommen, die Zeitvorsorge einzuführen. Sie wurden vom neuen Pflegegesetz in die Pflicht genommen, sich an der Betreuung alter Menschen zu beteiligen. Wenn nun KISS durch die Zeitvorsorge einen Teil der anfallenden Betreuung übernimmt, entlasten ihre Mitglieder das Gemeindebudget, das nun besser ausreicht, um den Gemeindeanteil an der Betreuung von alten Menschen zu finanzieren. Davon profitieren aber alle Gemeindeglieder, nicht nur jene, die sich engagieren. Es gibt also Trittbrettfahrer, die letztlich vom freiwilligen Engagement der Zeitvorsorgenden profitieren. Wäre es nicht gerechter, wenn die Gemeinde einen Betreuungsdienst von – sagen wir – 20 Stunden pro Jahr für alle arbeitsfähigen pensionierten Gemeindeglieder einführen würde? Werden solche Modelle auch diskutiert?

GJ: Die Schwierigkeit besteht darin, dass Frondienste dieser Art heute keine grosse Attraktivität aufweisen. Die Modelle, die aktuell diskutiert werden, sind näher an der Freiwilligenarbeit als am Frondienst, der ja eine Pflicht ist. Die Schwierigkeit liegt aber nicht zuletzt in der Organisation. In der Freiwilligenarbeit engagieren sich die Leute kontinuierlich bei den zu Betreuenden und bauen oft langjährige Beziehungen zu ihnen auf. Wenn die Betreuung über kurzfristige Frondiensteinsätze organisiert wird, müssen jede Woche neue, schlecht motivierte Helfer in die Situation eingewiesen werden. Etwas praktikabler wäre ein System, in dem man von den Leuten verlangt, sich im Laufe ihres Lebens zwei Jahre lang in der Betreuungsarbeit zu engagieren.

TW: Avenir Suisse hat es vorgeschlagen. Sie sieht das militärische Milizsystem im Schwinden und schlägt an dessen Stelle einen allgemeinen Bürgerdienst vor, den die Bürgerinnen und Bürger entweder im militärischen oder im zivilen Bereich erfüllen können.²²

HZ: Das wäre ein neoliberaler Frondienst, der Ausgaben für den Sozialstaat reduzieren helfen würde.

TW: Deshalb kommt der Vorschlag ja auch von Avenir Suisse.

Zeitvorsorge als alternative oder komplementäre Ökonomie?

TW: In der Schweiz wird diskutiert, dass Zeitvorsorge die vierte Säule in der Altersvorsorge ist. Es gibt die drei monetarisierten Säulen der AHV, der Pensionskasse und der «Dritten Säule». Nun kommen verschiedene Versionen einer nicht oder wenig monetarisierten vierten Säule hinzu. Ist dies das alternativ-ökonomische Komplement eines kapitalistischen Vorsorgesystems?

GJ: Erst müsste man definieren, was man mit vierter Säule und mit alternativer Ökonomie meint. Alternativ-ökonomisch ist das St. Galler Modell sicher nicht, weil die Stunden ja durch monetäre Rücklagen garantiert sind. Ich finde zudem die Bezeichnung der Zeitvorsorge als vierte Säule unglücklich. In der Schweiz denkt man gern in Säulen einer letztlich individuellen Altersabsicherung. Die Zeitvorsorge hat aber in der Schweiz und anderswo in erster Linie zum Ziel, die Menschen zu mobilisieren und zu vernetzen. Der Versicherungsaspekt ist letztlich zweitrangig. Das trifft umso stärker auf das Obwaldner Modell zu, bei dem die Stunden ja gar nicht garantiert werden. Es ist eine offene Frage, ob die jetzige Generation 65+, die in Obwalden mit der Zeitvorsorge beginnt, in der

22 Müller, Andreas, Hg., 2015, *Bürgerstaat und Staatsbürger: Milizpolitik zwischen Mythos und Moderne*, Zürich: NZZ-Verlag.

Lage ist, sich so zu erneuern, dass die geleisteten Stunden eingelöst werden können, oder ob diese solidarische Generation einfach älter wird und die Zeitvorsorge mit ihr allmählich ausstirbt. Was ist der Motor dafür, dass sich die Mitgliedschaft der Zeitvorsorge erneuert? Das ist letztlich eine Frage der Ausgestaltung dieser Gemeinschaft. Wenn es keine monetäre Garantie für die geleisteten Stunden gibt, dann muss die Gemeinschaft selbst so stabil und für Neueintretende attraktiv sein, dass sie ein langfristiges Vertrauen ins System rechtfertigt. Wenn eine Gemeinde wie Sarnen die Zeitvorsorge unterstützt und sie in ihr Altersleitbild schreibt, kann ein Vertrauen in das System eher entstehen, als wenn eine Genossenschaft Zeitvorsorge als privates Unterfangen betreibt. Wie schützt sich eine Zeitvorsorge betreibende Gemeinschaft vor dem Risiko des Scheiterns? Eine Risikoabsicherung findet dann statt, wenn die öffentliche Hand eine gewisse Garantie gibt, die nicht einmal monetärer Art sein muss. Auch in St. Gallen, das die monetäre Einlösbarkeit der Zeitguthaben garantiert, hat diese Garantie wahrscheinlich nicht zur Folge, dass die Guthaben tatsächlich monetär eingelöst werden, sondern sie stärkt das Vertrauen ins System und reduziert so das Risiko seines Scheiterns. In Obwalden lastet das Gewicht der Risikoabsicherung viel stärker auf der Gemeinschaft selbst, weil die im Grunde genommen symbolische Absicherung durch monetäre Rückstellungen wegfällt. In Obwalden muss dafür ein stärkerer Diskurs über die generationenübergreifende Solidarität geführt werden.

TW: Nochmal: Was ist an der Zeitvorsorge alternative Ökonomie? Ist sie alternativ, weil sie die kreative Umsetzung einer gesellschaftlichen Verpflichtung ist, die man nicht finanzieren kann oder will? Wird dadurch schon alternative Ökonomie konstituiert?

GJ: Ich bin nicht einverstanden mit dem Begriff «alternative Ökonomie». Alternativ heisst ja «etwas anderes ersetzen». Ich sehe diese Systeme als Ergänzung zur konventionellen Ökonomie. Deshalb spreche ich von Komplementär-Ökonomie. Komplementär sind sie, weil die darin erbrachten Leistungen nicht mit Geld abgegolten werden, aber auch nicht ohne Entschädigung wie in der klassischen Freiwilligenarbeit erfolgen. Die Komplementär-Ökonomie ist ein neues Element zwischen Marktwirtschaft und Freiwilligenarbeit, das die Verbindlichkeit des marktwirtschaftlichen Tausches mit der gemeinschaftsstiftenden Funktion der Freiwilligenarbeit verbindet.

TW: Was fehlt denn der Freiwilligenarbeit, dass eine solche Ergänzung notwendig geworden ist?

GJ: Wir stellen uns diese Frage so: Was ist der gesellschaftliche Kontext, der die Zeitvorsorge zu einem attraktiven Modell macht? Es ist der demografische Wandel. Es gibt einen derart hohen Betreuungsbedarf, dass man ihn klassisch-ökonomisch und klassisch-freiwillig nicht mehr erfüllen kann.

TW: Zumindest werden die Mittel nicht bereitgestellt, um den Betreuungsbedarf mit klassischen sozialstaatlichen Methoden zu decken. Es ist deshalb bedeutsam, dass die Zeitvorsorge nicht wie die klassische Freiwilligenarbeit in der Bürgergesellschaft entstand, sondern von der Verwaltung ausging. Der Staat wälzt ein Stück der kostspieligen sozialen Verantwortung ab und bürdet sie jener Minderheit auf, die sich vom Appell an die Solidarität bewegen lässt.

GJ: Deshalb sehe ich es als wichtig an, dass ein Zeitvorsorgemodell in der öffentlichen Hand verankert ist, die sich aktiv in den Prozess einbringt und diese Verantwortung nicht abschiebt. Ich sehe es als etwas Besonderes an, dass in St. Gallen die Stadt und Einrichtungen im Stiftungsrat vertreten sind, dort gemeinsame Lösungen beschliessen und gemeinsam tragen. Auch die Garantieleistung der Stadt geht in diese Richtung. Die Stadt stiehlt sich nicht aus der Verantwortung. Zeitvorsorge ist etwas ganz Neues. Die Praxis wird uns die Antworten auf viele Fragen liefern, die wir jetzt noch nicht wirklich

beantworten können, und auch neue Fragen hervorbringen. Wie bei jedem Modell besteht natürlich die Möglichkeit, dass es für unterschiedliche ideologische Ideen gebraucht oder missbraucht wird. Dass die Verwaltung aktiv wird, hat mit ihrer Verantwortung und Pflicht zu tun, diese Leistungen sicherzustellen. Es waren Bürgerinnen und Bürger, meist mit Erfahrung mit Tauschsystemen aus dem zivilen Bereich, die diese Ideen als Denkmodelle in die Verwaltung getragen haben. Einzelne Verwaltungen haben darauf mit Nachdenken und Konzeptentwicklungen reagiert. Mit der Praxis beginnt das Lernen daran. Ich hoffe auf eine ausgiebige wissenschaftliche Begleitforschung, damit wir in einigen Jahren mehr über die Etablierung und die Wirkungen der Zeitvorsorge wissen.

Kommentar

Ulrike Knobloch

Meinen Kommentar zur Zeitvorsorge möchte ich in Form von Nachfragen formulieren, Nachfragen einerseits zum Konzept der Zeitvorsorge, andererseits zu den konkreten Zeitvorsorgemodellen in den Kantonen St. Gallen und Obwalden. Was mich daran besonders interessiert, ist die zugrunde liegende Geschlechterordnung. Werden die Geschlechterverhältnisse durch das Konzept der Zeitvorsorge und die konkreten Modelle tangiert und wenn ja, zementiert oder verändert? Welche Werte und Rollenzuschreibungen werden transportiert?

Um meine Nachfragen zu formulieren, stütze ich mich auf das Vokabular der Sorgeökonomie. Die Tätigkeiten, um die es bei der Zeitvorsorge geht, werden als *Sorgearbeit* bezeichnet. Dabei werden zwei Personengruppen unterschieden, diejenigen, für die Sorgearbeit geleistet wird, die *Sorgeempfangenden*, und diejenigen, die Sorgearbeit übernehmen, die *Sorgeleistenden*. Auch der Begriff *Sorgesystem* ist hilfreich, um zu verstehen, dass in jeder Gesellschaft die Bereitstellung von Sorgearbeit durch Normen und Werte geprägt ist und durch politische Massnahmen gestaltet wird.

Zudem soll ganz knapp der Hintergrund skizziert werden, vor dem ich nachfrage: Seit der Industriellen Revolution und der damit verbundenen Schaffung und Verbreitung der Erwerbsarbeit, die vor allem Männer übernehmen, leisten Frauen den Grossteil der unbezahlten Haus- und Familienarbeit. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist dann die Erwerbsbeteiligung von Frauen erheblich angestiegen, ohne dass Männer ihre Beteiligung an der unbezahlten Haus- und Familienarbeit entsprechend gesteigert haben. Werden bezahlte und unbezahlte Arbeit zusammengezählt, arbeiten Frauen und Männer zwar annähernd gleich viel. Doch Frauen sind öfter teilzeitbeschäftigt und ihre Erwerbstätigkeit ist häufiger unterbrochen und nicht kontinuierlich bis zur Rente. In einem System sozialer Sicherung, das an der Erwerbstätigkeit orientiert ist, hat diese geschlechtsspezifische Arbeitsteilung erhebliche Konsequenzen: Aufgrund des hohen Frauenanteils an der unbezahlten Arbeit und der Teilzeitbeschäftigung sind die an die Erwerbszeiten gekoppelten Leistungsansprüche, insbesondere die Rentenansprüche, deutlich geringer als diejenigen von Männern.

Grundsätzlich interessiert mich vor diesem Hintergrund die Frage, ob die Zeitvorsorgemodelle eher strukturkonservativ oder eher strukturverändernd sind. Was ändert sich durch die Zeitvorsorge daran, dass Frauen viel mehr unbezahlte oder schlecht bezahlte Sorgearbeit leisten und viel stärker von Altersarmut betroffen sind als Männer? Sind zum Beispiel Frauen vermehrt Leistungsbezieherinnen im Rahmen der Zeitvorsorgemodelle und Männer vermehrt Leistungsgeber? Darauf aufbauend ergeben sich eine Reihe weiterer Fragen.

Sorgeleistende: Welche gesellschaftlichen Gruppen sind verstärkt in der Zeitvorsorge involviert? Wer erwirbt Ansprüche auf zukünftige Leistungen? Was geschieht mit den erworbenen Ansprüchen? Werden sie selbst genutzt, sind sie übertragbar, und wenn ja, auf wen?

- *Schenken oder Vorsorgen*: Ist eine Anrechnung der Stunden überhaupt nötig oder würden Zeitvorsorgemodelle auch ohne Möglichkeit zur Anrechnung funktionieren? Was erleichtert die Anrechenbarkeit, was erschwert sie möglicherweise?
- *Männerquote*: Im Interview wird gesagt, dass sich vom Zeitvorsorgemodell in Vorarlberg besonders Männer angesprochen fühlten. Hier wäre es wichtig, genauer zu untersuchen, woran das liegt. Denn eine bessere Verteilung der Sorgearbeit lässt sich generell nur erreichen, wenn Männer mehr Sorge-

arbeit in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen übernehmen. Wenn das durch Zeitvorsorgemodelle möglich ist, lassen sich daraus sicherlich auch Schlüsse für andere Modelle ziehen.

Leistungsberechtigte: Auf wen ist die Zeitvorsorge ausgerichtet? Wer ist leistungsberechtigt? Für wen werden die Arbeitsstunden konkret geleistet? Sind es betreuungsbedürftige Personen aus der Gemeinde? Wie sind Ausländerinnen und Ausländer in diese Modelle integriert bzw. integrierbar? Wie und von wem wird darüber entschieden, wer leistungsberechtigt ist?

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, zwei Phasen zu unterscheiden:

Erste Phase mit *zwei* Gruppen von Personen: Die einen benötigen Hilfe, die anderen leisten diese Hilfe und erwerben einen Anspruch auf Gegenleistung.

Zweite Phase mit *drei* Gruppen von Personen: Die beiden ersten Gruppen sind die gleichen wie in der ersten Phase. Zusätzlich gibt es jetzt noch eine dritte Gruppe von Personen, die Ansprüche erworben hat und diese Ansprüche geltend machen kann. Gibt es Erfahrungen oder Überlegungen zu den beiden Personengruppen, die Hilfeleistungen empfangen? Gibt es Vorrangregeln oder werden beide Gruppen gleich behandelt?

Anrechenbare Zeiten: Entscheidend, ob die Sorgearbeitszeit im Rahmen eines Zeitvorsorgemodells angerechnet wird, ist die Frage, welche Beziehungen die Sorgeempfangenden und die Sorgeleistenden untereinander haben. Sind nur Arbeitsstunden anrechenbar, die für Menschen ausserhalb der Familie geleistet werden oder auch für Familienangehörige; nur Arbeitsstunden für Menschen, die den Sorgeleistenden vorher unbekannt sind, oder auch Arbeitsstunden für Freunde und Nachbarn, die ich schon lange kenne? Ob auch die unbezahlte Sorgearbeit in der eigenen Familie angerechnet wird oder nicht, ist nicht nur eine instrumentelle Frage der Funktionsfähigkeit von Zeitvorsorgemodellen, sondern auch eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit. Denn die gesellschaftlich notwendige Sorgearbeit ausserhalb der Zeitvorsorgemodelle wird bisher zum Grossteil von Frauen geleistet, die dadurch lebenslang erhebliche finanzielle Einbussen haben.

Kostenersparnis für die Gemeinden oder Solidaritätssteigerung unter Fremden: Im Interview kommt auch zur Sprache, dass seit 2011 in der Schweiz eine andere Form der Pflegefinanzierung gilt, durch die Kantone und Gemeinden stärker an den Kosten beteiligt werden. Von daher haben sie schon deswegen ein grosses Interesse an neuen Modellen, um die auf sie zukommenden Kosten senken zu können. Vor diesem Hintergrund ist auch ihr Interesse an Zeitvorsorgemodellen zu untersuchen: Werden diese in erster Linie als Möglichkeit gesehen, Kosten zu senken, oder steht etwas anderes im Vordergrund, z.B. die Förderung der Solidarität in der Gemeinde?

Mögliche Vorteile der Zeitvorsorge: Was sind nun die mit der Zeitvorsorge verbundenen Vorteile und für wen sind es Vorteile?

- *Zusätzliche Sorgeleistungen:* Werden durch die Zeitvorsorge mehr Sorgeleistungen erbracht? Oder handelt es sich dabei um Verlagerungen aus anderen Bereichen?
- *Mehr Sorgeleistende:* Werden durch die Zeitvorsorge auch Personen angeregt, Sorgearbeit zu übernehmen, die vorher keine Sorgearbeit geleistet haben?
- *Anerkennung der Sorgearbeit:* Durch die Anrechnung der Arbeitsstunden wird die geleistete Sorgearbeit anerkannt. Zu diskutieren wäre, wie weit diese Anerkennung reicht und inwiefern es sich dabei um eine Form der Bezahlung handelt?
- *Solidarität unter Fremden:* Wird die Solidarität, die in vielen Familien vorhanden ist, auf andere Personen ausgedehnt?

- *Entlastung der Gemeinden (Schweiz)*: Durch die Änderung der Pflegefinanzierung in der Schweiz sind die Gemeinden stärker gefordert als früher. Werden sie durch Zeitvorsorgemodelle finanziell entlastet? Und welches Interesse besteht darüber hinaus?

Die Zeitvorsorgemodelle in St. Gallen und Obwalden sind noch zu neu, um die Fragen im Einzelnen beantworten zu können, aber es erscheint mir wichtig, diese Fragen schon jetzt zu stellen. Durch Zeitvorsorgemodelle wird die Sorgekrise, die viel umfassender ist, zwar nicht gelöst, aber immerhin wird ein neues Konzept zur Verbesserung der Situation bei der Pflege im Alter in die Diskussion eingebracht. Die Zeitvorsorge könnte zu einem kleinen Baustein im vielfältigen gesellschaftlichen Sorgesystem werden. Von einer «vierten Säule» zu sprechen, erscheint mir allerdings verfrüht. Ob es überhaupt sinnvoll ist, die Zeitvorsorge weiter auszubauen, hängt von den Antworten auf die gestellten Fragen ab. Um diese Antworten zu finden, ist es wichtig, die derzeitigen Projekte weiterzuführen und wissenschaftlich zu begleiten. Im Blick gehalten werden sollte, wie Personen, die erst ihre eigenen Kinder betreuen, später ihre Eltern pflegen und keine Zeit haben, darüber hinaus weitere Sorgearbeit zu leisten, abgesichert sind, wenn sie selbst pflegebedürftig werden.

Mobility – Vom Teilen zur Sharing Economy

Heinzpeter Znoj, Theo Wehner und Conrad Wagner

Das Projekt

Mobility CarSharing gründet – und wurde gegründet – im Kontext einer genossenschaftlichen Idee. Das überkommene Wort «Gnossen», wie es in der Zentralschweiz ausgesprochen wird, hat dabei einen besonderen Klang. Etymologisch, d.h. wortgeschichtlich, handelt es sich um dieselben Bedeutungsinhalte wie bei «geniessen», «nutzen» oder «nutzniessen». Genossenschaften wurzeln in der Tradition einer bäuerlichen Gesellschaft, in der es über den selbstbewirtschafteten Hof hinaus gemeinsam genutzte Flächen gab – die Allmeind oder Allmend. Und die Alpsömmerung des Viehs mündete im Herbst in die sogenannte «Chästeilet», weil es ja nicht möglich war, den in einem Sommer von den Äplern produzierten Käse den einzelnen Kühen der verschiedenen Bauern zuzuordnen. Das mag mit ein Grund sein, warum die Genossenschaft zu Beginn auch «Autoteilet» im Namen führte.

Ein weiterer Treiber zur Gründung der AutoTeilet war das Unbehagen einer jungen Gruppe von Leuten darüber, dass Fahrzeuge, die bloss zu einem marginalen Teil der Zeit genutzt wurden, Kapital und Betriebskosten auf dem Buckel jedes Einzelnen banden. Und dass zehn Autos von zehn Leuten auch zehnmal eine Garage oder am Arbeits- und Bestimmungsort einen Parkplatz belegten und somit unnötig Ressourcen banden.

Wenn es doch in der Landwirtschaft möglich war, dass mehrere Betriebe zusammen eine teure Maschine in einer Maschinengemeinschaft oder -genossenschaft gemeinsam anschafften und nutzten, wieso sollte man das nicht auf die individuellen persönlichen Transportbedürfnisse anwenden? Neben einer ökonomischeren Nutzung des Fahrzeugs würde man auch der Ökologie Rechnung tragen.

Eine Voraussetzung war nicht zuletzt die Fähigkeit oder der Wunsch, die eigenen Mobilitätsbedürfnisse nüchtern und ökonomisch zu analysieren und sie im «Modalsplit» mit Mitteln des öffentlichen Verkehrs und wo nicht möglich (oder wesentlich bequemer und einfacher) auf der Basis der genossenschaftlich besessenen und betriebenen Fahrzeuge zu erfüllen. «Sein und Haben» des Philosophen Erich Fromm mögen sicher mit eine Rolle gespielt haben. Wenn man sich nicht mehr über den Besitz eines (standesgemässen) Autos zu definieren braucht, liegt der Schritt zur Nutzung gemeinsam betriebener Ressourcen eigentlich auf der Hand.

Mobility CarSharing ist von der Herkunft her dem genossenschaftlichen Gedanken verpflichtet, das heisst dem gemeinsamen Eigentum und der gemeinsamen Nutzung der Fahrzeuge durch die verschiedenen Mitglieder der Genossenschaft. Als Mitglied dieser Genossenschaft bestimmt man über wesentliche Fragen mit, delegiert aber den Betrieb, den Unterhalt und die ökonomischen Elemente an die Genossenschaft.

(Conrad Wagner)

Das Gespräch

Stans, 13. Juni 2014

Heinzpeter Znoj und Theo Wehner unterhalten sich mit Conrad Wagner, Gründer der ersten Stunde, über die Entstehung und Entwicklung von Mobility. Beleuchtet werden auch grundsätzliche Fragen der Mobilität und des Carsharing.

Ein Mittagstisch

Heinzpeter Znoj (HZ): Was waren die Umstände, die zur Gründung der ATG AutoTeilet-Genossenschaft geführt haben, und welche Ideen steckten dahinter?

Conrad Wagner (CW): Es gab gewisse Voraussetzungen, die eine solche Organisation nahelegten. Wir waren eine Gruppe von mehr oder weniger gleichaltrigen jungen Männern ...

HZ: ... wie alt waren Sie damals?

CW: Das war 1987 – ich war also knapp dreissig. Unsere Gruppe hatte jeden Freitag einen Mittagstisch. Jede Woche trafen wir uns bei einem anderen Mitglied zum Essen. Wir tauschten uns so regelmässig über verschiedene Themen aus. Wir waren alle in Vereinen aktiv, sei das im WWF, in Pro Natura, aber auch in Turnvereinen. Die einen studierten, wohnten aber noch in Stans und pendelten. Einer schrieb an seiner Dissertation über den heiligen Bruder Klaus – er arbeitet jetzt übrigens bei Georg Fischer in Schaffhausen. Ein anderer wurde später Denkmalpfleger im Kanton Baselland. Journalisten waren dabei, ein Arzt, ein Grafiker.

HZ: Alles Männer?

CW: Es waren mehr Männer. Aber meine damalige Freundin und spätere Frau, eine Töpferin, war auch dabei. Wir setzten uns kritisch mit dem wirtschaftlichen Wachstumszwang auseinander, mit dem wir während des Studiums konfrontiert worden waren. Wir dachten auch über den Zwang zur Mobilität nach, dem wir selber unterworfen waren. Ich arbeitete damals bei der IHA-GfM (Institut für Marktanalysen), der jetzigen GfK Schweiz, einem Marktforschungsinstitut in Hergiswil. Nach einem Praktikum dort stellten sie mich gleich fest an. Ich arbeitete in der qualitativen Marktforschung, also mit Gruppendiskussionen und Einzelexplorationen, und eignete mir eine Methodik an, um wirtschaftliche Prozesse zu analysieren und zu erneuern. Im Grunde machten wir das auch in unserer Freitagrunde.

Unsere Freitagrunde hatte erkannt, dass wir nicht auf einer Insel lebten, sondern in einem gesellschaftlichen Gefüge. Wir waren Realisten, keine Sozialutopisten. Wir waren zu jung für die 68er-Generation und zu alt für die 80er-Jugendbewegung. Wir waren zwar gesellschaftskritisch, aber auf friedliche und unideologische Weise. Unsere Reformideen waren ökologisch, stellten aber die bestehende wirtschaftliche Ordnung nicht grundsätzlich in Frage. Eine leitende Idee war die der Effizienz, insbesondere der Ressourcen- und Energieeffizienz. Wir fanden es zum Beispiel unsinnig, dass ein Auto 23¹/₂ Stunden pro Tag steht. Ein Beispiel für Effizienz war für uns, wie Henry Ford das Fließband und den Schichtbetrieb institutionalisierte. Er optimierte den operativen Erfolg seiner Maschinen und stellte ihn den Massen zur Verfügung, fast wie ein demokratisches Prinzip: Jeder kann Auto fahren und mobil werden. Zugleich steht die Geschichte von Ford aber für die grösstmögliche Ineffizienz. Denn wenn er seine Produkte den eigenen Arbeitern verkaufte, wurden sie zu einem Konsumgut, das hauptsächlich stillstand und nur einen minimalen operativen Erfolg haben konnte. In der Marktforschung erlebte ich, dass das Auto, ganz im Sinne Fords, fast ausschliesslich als Konsumgut betrachtet wurde. Unser Gedanke war: Warum sollte man Autos nicht auch als Investitionsgut behandeln? Konsumgut ist die einzelne individuelle Autofahrt.

Für uns waren solche Überlegungen drängend, denn wir fühlten schon als Studierende den Mobilitätszwang, waren aber nicht bereit und in der Lage, für ein Auto als Konsumgut unverhältnismässig viel Geld auszugeben. Mobilität ist ein Wert und eine Errungenschaft in der industrialisierten Welt. Immer dann, wenn ein Auto fährt, verfolgt es ein Ziel, und insofern erfüllt es einen Sinn. Sobald es

aber steht, nützt es überhaupt nichts. Im Gegenteil, es kostet noch – vor allem in den Städten, wo stillstehende Autos enorm viel wertvollen Platz besetzen.

HZ: Ich möchte hier widersprechen. Ein eigenes Auto zu besitzen, ist für viele doch auch enorm wertvoll. Man ist stolz darauf, früher hat man es jeden Samstag schön gewaschen und poliert. Es war eine Art Wohnstube, ein intimer privater Raum, den manche noch ausschmückten.

CW: Das Auto als identitätsstiftendes Objekt für das Individuum und Zeichen individueller Freiheit.

HZ: Genau. Darüber hinaus sichert es die stetige potenzielle Mobilität. Ich kann jederzeit ins Auto steigen, irgendwohin fahren und bin dafür von keinem Fahrplan und keiner Organisation abhängig. Das Auto steht auch für diese Freiheit.

CW: Das ist schon richtig. Aber um das spontane Bedürfnis nach Mobilität zu decken, brauche ich im Grunde genommen nichts als eine Mobilitätsversicherung. So wie ich mir mit einer Diebstahlversicherung erspare, ein gestohlenen Gut zum vollen Preis zu ersetzen, kann ich mich gegen den Zwang oder das Bedürfnis nach Mobilität versichern, ohne das jeweils dafür notwendige Verkehrsmittel kaufen zu müssen. Statt des Mobilitätskapitals bezahle ich nur die Prämie für eine Mobilitätsversicherung, die mich gegen jegliches Mobilitätsrisiko absichert. Carsharing ist nichts anderes als eine solche Versicherung. Mobilität voll kapitalisiert zu bewältigen, kann sich eigentlich nur ein König leisten. Die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft seit der französischen Revolution ist von einer ständig steigenden Effizienz in der Sicherung der Mobilität geprägt.

HZ: Das begreife ich schon. Aber die Art und Weise, wie das Auto bisher von den meisten benutzt wird, dass es nämlich pro Tag $23\frac{1}{2}$ Stunden stillsteht, beweist doch, dass sich seine Funktion gerade nicht in der Mobilität erschöpft, sondern dass es viel stärker noch eine identitätsstiftende Funktion hat. Jeder Autobesitzer nimmt diese Kapitalkosten freiwillig auf sich. Das Carsharing steht in diesem Sinn für die Tendenz, das Auto zu entfetischisieren. Es steht für ein abgeklärtes, nüchternes und ökonomisches Verhältnis zur automobilen Mobilität. Eine Minderheit will sich nicht mehr um das Auto kümmern, nicht mehr selber Winter- und Sommerreifen montieren, es nicht mehr liebe- oder sorgenvoll pflegen usw. Diese Tendenz, auf den exklusiven Besitz der ganz teuren Konsumgüter zu verzichten, zeigt sich ja auch in anderen Teilen der Sharing Economy, wie sie sich heute unter jungen Leuten etabliert. Man stellt seine Wohnung oder Teile davon Fremden zur Verfügung. Damit steigert man letztlich seine Konsumfähigkeit.

AutoTeilet

HZ: Aber zurück zu den Anfängen von AutoTeilet. Welche Veränderungen sind zwischen damals und heute passiert, da Mobility in der Schweiz 3000 Fahrzeuge in Betrieb hat, die von 100'000 Fahrerinnen und Fahrern genutzt werden?

CW: Eines Tages erzählte mir unser Pöstler, dass er ein Auto kaufen wolle. Ich erwiderte ihm, dass ich auch ein Auto brauche und warum wir es nicht zu zweit anschafften. So kam es, dass wir zu zweit ein Auto teilten. Das war aber nicht besonders innovativ. Das gibt es ja oft, dass sich zwei Leute ein Auto teilen. Die Innovation kam zustande, als ich am Mittagstisch davon erzählte und ein Dritter sagte, er möchte sich auch beteiligen, und noch ein Vierter und Fünfter dazukamen und wir zuletzt zu acht waren. Da beschlossen wir, eine Genossenschaft zu gründen. Denn wir realisierten, dass sich die

kollektive Nutzung der Autos mit einer Geschäftsstruktur leichter organisieren lässt. Mit Eintritten und Austritten, Abnutzung der Autos, unterschiedlicher Beanspruchung, möglichen Unfällen usw. wäre eine informelle Lösung bald zu unübersichtlich geworden. Zunächst war die Organisation des Betriebs sehr einfach. Wir führten ein Monatsblatt mit einer Zeile für 24 Stunden pro Tag und dort trug man sich mit Bleistift und Gummi ein.

HZ: Man musste also an den Ort gehen, wo das Monatsblatt aufgehängt war, und sich selbst eintragen? Wo war denn das?

CW: Das war im Treppenhaus eines Hauses, dort war das Blatt an einem schwarzen Brett aufgemacht und man trug sich ein. Wir wurden dann rasch mehr Mitglieder, zuerst 20, dann 30, und führten die telefonische Reservation ein. Die Genossenschaft schaffte ein Natel C an, ein Mobiltelefon der ersten Stunde, das ein Mitglied ständig dabei hatte, das die Reservationen eintrug. Reservationen waren ab 6 Uhr morgens bis abends um 22 Uhr möglich. Damals hatten wir schon etwa acht Autos. Die Reservationen wurden in einem Ordner eingetragen, der acht Register, eines für jedes Auto, hatte. Reservationen waren spontan und drei bis vier Monate im Voraus möglich. Um Reservationen rund um die Uhr zu ermöglichen, engagierten wir dann den Portier des Hotel des Balances in Luzern, der die Nachtstunden abdeckte. Unser Mitglied brachte Ordner und Natel abends um 10 Uhr im Hotel vorbei und holte beides am nächsten Morgen wieder ab. Der damalige Portier wechselte irgendwann den Beruf und ging zur ATG AutoTeilet. Er arbeitet heute noch bei Mobility. Auch das Mitglied, das die Reservationen tagsüber mit dem Natel entgegennahm, ist immer noch bei Mobility. Sie sind heute die beiden dienstältesten Mitarbeiter.

HZ: Die Genossenschaft AutoTeilet entstand aus einer Gruppe von Freunden, die alle vor dem Entscheid standen, ein Auto zu kaufen, und sich stattdessen zu einer Auto-Genossenschaft zusammenschlossen. Gab es auch Mitglieder, die Autos in die Genossenschaft einbrachten?

CW: Nein. Das wollten wir nicht. Wir setzten von Anfang an auf einen gewissen Service-Standard und schafften immer Neuwagen an. Gebrauchtwagen tendieren dazu, Eigenheiten zu bekommen, mit denen man als einziger Benutzer gut zurechtkommt, wie klemmender Rückwärtsgang, Macken beim Kaltstart etc. Diese müssen kommuniziert werden, was aufwändig ist und zu Missständen, allenfalls zu Ausfällen und Frustration führt. Mit Neufahrzeugen hat man diese Probleme nicht. Damit war der Aufwand für Koordination und Kommunikation gering und wir sahen ihn zu Beginn noch gar nicht als Arbeit an. Niemand hatte eine Anstellung in der Genossenschaft, niemand erhielt einen Lohn.

HZ: Auch das Mitglied nicht, das die Dispositionen vornahm?

CW: Er bekam allenfalls ein paar Freikilometer. Er nahm ja auch anfangs pro Tag nur zwei oder drei Telefongespräche an, als wir erst wenige Autos hatten. Es gab aber mit dem Wachstum immer wieder markante Sprünge im Aufwand. Der Anspruch an die Zuverlässigkeit des Systems stieg. Ein Mitglied, das eine Buchhaltungsfirma betrieb, sorgte dafür, dass die Zuverlässigkeit immer hoch war, sei es auf operativer Ebene, sei es in der Abrechnung. Er war es auch, der bei uns die maschinenlesbaren, damals blauen Einzahlungsscheine einführte, die von einem Nadeldrucker bedruckt wurden. Wir waren Armee-WK-Kollegen und benutzten unsere freie Zeit im Dienst, um über AutoTeilet zu diskutieren. Wir benutzten die Feldpost, um die Rechnungen auf Kosten der Schweizer Armee zu verschicken. Eigentlich ist das Ganze in der Schweizer Armee entstanden.

HZ: Am Anfang stand also eine Gruppe von Leuten, die sich gut kannten und unter denen ein hohes gegenseitiges Vertrauen und Zuverlässigkeit bestand.

CW: Genau, hohes Vertrauen, eine gewisse Zuverlässigkeit aufgrund des gemeinsamen Bildungsstandes und der geteilten Organisationskultur ...

HZ: ... und der Kreditwürdigkeit?

CW: Ja, wir mussten damals keine Zahlungsausfälle befürchten. Entscheidend war aber, dass wir eine gemeinsame Botschaft hatten. Wir dachten damals bereits an ein grosses Mobilitäts-System.

HZ: Von Anfang an?

CW: Ja, von Anfang an. Wir hofften auf einen Bill-Gates-Effekt. Wir diskutierten Anfang der 90er-Jahre mit Markenanwälten in Zürich, die 250 Franken pro Stunde kosteten. Sie schlugen ein Franchising vor. Aber wir liessen es bleiben – wir waren damals einfach der Zeit voraus. Im Grunde genommen macht die Firma Uber jetzt so etwas. Sie stellt lediglich eine Plattform zur Verfügung, auf der jeder, der will, aktiv werden kann. Uber lagert so all jene Risiken aus, die wir mit dem Setzen von Standards, mit Professionalität, Disziplin und Vertrauen zu minimieren versuchten. AutoTeilet funktioniert nur dann zuverlässig, wenn sich alle an die Regeln halten und besonders an die Regel, das ausgeliehene Auto rechtzeitig zu seinem Standort zurückzubringen. Wir mussten als Organisation dafür sorgen, dass diese Regeln eingehalten werden. Uber braucht sich um solche Dinge nicht zu kümmern.

HZ: AutoTeilet konnte man also nur in einer Gesellschaft einführen, in der die Leute Pünktlichkeit gewohnt sind.

CW: Das hat man immer gesagt. Immerhin entstand neben der ATG AutoTeilet-Genossenschaft damals in Zürich auch die ShareCom-Genossenschaft.

HZ: Gab es Unterschiede zwischen AutoTeilet und ShareCom?

CW: ShareCom war eine ebenso basisorientierte Genossenschaft – wie AutoTeilet 1987 gegründet –, die neben Autos auch Videokameras, Zelte und Segelboote teilte. Als die beiden Organisationen 1997 zu Mobility CarSharing fusionierten, wurden die andern Bereiche ausgelagert. SailCom gibt es heute noch auf vielen Schweizer Seen. Wir von der AutoTeilet hatten die wirtschaftliche Seite besser im Griff als ShareCom, eben weil wir uns mit Autos auf ein einziges Geschäftsfeld konzentrierten. ShareCom war aus reformierten kirchlichen Kreisen entstanden und hatte sich selbst einen schon fast spirituellen Auftrag gegeben. Damit konnten wir Innerschweizer nicht viel anfangen. Es ist charakteristisch, dass die ShareCom beim Teilen die Suffizienz, also die Genügsamkeit, in den Mittelpunkt stellte, während wir eher auf Effizienz setzten. Die ShareCom wollte das Autofahren beschränken. Erste Wahl für die Mobilität sollte der öffentliche Verkehr sein. Das Auto sollte nur dort verwendet werden, wo kein öffentlicher Verkehr zur Verfügung stand. In Zürich wurde damals die S-Bahn aufgebaut, so dass im urbanen Raum der Suffizienz-Ansatz durchaus Sinn machte. Auf dem Land wie hier in Nidwalden ist der automobiler Individualverkehr dagegen ein wirkliches Empowerment. Auf dem Land komme ich ohne Auto kaum vorwärts, weil der ÖV nicht alles abdeckt. Der Effizienzgedanke reicht hier als Begründung fürs Carsharing. In der Stadt verliert das Auto im Individualbesitz dagegen an Nutzen, weil es im Stillstand teuer ist und es zudem Alternativen für die Mobilität gibt.

Effizienz ist unter diesen Umständen nicht das primäre Ziel. Das zeigte sich in der ShareCom auch an der frühen, zu starken Technisierung des Teilens.

HZ: Inwiefern?

CW: AutoTeilet ist aus einer Gruppe von Leuten entstanden, die sich gut kannten und ohnehin in Austausch standen. Wir organisierten das Teilen immer möglichst einfach und pragmatisch. Die Zürcher setzten beim Teilen immer auf Technologie. Der Präsident der Genossenschaft war ein Informatiker und suchte für alles nach Computerlösungen. Wir wussten aber, dass jede Software nach drei Jahren veraltet ist. Sie hat keinen bleibenden Wert, ebenso wenig wie die Autos. Wirklich wertvoll sind die Standorte. 400 Standorte in Zürich kann ich nicht innerhalb eines halben Jahres aufbauen. Wir investierten von Anfang an in Standorte. Sie haben sich mit der Zeit als immer wertvoller erwiesen. Der heutige Wert von Mobility besteht aus den Standorten in allen Schweizer Städten und Gemeinden über 5000 Einwohnern.

Mobility und die Entwicklung des Carsharing zum Business

HZ: Zurück zu Ihrer Geschichte: Sie haben AutoTeilet mitbegründet, als Präsident geführt und mit ShareCom zu Mobility fusioniert. Wie kam es überhaupt zu dieser Fusion?

CW: Sie geht letztlich auf die berühmte Kampagne «Ich bin auch ein Auto», «Ich bin auch ein Schiff», «Ich bin auch ein Flugzeug» der Verkehrsbetriebe Zürich VBZ zurück. Teil dieser Kampagne sollte die Zusammenarbeit der VBZ mit einem Carsharing-Unternehmen sein. Die VBZ entschieden sich für AutoTeilet und nicht für die Zürcher ShareCom. Dabei dominierte ShareCom den Zürcher Markt. Wir hatten damals keinen einzigen Parkplatz in Zürich. Das war der Anlass für die Fusion von AutoTeilet und ShareCom. ShareCom war damals bereits in Schwierigkeiten. Wir hätten sie wohl etwas später auch billig übernehmen können und es wäre in der Folge zu weniger Reibereien in der Führung von Mobility gekommen. Wir aber fusionierten ganz im genossenschaftlichen Geist und handelten uns weitere Alphas ein, die auch mitreden wollten.

HZ: Es gab also damals doch immer noch einen alternativen Habitus hinter dem Carsharing in der Schweiz.

CW: Ja, ich denke schon. Sehr schweizerisch war es auch. Basisdemokratisch und kompromissbereit.

HZ: Irgendwann sind Sie aus Mobility ausgestiegen. Wie kam es dazu?

CW: Ich war zuletzt Strategic Manager unter einem CEO, hatte aber in dieser Position keine Chance mehr, die Strategie ausreichend zu gestalten. Es gab wie gesagt noch andere Alphas bei Mobility, die mit der Firma gross werden wollten. Es entstanden Konflikte. Mit der Fusion kam es zu einer Neuorientierung und ab 1998/1999 zu einer Wachstumsstrategie, die ich nicht mehr mittragen wollte. Denn die Mitgliedernutzung wuchs nicht so rasch, wie es die Wachstumspläne vorsahen. Ich beschloss 1999, in die USA zu gehen. Die damaligen Geschäftsführer bei Mobility scheiterten dann auch mit ihrer Wachstumsstrategie und wurden später ausgewechselt.

HZ: Wie hat sich Mobility seit der Fusion entwickelt?

CW: Wichtig war natürlich die Zusammenarbeit mit den SBB. Sie wurde noch in meiner Zeit ange-dacht. Wir erkannten bald, dass uns die SBB bloss als Juniorpartner behandelten. Sie haben ja eine quasi-monopolistische Stellung. Ihre Idee war, die Kombination Generalabonnement – Carsharing mit Mobility auszuprobieren und dann ein eigenes Carsharing als integriertes Angebot der Bahn aufzubauen. Letztlich hat sich aber eine ausgewogene Zusammenarbeit etabliert und Mobility hat sicher davon profitiert.

HZ: Wie sieht die Entwicklung von Mobility im internationalen Vergleich aus?

CW: Vor kurzem hatten wir in Osnabrück ein Treffen zum 25-jährigen Bestehen von Carsharing in Deutschland. Dort wurden die unterschiedlichen Entwicklungen in Deutschland und in der Schweiz deutlich. In Deutschland gibt es so etwas wie regionale Fürstentümer, in denen kleine Carsharing-Unternehmer walten. Die Gründer dieser kleinen Unternehmen sind immer noch als CEO und Eigentümer tätig. In der Schweiz gab es im Vergleich dazu ein grösseres Wachstum und auch einige schmerzliche Wechsel in der Geschäftsführung. In der Schweiz hatte man von Anfang an die Vision einer grossen, überregionalen Firma – doch gründeten wir keine Aktiengesellschaft, weil wir kein Geld hatten, sondern eben eine Genossenschaft. Dadurch waren wir aber für Investoren uninteressant. Mobility gehört den über 50'000 Mitgliedern mit Anteilscheinen für 1'000 Franken. Die Amerikaner sagten immer, wir wären «undercapitalized». In Amerika wird in gute Start-ups Geld hineingepumpt – wie z.B. in Uber. Ich habe die Entwicklung des Carsharing in der Schweiz, in Deutschland und in den USA erlebt, wo ich ja sechs Jahre lang lebte. In Seattle war ich an der Gründung von FlexCar beteiligt und investierte damals 25'000 US\$, ein Viertel des Firmenkapitals, das aber bald aufgebraucht war. Dann kamen Grossinvestoren, unter anderem Steve Case, einer der Gründer von AOL Internet Provider, die gleich Millionen brachten. Und wir Gründer wurden rasch ausgebootet. FlexCar fusionierte mit ZipCar und wurde von Avis für 500 Mio. US-Dollar übernommen. Das ist der amerikanische Finanzkapitalismus.

HZ: Aber eure Idee war ein Carsharing-Dienst nach Vorbild von AutoTeilet gewesen?

CW: Nicht ganz. In San Francisco gab es bereits eine Carsharing-Genossenschaft, die City CarShare, die es übrigens immer noch gibt. Aber ich sagte: «Eine Genossenschaft mache ich nicht mehr!» Als Geschäftsführer kommst du in einer Genossenschaft nie zum Zug. Du bist basisorientiert immer mit einer Fülle von Meinungen konfrontiert und es wird gemäss *one man one vote* abgestimmt. Das hat viel mit Demokratie zu tun, aber wenig mit Wirtschaft.

Die deutsche Entwicklung ist interessant, weil sie sich von der schweizerischen und der amerikanischen unterscheidet – dort gibt es den Bundesverband CarSharing, der Abgleichprozesse zwischen den einzelnen Firmen durchführt, um gegenüber Anbietern von Versicherungen und Autos Volumen zu gewinnen. Über diesen Verband läuft zum Beispiel das Lobbying für Parkprivilegien auf öffentlichem Raum über eine Anpassung der Strassenverkehrsordnung. Wir sagten den Deutschen immer: «Zahlt doch einfach die Parkplätze und lasst die Politik sein!» Dank des Bundesverbandes schafften es die Deutschen, die vielen mittelständischen Carsharing-Unternehmen, die vielleicht 2–3 Millionen Umsatz im Jahr machen, fest zu etablieren. Sie stehen irgendwo zwischen dem genossenschaftlichen schweizerischen Modell, in dem der Einzelne gar keine Führungsvorteile hat, und dem finanzkapitalistischen amerikanischen Modell, in dem der reiche Investor immer gewinnt.

HZ: Ich sehe die Nachteile der genossenschaftlichen Organisation noch nicht so klar. Migros und Coop sind ja Beispiele für sehr erfolgreiche Genossenschaften in der Schweiz.

CW: Das liegt auch daran, dass bei so grossen Unternehmen die Stimmrechte der Genossenschafter an den Delegiertenversammlungen auf ritualisierte Weise ausgeübt werden, so dass sie in der Praxis gut führbar sind. Der Vorteil der genossenschaftlichen Organisation von Migros und Coop ist, dass sie keine Rendite für Kapitaleigner abwerfen müssen und nicht verkäuflich sind. Migros und Coop wären vielleicht längst von einer grossen Kette wie Walmart oder Carrefour übernommen worden, wenn sie Aktiengesellschaften wären. Der Nachteil ist, dass sie Investitionen nicht über Aktien finanzieren können.

Wir haben mit den Deutschen oft über die Vor- und Nachteile dieser Modelle diskutiert. Die Deutschen sind fasziniert, dass wir nicht nur unsere Politik, sondern auch unsere Geschäfte basisdemokratisch organisieren. Wir sehen dagegen die Nachteile der direkten Demokratie deutlich und haben ja auch deshalb hier in Nidwalden zum Beispiel die Landsgemeinde abgeschafft. Ich glaube auch, dass die Genossenschaft nicht die ideale Struktur für das Carsharing ist. Doch Mobility wird wahrscheinlich eine Genossenschaft bleiben.

Anders Wirtschaften mit Carsharing

HZ: Sie sehen also in der genossenschaftlichen Organisation und im ökologischen Credo von AutoTeilet, ShareCom und in der Folge auch von Mobility ein ideologisches Erbe, das dem Ziel der Effizienz in der Mobilität nicht unbedingt förderlich ist.

CW: Die ökologische Grundhaltung kann zu unrealistischen Strategien verleiten. So wurde Elektromobilität bereits für AutoTeilet aus ökologischen Gründen ein Thema. Wir schafften deshalb schon früh ein Elektrofahrzeug an. Aber Elektromobilität hat sich nicht durchgesetzt. Elektrische Mobility-Autos sind eine Nische in der Nische – und das funktioniert nicht. Carsharing ist eine Nische, und die muss man nicht unnötig kleiner machen, indem man auf Elektromobilität setzt. Das war auch das Problem von Electricité de France, die in Tours südlich von Paris bereits in den 90er-Jahren eine Flotte von Elektrofahrzeugen aufstellte und damit ein free-floating Carsharing, also ohne feste Standorte, aufzog. Sie hatten eine originelle Kommunikation – zwei Signallampen auf dem Dach, eine rote, die anzeigte, dass das Auto ausgeliehen ist, und eine grüne, die anzeigte, dass es frei ist. Leuchteten beide, bedeutete das, dass das Auto bald frei würde. Das System setzte sich nicht durch. Mobility hat es kürzlich ebenfalls wieder versucht. Sie schafften Renault-Twizy-Elektrofahrzeuge an, aber die Verträge mit Renault sind bereits wieder gekündigt worden. Die Einführung von Elektrofahrzeugen ist ein ganz schmerzlicher Prozess. Erste Elektrofahrzeuge gab es ja schon vor 100 Jahren. Man soll nicht versuchen, ihnen mit Carsharing zum Durchbruch zu verhelfen.

HZ: Dabei werden mit dem Carsharing und der Elektromobilität ähnliche ökologische Ziele verfolgt.

CW: Markus Petersen, der in Berlin 1990 die erste Dissertation über Carsharing schrieb, sagt, dass die Innovation des Carsharing weitaus bestechender ist als die Innovation des Elektrofahrzeugs. Das Elektrofahrzeug braucht genau gleich viel Platz in der Stadt wie ein traditionelles Auto und löst somit die raumplanerischen Probleme der Automobilität nicht. Vielleicht verlängert das Elektrofahrzeug lediglich den Lebenszyklus der individuellen Automobilität und erlaubt den Autokonzernen etwas länger, ihre Gewinne einzufahren.

HZ: Hinzu kommt, dass auch konventionelle Autos immer weniger umweltschädlich werden, so dass der Verzicht aufs eigene Auto aus ökologischen Gründen nicht mehr so naheliegend ist. Autos oder eben Eco-Autos werden so wieder zu Sympathieträgern.

CW: «Das umweltfreundliche Auto.» Der Staat setzt dem Autoverkehr tropfenweise ökologische Rahmenbedingungen und trägt so zu seiner Legitimität bei, schützt damit veraltete Mobilitätskonzepte und verhindert Marktinnovation und technischen Wandel.

HZ: Der Staat versteht sich also weiterhin als Trägerschaft des individuellen Autoverkehrs, wie das schon beim Strassenbau gilt.

CW: Und er trägt so zur Erhaltung der Konzernwirtschaft und deren weiterer Konzentration bei. Denn die Entwicklungen für umweltgerechte Autos sind enorm teuer und können nur von Konzernen geleistet werden. Aber Petersen zufolge ist das Carsharing tatsächlich eine Bedrohung für das Geschäftsmodell der Autokonzerne, das auf der identitätsstiftenden Bindung des Besitzers zu seinem Auto aufbaut. Carsharing reduziert den Fahrzeugbestand und somit den Markt für die Autokonzerne. Henry Fords Idee, den Absatz für sein Produkt zu sichern, indem er den individuellen Besitz von Autos propagierte, würde ausser Kraft gesetzt.

HZ: Henry Ford machte aus einem teuren Investitionsgut einen allgemeinen Konsumartikel und erzeugte so ein enormes Wachstum für die kapitalistische Wirtschaft.

CW: Und der Staat unterstützte diese Entwicklung nach Kräften mit dem Ausbau des Strassennetzes.

HZ: Carsharing will diese Entwicklung korrigieren. Vielleicht steht es ja für einen Trend zu neuen Konsum- und Eigentumsmustern: weg von teuren Investitionsgütern, die nur wenig Konsum-Möglichkeiten bieten und hin zu geteilten oder geliehenen Gütern, die einen flexibleren und besser den jeweiligen Bedürfnissen angepassten Konsum ermöglichen.

CW: Das Erschreckende für die Automobilindustrie ist ja, dass viele Junge in den Städten heute nicht nur keine Autos mehr besitzen wollen, sondern nicht einmal mehr den Führerausweis erwerben. Das stellt natürlich auch das Carsharing in Frage. Da stellt man sich die Frage: «Wie entwickelt sich der Verkehr in den nächsten 50 Jahren?»

Peer-to-peer und free-floating Carsharing

HZ: Hätten Sie selbst ein neues Carsharing-Projekt?

CW: Ich konzipierte einmal ein Carsharing-System, das hiess Zellen-System. Manche Teilnehmer brachten dort ein eigenes Auto ein, das waren die Zellenmeister, andere liehen sich nur ab und zu eines aus. Die meisten Autobesitzer hatten nur kleine Zweiplätzer, die für die meisten Fahrten ja genügen, hatten aber Zugriff auf andere Wagentypen, wenn sie sie brauchten. Das eigene Fahrzeug stellten sie in ihrer Siedlung zur Nutzung zur Verfügung, wenn sie es nicht brauchten. Es war ein organisches System, in dem sich Zellen teilten oder auflösten und mit anderen Zellen in Verbindung standen. Ein solches System wäre eine Alternative zu den mechanistischen Systemen, wie sie heute existieren. Mobility ist furchtbar mechanistisch geworden. Es hat eine hierarchische Struktur. Die Standorte sind fix definiert, man muss Anträge schreiben und Umsatzgarantien gleich mitliefern, um in der Nähe seines Wohnorts ein Fahrzeug hingestellt zu bekommen.

HZ: Das System ist rigid.

CW: Rigid, ja. Aber die Firma ist erfolgreich, weil sie ein standardisiertes Produkt anbietet und sich die guten Standorte gesichert hat, was sie zur Zeit noch konkurrenzlos macht. Eine Konkurrenz kann ihr allenfalls von neuen peer-to-peer Carsharing-Systemen, wie meinem Zellen-System oder RelayRides, Getaround oder Sharoo (mit Migros und Mobility), erwachsen. Denn sie sind flexibel und können sich viel besser als eine bestehende und fixierte Fahrzeugflotte in die wechselnden Marktbedingungen einfügen. Jeder Fahrzeugbesitzer kann sein Fahrzeug dann vermieten, wenn er es nicht selbst braucht. Er kann es an den jeweils Meistbietenden abgeben. Es entsteht so eine internetbasierte Mobilitätsbörse. Ein solches System ist potenziell viel näher am Kunden als ein zentralistisches System wie Mobility. Mobility braucht die hohe Zuverlässigkeit der Schweizer, ihre Zahlungsbereitschaft, die Loyalität. Im peer-to-peer Carsharing kontrolliert sich das System über Social-Media-Effekte selber. Der Kunde wird das benutzte Auto sauber und intakt zurückbringen, um sein Rating hochzuhalten.

HZ: Peer-to-peer Carsharing gab es ja eigentlich immer schon, wenn sich Freunde oder Nachbarn gegenseitig Autos ausliehen. Jetzt weitet sich diese Peer-Gruppe dank Internet stark aus.

CW: Und es entsteht ein Markt, in dem die wirtschaftlichen Risiken auf die einzelnen Autobesitzer verteilt sind, was ebenfalls ein Vorteil gegenüber Mobility ist. Diese Risiken sind für die meisten klein, denn sie sind nicht unbedingt auf eine hohe Auslastung beim Vermieten angewiesen. Der Referenzwert ist das ineffiziente, individuell besessene Auto.

HZ: Sie haben vorhin kurz free-floating Carsharing als Konkurrenz zu Mobility erwähnt. Was ist darunter zu verstehen?

CW: Carsharing-Systeme, die heute einsteigen, versuchen den Nachteil der fehlenden fixen Standorte mit einer free-floating Flotte zu umgehen, was auf neuen Technologien beruht. Das Carsharing hat sich zusammen mit den Kommunikationstechnologien in den letzten 20 Jahren immer weiter entwickelt. Wir können davon ausgehen, dass diese Entwicklungen auch in den nächsten 20 Jahren weitergehen. Wir nennen das *enabling technologies*. Diese Entwicklung können wir nicht beeinflussen. Auf der anderen Seite haben sich auch die Ideen weiterentwickelt, wie eben vom stationsbezogenen zum free-floating Carsharing. Beispiele für ein free-floating Carsharing sind car2go von Daimler oder Catch-a-Car der Mobility. Innerhalb eines städtischen Perimeters können Autos beliebig an einem erlaubten Ort wieder abgestellt werden.

HZ: Auf einem öffentlichen Parkplatz?

CW: Ja eben, und die sind in Städten teuer.

Ausblick

Theo Wehner: Heinzpeter Znoj hat es ja erwähnt, dass zur Zeit bei Jugendlichen das Teilen neu entsteht. Auch Sie waren jung, als Sie mit Ihren Kollegen mit AutoTeilet begonnen haben. Was war damals Ihre dominante Motivation: Wollten Sie ein Business machen, mit der AutoTeilet geschäften? Ich sehe bei jungen Leuten, die ein Sharing aufziehen, dass sie es oft genau dann abbrechen, wenn sich die Möglichkeit ergibt, daraus ein Geschäft zu machen. Das wirkt heute offenbar eher abschreckend. Es scheint eine Spannung zu geben, die dem Sharing selbst inhärent ist. Wie war das damals bei Mo-

bility? Waren Sie von der späteren Entwicklung als Geschäftsmann enttäuscht oder weil es sich von der ursprünglichen Idee des Teilens entfernt hat?

CW: Wir von der AutoTeilet waren anfangs einfach intrinsisch stark motiviert, als Gruppe stark miteinander verbunden, auch mit einem starken lokalen Bezug. Es war wie Pfadi: Jetzt machen wir was! Wenn es funktioniert, ist das lässig. Später nahm diese starke intrinsische Gruppenmotivation ab. Einzelne entwickelten sich in ihrem Beruf, machten Karriere, wurden Teil des Establishments. Der revolutionäre Geist fiel allmählich weg. Ich selbst machte AutoTeilet zum Geschäft, trug diese Entwicklung über Jahrzehnte mit und bin insofern nicht von ihr enttäuscht. Ich bin eher als Geschäftsmann enttäuscht. Ich sehe, wie sich das Carsharing in den USA und in Deutschland entwickelt und wie der Markt an der Schweiz vorbeigeht. Vielleicht werden innovative Formen des Carsharing später aus dem Ausland zu uns wieder zurückkommen.

Kommentar

Theo Wehner

Wer sich mit der Veränderung von Mobilitätskonzepten befasst, der muss geistig mobil sein. Das legt zumindest die Entstehungs- und Anpassungsgeschichte von Carsharing-Konzepten nahe. Zur Überwindung vorhandener Vorstellungen, das zeigt auch die sozialwissenschaftlich orientierte Innovationsforschung, muss man, gestaltpsychologisch gesprochen, umstrukturieren, indem man sich vom Bekannten weg und zum Neuen hin bewegt. *Innovare* heisst: sich den Dingen neu zuwenden.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Was ist innovativ am Carsharing? Von was führt es fort, wo führt es hin? Handelt es sich um eine schrittweise aufbauende oder um eine verdrängende Innovation? Ist Carsharing eher systemstabilisierend oder systemüberwindend und mündet das Konzept in alternative Ökonomiemodelle?

I

Auch wenn es im zu kommentierenden Interview nicht explizit erwähnt wird, war den Innerschweizer Gründern der AutoTeilet-Genossenschaft (ATG) sicher bewusst, dass die Schweiz als Pionierland des Carsharing angesehen werden kann: Bereits 1948 wurde in Zürich mit der *Schweizer Selbstfahrer-Genossenschaft* (SEFAGE) die weltweit erste dokumentierte Carsharing-Organisation gegründet. Erreicht werden sollte: «... durch kollektive Wagenhaltung und andere geeignete Mittel den Mitgliedern das Autofahren im selbstgesteuerten Wagen zu erleichtern».²³ Nicht Ausstieg, Umstieg oder sonstige gesellschaftspolitische und/oder ideologische Ziele, sondern Einstieg, Erleichterung wurde angestrebt und versprochen. Von *Share Economy*²⁴, *KoKonsum*, kollaborativem Teilen oder gar von *Asset-light Lifestyle* war bei den Gründungsüberlegungen von 1948 noch nicht die Rede²⁵ und muss – um vorweg zu greifen – auch bei den heutigen Organisationsstrukturen kritisch hinterfragt werden.

Selbst heutige Schlagworte wie «intelligenter Ressourcenumgang», «Erhöhung der Lebensqualität» oder «multimodaler Mobilitäts-Mix» fehlten damals vollständig: 1948 ging es um Erleichterung – basta!

II

Den Gründungsmitgliedern von ATG ging es in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre schon um mehr und qualitativ auch um anderes: «Unser Gedanke war: Warum sollte man Autos nicht auch als Investitionsgut behandeln? Konsumgut ist die einzelne individuelle Autofahrt» (CW). Damit sollte

²³ http://www.moneyhouse.ch/u/sefage_selbstfahrergenossenschaft_zurich_in_liquidation_CH-020.5.901.335-9.htm

²⁴ «Der Begriff Share Economy wurde von dem Harvard-Ökonomen Martin Weitzman (*The share economy: conquering stagflation*. Harvard University Press, 1984) geprägt und besagt im Kern, dass sich der Wohlstand für alle erhöht, je mehr unter allen Marktteilnehmern geteilt wird. In der jüngeren Vergangenheit gewann das Konzept insbesondere in Hinblick auf das WWW an Bedeutung, weil Inhalte und Wissen zunehmend nicht mehr nur konsumiert, sondern mit Hilfe von Web-2.0-Technologien weiterverbreitet werden. Unter dem Begriff «Share Economy» entwickeln sich zunehmend Unternehmen, deren Geschäftskonzept gekennzeichnet ist durch die gemeinsame zeitlich begrenzte Nutzung von Ressourcen, die nicht dauerhaft benötigt werden» (http://de.wikipedia.org/wiki/Share_Economy; 27.10.2014).

²⁵ Hadorn, Werner, 2008, *CarSharing in der Schweiz: Eine bewegte Erfolgsgeschichte*. Kilchberg ZH: Smart Books.

einerseits eine «Entfetischisierung» eingeleitet und dem Automobil seine (vermeintlich) «identitätsstiftende» Funktion und der Statusgehalt genommen werden. Andererseits stand – wie bei fast allen Carsharing-Modellen seit den 1970er-Jahren – die Ressourcenfrage Pate: «Unsere Reformideen waren ökologisch, stellten aber die bestehende wirtschaftliche Ordnung nicht grundsätzlich in Frage. Eine leitende Idee war die der Effizienz ...» (CW).

Interessant ist zusätzlich – und hier gibt es zwischen der ATG und anderen Neugründungen in Europa grosse Übereinstimmungen –, dass nicht nur organisatorische Überlegungen auftauchen, sondern bereits ein Businessplan aufscheint: «Wir realisierten, dass sich die kollektive Nutzung der Autos mit einer Geschäftsstruktur leichter organisieren lässt. Mit Eintritten und Austritten, Abnützung der Autos, unterschiedlicher Beanspruchung, möglichen Unfällen usw. wäre eine informelle Lösung bald zu unübersichtlich geworden» (CW). Was, wie bei der AutoTeilet-Genossenschaft, mit Papier, Bleistift und einem Radiergummi begann, hat heute mit einer App sein vorläufiges Ende gefunden. Aus informellen Gruppenbeziehungen ist eine Dreiecksbeziehung entstanden: das Objekt, der Mittler und der Nutzer.

Aus der Möglichkeit des Teilens ist eine kommerzialisierte, beziehungsunabhängige Nutzungsform geworden; ein weltweiter Carsharing-Markt mit einem Umsatzvolumen von 10 Mrd. US-Dollar pro Jahr: Tendenz steigend.

Dass Carsharing sich zu einem solchen Markt entwickeln könnte, ahnten die Innerschweizer ATG-Gründer – sie dachten schon zu Beginn «an ein grosses Mobilitätssystem», hofften gar auf einen «Bill-Gates-Effekt».

Zum «Bill-Gates-Effekt» kam es nicht, jedoch kam es zu Fusionen, zu Querelen zwischen Geschäftsführern und Genossen und vielem mehr, was den Weg von der innovativen Idee zum marktgängigen Produkt pflastert. Einen dieser Pflastersteine stellt die juristische Geschäftsform dar und hier zeigt sich eine Eigenart von Mobility, der früheren ATG: «In der Schweiz hatte man von Anfang an die Vision einer grossen, überregionalen Firma – doch gründeten wir keine Aktiengesellschaft, weil wir kein Geld hatten, sondern eben eine Genossenschaft. Dadurch waren wir aber für Investoren uninteressant.» Uninteressant wurde für den Interviewten Conrad Wagner in der Folge sicher nicht die «Reformidee» des Carsharing, wohl aber sein Posten in der Geschäftsleitung von Mobility: «Eine Genossenschaft mache ich nicht mehr! Als Geschäftsführer kommst du in einer Genossenschaft nie zum Zug. Du bist basisorientiert immer mit einer Fülle von Meinungen konfrontiert und es wird gemäss *one man one vote* abgestimmt. Das hat viel mit Demokratie zu tun, aber wenig mit Wirtschaft» (CW).

III

Auch wenn man, besonders in der Schweiz, noch genossenschaftlich organisiert ist und vor allem in Deutschland Vereine und Nachbarschaftsgruppen beim Carsharing findet, dominieren weltweit doch Kapitalgesellschaften.

Welche marktunabhängigen positiv besetzten Ziele können mit Carsharing (dennoch) erreicht werden? Kann vom Grundgedanken der Sharing Economy, dass sich der Wohlstand für alle erhöht, je mehr unter allen Marktteilnehmern geteilt wird, so ohne Weiteres ausgegangen werden? Dazu ein kurzer Blick darauf, was heute unter Sharing Economy verstanden wird und was sich in folgenden Grundannahmen zusammenfassen lässt:

1. Ressourcennutzung: Güter werden von vielen Personen verwendet und nicht nur vom Eigentümer oder von der Eigentümerin. «Zugriff statt Eigentum»²⁶ lautet der Wahlspruch der Sharing Economy.
2. Zeit: Die Nutzung erfolgt nur vorübergehend bzw. zeitlich beschränkt; Angebot und Nachfrage treffen sich sehr schnell.
3. Organisationsform: Die Nutzung erfolgt zwischen Mitgliedern einer Gemeinschaft, die über das Internet organisiert ist. Aufgrund der Einfachheit und Schnelligkeit der Kommunikation kann der Nutzerkreis erheblich sein. Die Sharing Economy ist somit Teil der sogenannten «Internet-ökonomie»²⁷.
4. Vertrauenssystem: Ein Online-Bewertungssystem zum Aufbau von *Reputation*²⁸ und Vertrauen zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft ermöglicht soziale Kontrolle²⁹.

Sharing Economy will das kurzzeitige Mieten und Vermieten erleichtern und weniger das gegenseitige Leihen und Teilen von Gütern nahelegen. Die Beteiligten können profitorientiert agieren oder auch nicht, sie können Unternehmer, Vermittler oder Konsumenten sein. In den Nutzungsgemeinschaften oder -netzwerken können zweiseitige oder – im Falle einer Mittlerorganisation – strahlenförmige Beziehungen entstehen, wobei der Anbieter grundsätzlich auch Nachfragender werden kann. Hauptcharakteristikum jedoch ist die informationstechnische Unterstützung, so dass die Anbieter und die Nachfrageseite rasch zueinander finden, was letztlich den erleichterten Zugriff auf die zu nutzenden Güter erlaubt. Dass dieser Informationsaustausch, der allzu leichtfertig als Kommunikationsprozess aufgefasst wird, am bequemsten bzw. am leichtesten über das Internet in Form von Online-Plattformen, Web-Portalen und internetbasierten sozialen Netzwerken abgewickelt wird, erhöht die Verfügbarkeit der Güter durch mobile Endgeräte und beschleunigt den Vermittlungsprozess. Auch die Zahl der Anbieter und Nutzer, der Netzwerkmitglieder lässt sich rasant und ebenfalls leicht und bequem vergrößern. Psychologisch könnte man die Fortsetzungsgeschichte der SEFAGE von 1948 lesen als *Erleichterung der Erleichterung*.

²⁶ Rifkin, Jeremy, 2012, *Access. Das Verschwinden des Eigentums*. Frankfurt a.M.: Campus.

²⁷ Grob, Heinz Lothar und Jan vom Brocke, 2006, *Internetökonomie, Ein interdisziplinärer Beitrag zur Erklärung und Gestaltung hybrider Systeme*. In: Grob, Heinz Lothar und Jan vom Brocke: *Internetökonomie. Das Internet im Fokus hybrider Systeme*. München: Vahlen.

²⁸ Vergleiche zum Begriff des individuellen Reputationskapitals, insbesondere: Botsman, Rachel und Roo Rogers, 2011, *What's Mine is Yours. How Collaborative Consumption is Changing the Way We Live*. London: Collins.

²⁹ Kaup, Gerd, 2013, *Ökonomie des Teilens. 15 Nutzungsgemeinschaften im Überblick*. Im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für die Steiermark, AK-Marktforschung/Dezember 2013.

Die Kommune Niederkaufungen

Heinzpeter Znoj und Gottfried Schubert

Das Projekt

Die Kommune Niederkaufungen befindet sich ca. 10 km östlich von Kassel im Dorfkern der Gemeinde Niederkaufungen. In der 1987 gegründeten Gemeinschaft leben inzwischen etwa 65 Erwachsene und 20 Kinder in eigenen Gebäuden auf einem zusammenhängenden Anwesen. Der überwiegende Teil der Mitglieder arbeitet auf dem Gelände in sogenannten Arbeitsbereichen wie Zimmerei, Schreinerei, Schlosserei, Altenpflegeeinrichtung, Kindertagesstätte, Tagungshaus, Küche usw. Die Gemeinschaft finanziert sich durch den Verkauf von eigenen Produkten und Dienstleistungen.

Sie orientiert sich an ihren Grundsätzen, die sie 1983 festgelegt hat: linkes Politikverständnis, ökologische Produktion, gemeinsame Ökonomie, Konsensprinzip, kollektives Arbeiten, Abbau von und Auseinandersetzung mit kapitalistischen, patriarchalen und kleinfamiliären (Macht-)Strukturen.

Zwei auffällige Merkmale für Menschen, die dieses oder ähnliche Projekte nicht kennen, sind das Konsensprinzip und die gemeinsame Ökonomie:

Entscheidungen werden weder alleine von Vorgesetzten noch mehrheitlich von ihren Mitgliedern getroffen, sondern alle entscheiden zusammen im Konsens. Das bedeutet, dass so lange nach Lösungen gesucht wird, bis alle mit der gemeinsam erarbeiteten Entscheidung leben können. Das ist einerseits mit erheblichem Aufwand verbunden, führt andererseits aber zu einer hohen Identifikation mit den getroffenen Entscheidungen und dem Projekt.

In der Form der gemeinsamen Ökonomie werden alle Einnahmen auf ein zentrales Konto eingezahlt. Jedes Mitglied entscheidet innerhalb eines festgelegten Rahmens selbst, wie viel Geld es für die individuellen Bedürfnisse entnimmt. Größere Ausgaben werden im Konsens verabschiedet. Die internen Sach- und Dienstleistungen werden untereinander nicht bezahlt. Dadurch ergibt sich im Projekt eine Wirtschaftsleistung, für die – und mit der – kein Geld verdient werden muss. Der Lebensstandard ist im Vergleich zu anderen, in der Regel deutlich kleineren Gemeinschaften dieser Art hoch.

Die Kommune Niederkaufungen hat einen hohen Bekanntheitsgrad und gilt als erfolgreiches Projekt. Sie strahlt auch auf ihre Umgebung aus. So haben sich in den letzten 15 Jahren drei neue, ähnliche Gemeinschaften in der Nähe angesiedelt. Ein sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Austausch dieser Projekte untereinander ist am Wachsen.

Die Zugehörigkeit ist scharf abgegrenzt. Neue Mitglieder kommen nach einem ausgeklügelten Verfahren dazu. Mitglieder, die das Projekt verlassen, werden klar verabschiedet und gehören nicht mehr zur Gemeinschaft. Die Entscheidung, sich auf ein Leben in der Kommune einzulassen, hat weitreichende Folgen für den Alltag und die eigene Zukunft. Menschen, die in Erwägung ziehen, der Gemeinschaft beizutreten, legen diesen Wunsch im Annäherungsprozess in den meisten Fällen beiseite. Die, die der Gemeinschaft beitreten, bleiben ihr viele Jahre oder auch Jahrzehnte erhalten.

Das soziale Leben intern gestaltet sich vielseitig und ist von Konflikten und intensiven Beziehungen geprägt. Es kostet viel Kraft, ermöglicht – aber erzwingt nicht – persönliches Wachstum, das den Umgang mit Menschen erleichtert.

Es ist möglich, auf dem Gelände zu leben und es fast nie zu verlassen. Viele Menschen aus dem In- und Ausland interessieren sich für das Projekt, bieten kurzfristig Kontaktmöglichkeiten und bringen neue Anregungen mit. So werden auch Menschen angezogen, die in der Gesellschaft keinen Anschluss finden, im Lebensalltag der Kommune nicht aufgefangen werden können und wieder weggeschickt werden müssen. Vor allem Grenzfälle führen immer wieder zu internen Auseinandersetzungen. Durch

das grosse Interesse von Menschen, die diese Lebensform kennen lernen wollen, grenzen sich viele Kommunemitglieder relativ stark von Besuchern ab, was häufig zu Missverständnissen führt.

Die Kommune Niederkaufungen ist ein stabiles Projekt, das vor allem in wirtschaftlichen Krisenzeiten verstärkt nachgefragt wird. Die Idee mancher Kommunemitglieder, die Gesamtgesellschaft in dieser Lebensform in zahlreichen Kommunen zu organisieren, findet bisher wenig Nachfrage. Zur Bereicherung der Vielfalt an gelebten Alternativen jedoch leistet sie einen bedeutenden Beitrag.

(Gottfried Schubert)

Das Gespräch

Forch (ZH), 2. und 3. März 2013

Heinzpeter Znoj unterhält sich mit Gottfried Schubert über Leben und Arbeiten in der Kommune Niederkaufungen. Sein Gesprächspartner hat 18 Jahre in der Kommune gelebt und ist inzwischen ausgetreten.

Umgang mit Geld

Heinzpeter Znoj (HZ): Erzähl mir bitte, wie du zur Kommune Niederkaufungen gekommen bist.

Gottfried Schubert (GS): Ich kam 1989 zur Kommune und war damals 23 oder 24 Jahre alt. Während meiner Schreinerlehre hatte ich hauptsächlich Kunststoffkanten an Spanplatten angeleimt. Und hatte viel Zeit, darüber nachzudenken, wo ich hinwill. Es war klar, dass ich das nicht mein Leben lang machen wollte. Über eine Kleinanzeige stiess ich auf die Kommune Niederkaufungen. Ich erhielt ein Grundsatzpapier, das ziemlich genau meinen Vorstellungen entsprach. Ich wunderte mich, dass es das, was ich wollte, bereits gab.

HZ: Weisst du noch, was in dem Grundsatzpapier stand und was dich daran angezogen hat?

GS: Was mich sehr gereizt hat, war zum Beispiel die Aufhebung der Einkommensunterschiede unabhängig davon, wer welche Arbeit gemacht hat. Unabhängig davon, was man in der Kommune tat, sollten einem Mittel für den Eigengebrauch zur Verfügung stehen.

HZ: Gab es einen bestimmten Betrag, den jeder bekam?

GS: Nein, es gab diese grosse gemeinsame Kasse. Alles, was die Gruppe gemeinsam verdient hat, kam in eine Kasse und unabhängig davon, was man selber verdient hat, konnte man sich da rausnehmen. Das war auch oft nicht mehr überprüfbar – für mich war es nicht mehr überprüfbar, was hab ich eigentlich selber verdient von dem Geld, was da reinkommt.

HZ: Kannst du mir mal beschreiben, wie diese Kasse physisch ausgesehen hat?

GS: Das war 'ne Schublade, 'ne alte Schublade im Gemeinschaftsraum, und da war so ein Plastikding drin, in dem die Scheine dringesteckt haben und die Geldstücke drin waren.

HZ: Und die war nicht verschlossen?

GS: Nein, die war nicht verschlossen. Es gab aber ein Buch, in das man eingetragen hat, wie viel Geld man sich genommen hat.

HZ: Also durfte man nichts rausnehmen, ohne den Betrag zu notieren?

GS: Jein. Am Anfang war es relativ üblich, die Bezüge nicht aufzuschreiben. Dann kam von irgendjemandem mal der Verdacht auf, dass Geld geklaut würde. Das liess sich natürlich nicht nachweisen, ob geklaut wird oder nicht. Jedenfalls hat es bei manchen Leuten ein Misstrauen ausgelöst, dass Geld geklaut wird. Und so gab es eben die Entscheidung, dass man aufschreibt, was man ausgibt. Man hat auch grob aufgeschrieben, wozu man das Geld ausgegeben hat – für öffentliche Verkehrsmittel, für Kleidung, für Taschengeld. Es gab einige, denen das wichtig war: Wenn ich mich offenbare, wozu ich das Geld ausgabe, schaffe ich Vertrauen. Ich war immer der Ansicht, wir sollten es mal ohne aufzuschreiben ausprobieren. Denn wenn ich die Ausgaben aufschreibe, muss ich bei den anderen Vertrauen schaffen. Wenn ich dagegen die Ausgaben nicht aufschreibe, müssen die anderen mir vertrauen.

HZ: Wurde das Geld ab und zu gezählt?

GS: Später wurde immer gezählt, wie viel reingelegt wurde, und mit den aufgeschriebenen Ausgaben verglichen. Das führte manchmal dazu, dass Geld gefehlt hat – dass also mehr rausgenommen wurde als aufgeschrieben. Umgekehrt kam auch vor, dass mehr drin war, als eigentlich ausgegeben wurde.

HZ: Und wie viel war da so in der Kasse?

GS: Maximal 500 Euro. Die Kasse wurde von der Verwaltung immer wieder aufgefüllt. Da lagen nicht die gesamten Monatseinnahmen drin. Es gab eine zweite Kasse, in der das Geld gesammelt wurde, die war abgeschlossen. Und es gab Konten. Das Risiko, das bestand, dass sich jemand in unangemessener Höhe aus der öffentlichen Kasse bedienen sollte, war begrenzt.

HZ: Und wenn man mal mehr Geld brauchte für dieses oder jenes wie Ferien, meldete man den Bedarf an?

GS: Ja.

HZ: In der Kasse in der Schublade war dann sozusagen nur das Taschengeld der Kommunemitglieder.

GS: Ja. Wenn man einen grösseren Betrag brauchte, teilte man das der Verwaltung mit: Ich brauche morgen 1000 Mark, später Euro – holst du mir die ab?

HZ: Gab es einen Standard, wie viel man beanspruchen konnte? Hat man darüber diskutiert? Gab es eine soziale Kontrolle der individuellen Ausgaben?

GS: Jein. Es gab eine Monatsabrechnung, die hing öffentlich aus.

HZ: Wer wie viel gebraucht hat?

GS: Nein, wer wie viel gebraucht hat, war nicht nachzuvollziehen. Auch wenn ich aufschrieb, wie viel ich mir aus der Kasse genommen hatte – wenn ich dann mit ein paar anderen in die Kneipe gegangen bin, hat irgendwer bezahlt. Manche hatten nie Geld dabei und andere hatten immer Geld dabei.

HZ: Es war eh das gemeinsame Geld. Man konnte im Buch zwar zusammenzählen, wer wie viel aus der Kasse genommen hat ...,

GS: ... aber man konnte nicht sehen, ob die Person das für sich selber ausgegeben hat. Ich konnte ja nicht einmal feststellen, wie viel ich selbst für mich brauchte. Es wäre so viel Aufwand gewesen, zum Beispiel im Restaurant die Ausgaben nur für mich selbst herauszuschreiben. Mal habe ich für andere bezahlt, mal gab mir jemand anders eine Tafel Schokolade. So hat sich das ganz schnell vermischt und liess sich für mich nicht kontrollieren. Ich habe immer argumentiert, dass eigentlich keine Kontrolle möglich ist.

HZ: Steht hinter diesen Unklarheiten nicht die Auffassung, dass man das Geld nicht zählen soll, nicht genau wissen soll, wer wie viel braucht? Dass man keine Bilanz machen soll?

GS: Ich glaube, das stimmt. Eben auch, weil es gar nicht möglich war.

HZ: Das heisst, der Umgang mit Geld in der Kommune hat es verunmöglicht, über die Ausgaben des Einzelnen Buch zu führen. Individuelle Ausgaben wurden spätestens durch die Art der Buchhaltung sozialisiert.

GS: Ja, das war auch Sinn der Sache. Zudem organisierte die Verwaltung den grössten Teil der Ausgaben für die Mitglieder wie für Waschmittel oder Lebensmittel oder Sozialversicherungs- und Altersvorsorgebeiträge, auch Bestellungen übers Internet wurden so bezahlt. Ich hatte kein eigenes Bankkonto.

HZ: Das einzelne Mitglied hat in diesem Sinn auch gar nicht viel Geld gebraucht. Hat man trotzdem mal geschaut, wer wie viel rausgenommen hat, oder war das tabu?

GS: Das hat mal jemand rausgeschrieben, aber auf eine gewisse Art war das ein Tabubruch. Da gabs auch kurz einen Aufschrei. Wir hatten schon früher mal die Ausgaben der einzelnen Personen rausgeschrieben. Damals war klar geworden, dass sie das Geld nicht unbedingt für sich gebraucht hatten, so dass man auf diese Weise die individuellen Ausgaben gar nicht überprüfen konnte. Für mich war das damals interessant: Ich schätzte mich so ein, dass ich viel rausnehme, doch stellte sich heraus, dass ich ziemlich im Mittelfeld war. Bei anderen, die ebenfalls das Gefühl hatten, dass ich viel rausnehme, änderten aber die Zahlen nichts an ihrer Einschätzung.

HZ: Woran lag das?

GS: Das weiss ich nicht. Es lag vielleicht daran, dass die meisten Kommunarden äusserlich unauffällig auftreten, ich mich aber immer schick und modern gekleidet habe. Ein schrilles Hemd für 15 Euro aus dem Secondhand-Laden fällt ganz anders auf als ein Öko-Pullover für 300 Euro, so ein unauffälliger Pullover.

HZ: Dein Habitus hat nicht gestimmt, sozusagen.

GS: Genau, ja.

HZ: Du hast dich nicht genau an die Norm gehalten und deshalb kam der Verdacht auf, du nimmst dir zu viel raus. Du hast dir aber in einem anderen Sinn zu viel rausgenommen, indem du dich abgehoben hast.

Vertrauen und Auseinandersetzungen

HZ: Du hast vorhin angesprochen, dass man einander vertrauen muss in der Kommune, wenn sich jeder Geld aus der Kasse nehmen kann. Es scheint eine Schwierigkeit zu sein, in der Kommune dieses gegenseitige Vertrauen aufzubauen. Kommt es denn auch zu Konflikten, dass man sagt, dieser oder jener Person können wir einfach nicht vertrauen, die fordern wir jetzt auf, die Kommune zu verlassen? Oder überlässt man es der Person selbst, zu entscheiden, dass sie geht?

GS: Es gab einmal einen Fall, als eine Person plötzlich in einem Monat über tausend Euro Telefonkosten hatte mit irgendeiner 0190er-Nummer. Niemand wusste, mit wem er telefoniert hatte, und er wollte es auch nicht sagen. Das führte bei vielen zu einem komischen Gefühl. Ich weiss nicht, ob es für ihn auch eine willkommene Gelegenheit war, sich von der Gruppe zu verabschieden – dass er einen Grund hatte, weil alle auf ihm herumhackten.

HZ: Wie lange war er dabei?

GS: Nicht so lange – zwei, drei Jahre. Er ist dann auch gegangen, und wenn er nicht von selbst gegangen wäre, hätten ihm sicher andere gesagt, das sei jetzt schräg.

HZ: Wie hat man denn mit ihm gesprochen? Wurde man da laut? Oder wurde er aufgefordert sich zu erklären? Wie ist der Stil solcher Auseinandersetzungen?

GS: Er wurde im Plenum angesprochen, wurde gefragt, wofür er denn die hohen Telefonausgaben gehabt hätte. Die einen sind ein bisschen härter geworden und sagten: Ich will gefälligst wissen, wofür du das Geld ausgegeben hast. Andere sagten, vielleicht gibt es statt der Telefone auch eine andere Möglichkeit, das zu leben, was dir die teuren Telefongespräche geben. Sie versuchten das Bedürfnis herauszufinden, das die Person hat, die das Geld ausgegeben hat.

HZ: Aber es gab keinen Beschluss, er solle die Telefongespräche sein lassen, sonst fliegt er raus.

GS: Nein, darauf hätte man sich nicht einigen können. Ähnlich war es auch mit diesem Geld, das angeblich aus der Kasse geklaut wurde. Man kann sich ja nicht selbst beklauen, höchstens sich nicht an die Regel halten, die Ausgaben aufzuschreiben. Wir haben denjenigen, der glaubte, es würde geklaut, gefragt, wen er sich am ehesten als Dieb vorstellen könnte. Wir haben uns das auch untereinander gefragt und es wären eigentlich alle als Dieb in Frage gekommen, nämlich jeweils diejenigen, die einem emotional am fernsten standen. Der Verdacht konzentrierte sich nicht auf eine Person, sondern ging quer durch die Gruppe.

HZ: Das muss ja für eine Gruppe sehr belastend sein.

GS: Das war auch belastend. Eine solche Beschuldigung ist sehr destruktiv. Man kann mit dieser Unterstellung eine Gruppe auch gefährden. Mir war es damals wichtig, den Schaden einer solchen Aussage möglichst gering zu halten, damit nicht mehr gegenseitige Beschuldigungen und gegenseitiges Misstrauen aufkamen. Indem wir aufzeigten, dass jeder jemand anders beschuldigen würde, geklaut zu haben, erwies sich der Verdacht als subjektiv und objektiv nicht begründbar. Auf diese Weise konnten wir den emotionalen Schaden in der Gruppe begrenzen, ganz unabhängig davon, ob tatsächlich ein finanzieller Schaden eingetreten war.

HZ: Das alles zeigt, wie extrem die Gruppe auf Vertrauen angewiesen ist. Misstrauen muss schon fast verboten werden.

GS: (lacht)

HZ: Vertrauen ist das Kapital dieser Gruppe.

GS: Das fand ich auch interessant. Es gab Personen, die hatten sozusagen ein angeborenes Misstrauen, sie waren anfällig dafür, anderen zu misstrauen. Sie verlangten, dass etwa der Getränkekegel abgeschlossen werde, damit ihn die Jugendlichen nicht leerräumen könnten. Wir mussten uns bemühen, dass dieses Misstrauen nicht die Oberhand gewann.

HZ: Aber man hätte ja tatsächlich den Bierkegel abschliessen, die offene Kasse abschaffen und allen Mitgliedern ein Taschengeld auszahlen können. So hätte man den Anlass für das Misstrauen aus dem Weg geräumt und hätte gelassen zum Alltag übergehen können. Warum wollte man das nicht? Warum wollte man sich weiter zwingen, sich gegenseitig zu vertrauen?

GS: Die Vorstellung, jedem eine Summe Geld zuzuteilen, um die Spannungen aus dem Weg zu räumen, gab es auch. Ich hätte das aber sehr schade gefunden. Es wäre so gewesen, wie wenn man sich in der Familie dafür ausbezahlen würde, dass jemand Geschirr spült. Das würde die Frage nach sich ziehen, wie viel jeder wofür bekommt, die wiederum zu endlosen Diskussionen geführt hätte. Auch wenn man allen gleich viel zuteilt, schafft man Ungleichheiten, weil die einen zum Beispiel noch für Kinder sorgen müssen, die anderen nicht. Nur ein Mitglied hatte sich das gewünscht und meinte, eine solche Verteilung wäre für ihn leichter auszuhalten gewesen als das praktizierte System, das aber von den meisten als ein grosser Freiraum empfunden wurde.

Gruppenidentität und Gruppengrenze

HZ: Hat dieses System, das so viel Vertrauen voraussetzt, die Identität der Gruppe bestärkt?

GS: Das kann gut sein. Es ist was anderes, wenn wir zusammen Geld verdienen und es gemeinsam ausgeben, als wenn jeder für sich Geld verdient und es für sich ausgibt. Da geht ja dieses Wir und dieses Zusammen-etwas-Hinkriegen verloren.

HZ: Mich interessiert an Gruppen, die untereinander den nichtliquidierenden Austausch praktizieren, dass sie eine Gruppengrenze definieren müssen. Es kann ja nicht irgendjemand kommen und sich bedienen. Die Gruppe muss klar definiert sein, die Gruppenidentität muss stark sein.

GS: Das war für mich auch interessant, wie die Gruppe dann eine Grenze zog wie ein Individuum. Ich hab manchmal wie einen goldenen Gartenzaun um die Gruppe empfunden. Wenn andere von ausserhalb etwas von uns wollten, dann mussten sie auch wieder bezahlen. So: «Diese Leute gehören nicht zu uns.»

HZ: Und seid ihr da streng gewesen?

GS: Da waren manche sehr streng. Die Gastfreundschaft ist unterschiedlich praktiziert worden. Es gab ja immer grossen Zulauf, ein grosses Interesse an der Kommune. Manche Besucher haben uns eher als gastfeindlich empfunden. Aber wir waren auch immer übersättigt von Besuchern.

HZ: War mit der starken Gruppenidentität nicht auch ein gewisser Konformitätsdruck verbunden? Du sagtest ja vorhin, du hättest dich gerne ein bisschen knalliger angezogen als die anderen und dass du deshalb in den Verdacht geraten bist, zu viel Geld zu brauchen. War es eine Erwartung, dass alle denselben Lebensstil pflegen?

GS: Es gab immer ein Spektrum der möglichen Lebensstile. Aber ich fand manches so streng und zu eng. Ich hab oft dafür gesorgt, dass mehr möglich wurde. Früher war es zum Beispiel ein Tabu, für sich selbst zu kochen. Im grossen Gemeinschaftsraum gab es für alle zu essen. Da konnte man morgens, mittags und abends hingehen. Dann gabs noch eine kleine Tagesküche, in der man privat einen Tee kochen oder ein Brot schmieren konnte. In dieser Teeküche habe ich eine Zeitlang intensiv für mich oder für ein paar Leute gekocht, auch wenn mir das Essen im Gemeinschaftsraum mal nicht geschmeckt hat, was nicht gern gesehen wurde. Am Anfang hat dieser Individualismus einige Leute ziemlich geärgert. Mich hat es immer gereizt, diesen engen, moralisierenden Rahmen zu erweitern. Die möglichen Lebensstile wurden einander durch einen ähnlichen Lebensstandard angeglichen. Es war klar, dass wir uns bei der Art und Weise, wie wir lebten und arbeiteten, gewisse Dinge wie grossartige Urlaube nicht leisten konnten. Wie in einer Familie, die auch Grenzen hat, was sie sich leisten kann und was nicht. Ich hab an den Monatsabrechnungen jeweils gesehen, ob das Geld gerade eher knapp oder eher reichlich war. Wenn es knapp war, habe ich mich ein wenig mit Ausgaben zurückgehalten. Auf diese Weise stellt sich ein gewisser Lebensstandard für alle ein. Sicherlich gibt es einen Konformitätsdruck, von dem ich annehme, dass er gruppenspezifisch ist. In anderen Gruppen gibt es den vielleicht auf einer anderen Ebene als in Kaufungen.

HZ: Du hast eben gesagt, dass du manchmal in dieser Teeküche für dich gekocht hast und die andern Mitglieder deshalb mit dir unzufrieden waren. Gab es einen Zwang zur Geselligkeit? Durfte man sich nicht absondern?

GS: Ich empfand keinen Zwang zur Geselligkeit. Das Problem war nicht, dass ich nicht mit den andern am Tisch sass, sondern dass ich mich zu sehr individualisiert habe, indem ich selbst kochte. Manche bekamen damals Angst um die Gruppe. Wenn zu viele alleine was machen, könnte die Gruppe auseinanderfallen. Tatsächlich hatten alle mehr als genug Gelegenheiten, im grossen Gemeinschaftsraum zusammensitzen. Niemand hätte gefordert, dass wir mehr zusammensitzen sollten. Man hat ohnehin den ganzen Tag zusammen gearbeitet, gegessen, Entscheidungen getroffen und hatte dann auch mal genug davon. Besucher haben sich oft gewundert, dass wir abends nicht zusammensitzen. Die meisten haben sich in ihre WGs zurückgezogen und sind dort zusammengesessen. Aber auch in den WGs war oft tote Hose. Ich selbst habe mich gerne auch nach aussen orientiert, meine Leute in Kassel getroffen. Mir wäre das sonst zu viel Gruppe gewesen. Immer die gleichen Leute, die gleichen

Ideen. Manchmal hats mich auch genervt, auf der Party immer die gleichen Leute zu treffen. Ich muss auch mal auf eine Party gehen können, wo ich andere Leute sehe.

HZ: Wer hat in einer solchen WG zusammengelebt? Gabs da wieder eine eigene Küche? Eine abschliessbare Wohnungstüre? Wie war das bei dir?

GS: In den WGs hatte jede Person ihr eigenes Zimmer. Manche Kinder hatten zwei Zimmer. Mein Sohn hatte in meiner WG ein Zimmer und in der WG seiner Mutter, die auch ein paar Jahre in Kaufungen war, noch eins. In den meisten WGs gabs einen Gemeinschaftsraum. Wohnungsschlüssel gabs da nirgends. Leute von aussen konnten rein, und ganz selten wurde auch geklaut. Jede WG hatte ein eigenes Bad, aber in den wenigsten WGs gab es eine Küche. Manche hatten eine Teekoch-Ecke. Es gab aber eine Tendenz, sich eine kleine Küche einzurichten. Ich machte das bei uns auch irgendwann, weil mein Sohn oft sagte, er hätte Lust, mit mir zusammen was zu kochen. Wir luden auch Leute zum Essen ein.

HZ: Aber in der WG gabs noch andere Leute ausser dir und deinem Sohn.

GS: Es gab noch mehr Leute. Die Idee war, dass man mit denen zusammenlebte, mit denen man sich am besten verstand.

HZ: Aber die WGs waren keine eigenen Haushalte mit eigenem Budget, sondern die Kommune war der gemeinsame Haushalt.

GS: Ja.

Eintritt und Austritt

HZ: Wenn man in der Kommune drin ist, ist ja alles, was man einnimmt und ausgibt, sozialisiert. Aber wenn man eintritt, tritt man da mit seinem ganzen Besitz ein oder bleibt ein Teil davon draussen?

GS: In Kaufungen war es so, dass man mit seinem Besitz eingetreten ist, den man dann sozialisiert hat. Auch die Schulden hat man sozialisiert. Es gab vorwiegend Ausbildungs- bzw. Bafög-Schulden, die sozialisiert wurden. Es gibt aber wenige Projekte, die das so machen. Die allermeisten Projekte lassen das Vermögen aussen vor, was aber zu ganz klassischen Konflikten führt. Weil sich die einen doch Sachen leisten können, die sich andere nicht leisten können.

HZ: Oder die Risiken eingehen können ...

GS: ... und die sich auch nicht so stark für ihre Bedürfnisse einsetzen müssen, weil sie es von woanders her bekommen.

HZ: Wie steht es mit Erbschaften? Wenn ein Kommunemitglied geerbt hatte, wurde das auch sozialisiert?

GS: Das wurde auch sozialisiert. Aber für manche tauchte infolge einer solchen Erbschaft die Frage auf: Will ich noch hierbleiben und das teilen?

HZ: Sind Leute ausgetreten wegen einer Erbschaft?

GS: Es kam damals nur zu ganz wenigen Erbschaften. Einer hat seine Erbschaft eingebracht. Ein anderer hat seine Erbschaft gleich an seine Kinder weitergegeben. Er hat sich ein bisschen rausgemogelt, auch wenn er selbst keinen Zugriff auf das Erbe mehr hatte.

HZ: Lebten denn die Kinder ausserhalb der Kommune?

GS: Nein, sie waren auch drin, sie waren erst zwei oder drei Jahre alt.

HZ: Aber waren die Kinder nicht auch Kommunarden und hätte das Erbe nicht doch sozialisiert werden müssen?

GS: Das war umstritten. Einige fanden das nicht richtig. Aber man hat ihn in Ruhe gelassen.

HZ: Wenn jetzt jemand in der Kommune leben wollte, aber nicht seine ganze Altersversorgung einbringen wollte, durfte er das?

GS: Nein. Es gab ein Mitglied, das sich eine Altersvorsorge angespart hatte und dem es wichtig war, dass er noch eine Altersvorsorge hatte, falls er wieder ausgetreten wäre. Er hat vertraglich ausgehandelt, dass ihm im Falle eines Ausstiegs Vermögen zur Altersabsicherung ausbezahlt wird, in der Höhe unabhängig vom Eingebachten, aber orientiert an seinem Bedarf. Sein Vermögen brachte er ein.

HZ: Du hast vorhin erwähnt, dass die Verwaltung in die staatliche Altersvorsorge der Mitglieder einbezahlt hat. Hattest du also nach deinem Austritt aus der Kommune ein individuelles Pensionskassenguthaben?

GS: Für mich wurde Geld für meine individuelle Altersvorsorge auf ein gemeinsames Konto zur Seite gelegt. Jedes Jahr wurde ausgerechnet, wie hoch meine Anteile an diesem gemeinsamen Guthaben waren. Mit dem Ausstieg aus der Kommune wurden mir diese Anteile dann mit einiger Verzögerung ausbezahlt. Für diese 18 Jahre waren das 24'000 Euro.

HZ: Nicht übertrieben viel.

GS: Das ist eigentlich zu wenig. Kaufungen war bekannt dafür, dass sie sich eine Altersvorsorge für ihre Mitglieder überhaupt leisten konnte. Vielen Gruppen ist das gar nicht möglich. Wir konnten das – aber auf einem bescheidenen Niveau.

HZ: Was war die Vision von Kaufungen für die Versorgung der Mitglieder im Alter? Hat man sich vorgestellt, dass mit der Zeit jüngere Leute nachkommen, die später mal die Gründergeneration versorgen?

GS: Nein, eine Vision war es, eine andere Lebensform auszuprobieren und aus vielen klassischen Zwängen herauszukommen. Sicher gab es Leute, die wollten, dass sie da alt werden und dass Jüngere nachziehen. Mit der monetären Absicherung versuchte man sich vom Nachzug Jüngerer unabhängig zu machen. Ich glaube, dass diejenigen, die dort alt werden, eine sehr gute Altersabsicherung haben.

HZ: Du warst jetzt 18 Jahre dort, hast geholfen, die Wohnungen auszubauen und die Schreinerei auszurüsten – wurde das bei deinem Austritt irgendwie abgegolten?

GS: Nein.

HZ: Und neue Leute, die reinkommen, müssen sich auch nicht einkaufen?

GS: Nein. Sie übernehmen, was man aufgebaut hatte.

HZ: Ist denn insgesamt der Wohlstand der Kommune gewachsen?

GS: Ja, das hat sich ziemlich in die Richtung entwickelt. Als ich damals hinzugekommen bin, gabs eine neu ausgebaute WG und ich dachte: Ist das nobel. Die gilt heute eher als eine einfache WG. Seit ich ausgetreten bin, wurde ein Haus ausgebaut. Als ich das gesehen habe, dachte ich, wow, ist das nobel, alles voll Bio, viel Platz, schön hell, viel neues Zeug, wenn auch von IKEA. Wir hatten damals das Geld nicht für neue Möbel. Die Waschbecken hat man sich in einem Lager geholt, Geld für neue Teppichböden war auch nicht da, man hat sich alte organisiert. Heute werden neue Linoleumböden für 40, 50 Euro pro Quadratmeter verlegt. Der Standard hat sich deutlich erhöht. Ob sich auch der Standard der individuellen Ausgaben erhöht hat, weiss ich jetzt nicht.

HZ: Was hast du dabei empfunden, als du die schön ausgebauten Häuser zurückgelassen hast?

GS: Für mich war es in der Zeit, als ich da gelebt habe, immer klar: Was wir machen, gehört allen, und ich kanns auch nicht mitnehmen. Das wird sozusagen vergesellschaftet. Mir ist erst danach aufgefallen, dass ich gehe und es so ist, wie wenn dir das Haus abbrennt. Weil man doch in bestimmten Lebensabschnitten Sachen ansammelt. Für einen Handwerker gehört es dazu, dass er sich von einem Teil des Einkommens Werkzeuge und Maschinen kauft. Mich als Handwerker traf es, dass ich gegangen bin und fast nichts hatte. Das heisst, ich musste erst mal gucken, wo krieg ich ne Stichsäge her, wo krieg ich nen Schleifer her, um überhaupt wieder was machen zu können. Der ganze Mehrwert, den ich geschaffen habe, der bleibt dort. Der ist mir verloren gegangen. Das finde ich im Nachhinein nicht richtig. Ich beginne fast wie ein Student oder wie jemand, der von zuhause auszieht, wieder von vorne.

HZ: Du bist im Grunde genommen als Kommunarde an diese Gruppe gebunden, und je länger du dabei bist, desto stärker bist du an sie gebunden und du verlierst umso mehr, je später du sie verlässt.

GS: Ja.

HZ: Das, was man sich aufbaut, ist eben auch diese Kommune, diese Gruppe.

GS: Ja.

HZ: Und dein Entschluss, dich dort herauszulösen, hat dich sehr viel gekostet.

GS: Ja, es ist so – in der Zeit, in der man da lebt, macht man Ausstiegsverträge, in denen ausgemacht wird, wie viel Geld du mitnimmst, wenn du aussteigst. Aber wenn du vor deinem Eintritt eine Ausbildung gemacht hast, z.B. als Ingenieur, und nach vielen Jahren wieder austrittst, bist du nicht mehr marktfähig. Viele Leute verlieren ihre Marktfähigkeit in der Kommune. Diesen Verlust der Markt-

fähigkeit kann die Gruppe den Aussteigern nicht bezahlen. Das ist ein Risiko, das man eingeht, wenn man eintritt. Leider ist mir auch die Bereitschaft, mich zu vermarkten, in der Kommune verloren gegangen, was mir das Leben danach auch viel schwerer macht. Damit schlepp ich mich immer noch rum, ich bin da ein bisschen verdorben.

HZ: Du hast mal erzählt, dass es für dich auch eine Erleichterung war, dass du wieder eigenes Geld verdient hast und es so ausgeben konntest, wie du wolltest und niemandem Rechenschaft schuldig warst.

GS: Ja, das war am Anfang so, ging aber ganz schnell vorbei: das Wegfallen des Zwangs, darüber nachzudenken, ob ich das jetzt verdient habe oder ob es andere verdient haben. Dafür kamen andere Zwänge, und die fand ich dann auch heftiger, so dass ich gedacht habe, da ist mir eine gemeinsame Ökonomie doch lieber.

Hierarchien und Konfliktlösung

HZ: Wie ist es gekommen, dass du schliesslich ausgetreten bist?

GS: Ich kann sagen, dass sich für mein Empfinden manche Leute zu sehr in mein Leben eingemischt haben.

HZ: Kannst du ein Beispiel geben?

GS: Das Haus, in dem ich lebte – das war ein Wohnblock, in dem zuvor Arbeiter aus der Türkei gelebt hatten –, wurde in der Zeit, als ich dort lebte, renoviert und aussen isoliert. Da gabs in jedem Zimmer zwei Fenster, ein grosses und ein kleines. Dieses kleine Fenster hat in einer Front, in der es sonst keine Fenster gab, viel Licht gegeben. Jemand anders war der Meinung, dieses Fenster sei nicht nötig, das könne man im Zuge der Renovation zumauern. Wenn man das einheitlich machen würde, könne Geld gespart werden. Ich fand dieses Fenster aber sehr schön. Ich hatte mir eine Ecke drum herum eingerichtet und dieses Fenster so genutzt. Natürlich bedeutete es einen grösseren Aufwand, das Fenster zu isolieren, eine Fensterbank zu machen und so weiter. Ich war der Ansicht, dass man dieses Geld ausgeben kann. Jemand anders war der Ansicht, man brauche es nicht auszugeben. So kann man sich ewig streiten. Ich war aber der Meinung, dass es mich viel mehr betrifft, wenn das Fenster zugemacht wird, als die Person, die nur Geld einsparen will. Ich habe darauf bestanden und mich auch durchgesetzt. Andere haben sich mit dem gleichen Anliegen nicht durchgesetzt und sich im Nachhinein über diejenigen beklagt, die sie gezwungen hatten, das Fenster zuzumauern.

HZ: Das war dann ungerecht.

GS: Das war dann vielleicht ungerecht, aber mir war es eben wichtig, das selber entscheiden zu können. Für mich gab es zu viele Sachen, die ich nicht allein entscheiden konnte ohne das Risiko, dass sich jemand einmischte und sagte, das finde ich aber Scheisse, was du da machst.

HZ: Deine Autonomie war dir zu stark eingeschränkt.

GS: Für mich hat sich das zu stark eingeschränkt angefühlt. Andere liessen sich von solchen Einmischungen weniger behelligen. Sie haben einfach gemacht, was sie wollten. Es lag vielleicht auch an mir, dass ich mich zu stark in meiner Autonomie eingeschränkt gefühlt habe. Es gab Leute, die über-

haupt kein Gefühl dafür hatten, wie weit sie die Autonomie von anderen einschränken. Für die war klar, dass man bereit sein musste, Abstriche zu machen, wenn man so lebt. Mir war es immer wichtig, die Freiheit möglichst gross zu halten, aber trotzdem zu versuchen, vieles gemeinsam zu machen. Dieser Ansatz hat mir in der Gruppe oft gefehlt. Das war aber nicht der Grund für meinen Ausstieg. Es gab Konflikte in der Zeit und dazu gehörte auch, dass sich Leute zu sehr einmischten, aber letztlich hatte ich einfach Lust, mal was anderes zu machen. Ich wollte nicht 25 oder 30 Jahre so weiterleben, mit dem gleichen Prinzip weiterarbeiten. Ich wollte gerne andere, losere Formen des Zusammenlebens ausprobieren – mit einer grösseren Auswahl an Möglichkeiten, mich mit anderen zu verbinden. Zum Beispiel eine gemeinsame Ökonomie mit jemand, mit dem ich aber nicht unbedingt zusammenleben muss. Das ist vielleicht sogar entspannter, als wenn ich mit der Person zusammenlebe.

HZ: Hast du dich aus der Kommune rausentwickelt oder hat sich die Kommune in eine Richtung entwickelt, die dir nicht mehr gepasst hat?

GS: Ich bin eher rausgewachsen. Massive Veränderungen, wie ich sie mir gewünscht hätte, sind in der Gruppe nicht zu machen. Es war für mich in Ordnung, sie ausserhalb zu suchen.

HZ: Gibt es in der Gruppe Leute, die tonangebend sind – Leaderfiguren, die eher entscheiden können, in welche Richtung die Gruppe geht, und andere, die das nicht suchen oder sich auch nicht durchsetzen können?

GS: Das würde ich auf jeden Fall bejahen. Es gibt Leute im Mittelfeld, die bewegen sich ziemlich entspannt, die können auch vermitteln, weil sie nicht unbedingt Position beziehen. Sie nehmen dadurch eine wichtige Rolle ein. Dann gibts Leute, die den innersten engen Rahmen vertreten, und andere, die dafür sorgen, dass der Rahmen auch weiter werden kann. Diejenigen, die den Rahmen möglichst konservativ und eng halten, möglichst wenig Veränderungen wollen, das sind eher klassische Männer, so Bauarbeitertypen, die ordentlich was schaffen, sich am Abend aufs Sofa schmeissen und sagen, so jetzt haben wir was geschafft. Sie fallen in klassische Verhaltens- und Denkmuster. Von anderen wiederum gibts Versuche, den Rahmen zu vergrössern, aber das geschieht nicht so laut. Das sind nicht diejenigen, die sich vorne hinstellen und sagen, so wirds gemacht. Ich war bei denen dabei, habe mich für diese Rolle entschieden. Diese Funktion wurde nach meinem Austritt von anderen schnell wieder übernommen.

HZ: Spielt es eine Rolle, ob jemand schon lange dabei war, um dominant auftreten zu können?

GS: Nein, es hat eher mit dem Auftreten zu tun, mit Selbstsicherheit: Ich hab die Ahnung. Davon lassen sich einige beeindrucken. Die Macht, die den Rahmen eng halten will, entsteht viel unbewusster als diejenige, die den Rahmen erweitern will.

HZ: Du hast als Beispiel für dominante Individuen Männer genannt.

GS: Es sind vorwiegend Männer, ja. Das Alter ist erst mal eher egal.

HZ: Spielen Frauen in diesen Auseinandersetzungen keine Rolle?

GS: Das würde ich so nicht sagen. Den inneren Rahmen halten tendenziell eher Männer. In den Auseinandersetzungen spielen die Frauen auf eine andere Art eine Rolle. Sie sagen nicht, so soll es sein,

so muss es passieren, sondern kümmern sich eher darum, dass die Auseinandersetzungen in irgendeiner Form stattfinden können – sie engagieren sich auf dieser Ebene, sorgen dafür, dass es wieder zu einem Verständnis füreinander kommt.

HZ: Wie kommt die Gruppe zu einer Entscheidung, wenn sie sich nicht einig wird?

GS: Als ich aus der Kommune wegging, hatten wir genau das Problem, was wir machen sollen, wenn wir uns nicht einigen. Zu meiner Zeit war das ein blinder Fleck – da war es klar, dass wir in dem Fall eben versuchen, uns zu einigen.

HZ: Bis ein Konsens da ist.

GS: Bis ein Konsens da ist. Meine Kritik war, dass sich so lang geeinigt wird, bis jemand nachgibt. Die, die am härtesten stehenbleiben, sind in der Regel diejenigen aus dem inneren Kreis, die setzen sich durch. Dadurch hat sich dort Macht angehäuft, obwohl Macht eigentlich abgebaut werden sollte. Das Konsensprinzip hat zum Teil Macht produziert, die in anderen Konstrukten so gar nicht hätte aufgebaut werden können.

HZ: Abgestimmt ist nicht worden?

GS: Nein. Und es gab Zeiten, da haben sich die Stursten durchgesetzt. Die anderen gaben nach und sagten, so leb ich halt damit. Später wurde über neue Entscheidungsverfahren diskutiert. Bevor ich wegging, kritisierte ich die bisherige Methode – es würde totdiskutiert, bis die eine Seite nachgab. Ich hab drauf bestanden, dass wir Wege der Trennung finden, innerhalb der Gruppe. Wir hatten zum Beispiel einen Konflikt in der Schreinerei. Da kam einer von den Alten, von den Konservativen, der uns ziemlich zu schaffen gemacht hat. Ich hab gesagt, wenn wir da nicht zu einer Einigung finden, fällt das Kollektiv auseinander. Das ist dann auch passiert. Wir haben Monate, ja Jahre versucht, zu einer Einigung zu finden. Ich sagte, lass uns gucken, ob wir eine Trennung hinkriegen, dass entweder er einen anderen Platz im Projekt findet oder wir. Ich wollte wissen: Was passiert, wenn wir uns nicht einigen können? Was machen wir, wenn wir mal keinen Konsens hinkriegen? Jetzt haben sie ein neues Prinzip ausgearbeitet. Wenn einer nicht will, dann heisst das noch nicht, dass es nicht passieren kann. Das finde ich eine gute Entwicklung, die zu meiner Zeit noch nicht möglich war. Damit ist sicher ein Stück Macht abgebaut worden.

Fortsetzung am nächsten Tag ...

GS: Was mir noch auffiel nach dem gestrigen Gespräch – dich hat das Thema der gemeinsamen Ökonomie ja sehr interessiert. Allgemein ist es das Thema, das Aussenstehende am meisten beschäftigt. Für die Mitglieder selbst war das gar nicht das zentrale Thema – es lief irgendwie so mit. Das Geld hatte für uns ja stark an Bedeutung verloren. Man musste nicht jedes Mal gucken, was kostet das, wenn ich jemand eine Fensterbank mache, jetzt als Beispiel. Dies finde ich einen wichtigen Aspekt, hinterher.

HZ: Was tritt in den Vordergrund, wenn das Geld nicht mehr so wichtig ist im Alltag?

GS: Na, die Beziehungen treten in den Vordergrund, die Konflikte auch, die auftreten, wenn man so viel miteinander organisiert, aber auch das, was es an Positivem gibt, in den Beziehungen, mit den Kindern zum Beispiel – oder mit der Notwendigkeit, sich mit sich selber auseinanderzusetzen, wenn

man so intensiv zusammenlebt. Diese Dinge hatten im Alltag eine sehr grosse Bedeutung, auch das Thema, das ich zuletzt erwähnte: Wer hat das Recht, sich wie weit in mein Leben einzumischen? Diese Dinge waren wichtig, und ich empfand es auch so, dass das Geld keine so grosse Rolle mehr spielte.

HZ: Kann man vielleicht sagen, dass die Leute in einem solchen Kollektiv einander stärker ausgesetzt sind, direkter, gewissermassen eins zu eins. Man kann sich weniger in geldvermittelte Verhältnisse zurückziehen. Man prallt gewissermassen ungeschützt aufeinander.

GS: Ja. Und da spielt die gemeinsame Ökonomie gewiss eine grosse Rolle. Man steht als ganzer Mensch miteinander im Austausch.

Kommentar

Aldo Haesler

«Jedem nach seinen Bedürfnissen, jedem nach seinen Interessen», so schilderte uns Ota Šik seine Definition des Sozialismus in einem seiner Doktorandenseminare über den «Dritten Weg» in den späten 1970ern an der Hochschule St. Gallen. Darin lag die Idee und die Hoffnung, ein Gemeinwesen aufzubauen, das nicht nach meritokratischen Tauschprinzipien (Leistung = Entgelt), sondern nach einem Ideal von Gemeinschaftlichkeit funktionierte, in dem die Bedürfnisse und Interessen jedes Einzelnen gewahrt blieben. Nebst Elementen einer makroökonomischen Planung, wie sie Šik als Finanzminister von Alexander Dubček zu realisieren versucht hatte, galt es die zwei höchst unterschiedlichen Prinzipien der Solidarität und der Individualität im Rahmen eines «Dritten Wegs», so Šiks Gesamtprojekt, zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft zu verwirklichen.

Interessant an dem hier gehaltenen Interview ist die Frage nach den Bedingungen und Konsequenzen einer solchen Gemeinschaftlichkeit. Schon die Wortwahl ist bezeichnend: Die Mitglieder dieser Wohn- und Arbeitsgemeinschaft nennen sich «Kommunarden». Es sind mindestens zwei historische Referenzen, die hier mitschwingen: einerseits die Pariser *Commune*, der 1871 stattfindende Aufstand eines Teils der Pariser Bevölkerung und die Ernennung eines sozialistischen Stadtrates (ein Experiment, dessen Niederschlagung über 30'000 Tote forderte); andererseits die Erinnerung an die Berliner Kommunen 1 und 2, jene relativ kurzlebigen, aber medial sehr viel Aufmerksamkeit produzierenden Versuche, ab 1967 alternative Lebensformen zu erproben. Es war nicht nur der Versuch, eine Gemeinschaft von «leidenschaftlich an sich selbst Interessierten», wie dies Dieter Kunzelmann, einer der Initianten der Kommune 1 (K1) von sich behauptete, aufzubauen, sondern eine solche Gemeinschaft exemplarisch als *geglückten* Versuch eines alternativen Lebensprojekts mit gesellschaftspolitischen Zielsetzungen und Auswirkungen zu erproben. Eine Kommune ist somit keine naturwüchsige, im Sinne von Ferdinand Tönnies auf einem «Wesenwillen» aufgebaute Gemeinschaft, sondern eine auf Praxis hinzielende solidarische Sozialform. Tönnies unterschied bekanntlich drei Formen der Gemeinschaftlichkeit: des Bodens, des Blutes und des Affekts. Die Kommune ist ganz offensichtlich eine affekt-geladene oder zumindest eine affinitäre Form von Vergemeinschaftung, wobei die Affinität eine praktisch-politische ist. Es geht ihren Mitgliedern nicht nur darum, aus einem ordinären Sozialleben auszusteigen, sondern die Realisierbarkeit eines alternativen Lebensstils über eine längere Zeitdauer hinweg unter Beweis zu stellen.

Roberto Esposito hat in seinem sehr lesenswerten Buch, «Communitas»³⁰, auf den etymologischen Kern des Wortes Gemeinschaft in unserer westlichen Denktradition hingewiesen: *communitas* komme von «cum munus», wobei unter «munus» das Amt, die Gabe, die Verpflichtung oder sogar die Bürde zu verstehen sei. Gemeinschaft entstehe aus der gemeinsamen Teilung einer Bürde oder einer Gabe – auf jeden Fall aber einer Selbstaufgabe, gar eines Opfers seiner Mitglieder. In dieser Perspektive sei Gemeinschaft keine wertvolle oder erstrebenswerte Eigenschaft, derer man sich rühmt, wie es heute in den zahlreichen kommunitaristischen Diskursen der Fall ist, sondern der Ausdruck eines Mangels oder einer Schuld, denen man mit dem Teilen des «munus» begegnet. Diese Abwertung des Gemeinschaftsgedankens ist auf Augustinus zurückzuführen, für den die einzig legitime Form von Gemeinschaft die Gemeinschaft mit Gott darstellt, die menschliche Gemeinschaft also eine herabgesetzte Form des menschlichen Zusammenlebens ist. Espositos Kritik gilt einem kommunitaristischen Heldengesang, der vermutlich romantische Quellen in sich trägt, jedoch den negativen Grundton, der in der westlichen Denktradition immer auch mitgeschwungen hat, vernachlässigt. Gemeinschaft

³⁰ Esposito, Roberto, 2004, *Communitas. Ursprung und Wege der Gemeinschaft*, Berlin: Diaphanes.

(*communitas*) gewährt zwar Schutz (*immunitas*)³¹, doch bevor sie dies kann, muss sie sich selbst schützen – und zwar nicht über Ausschlussmechanismen, sondern durch die Einverleibung eines abgeschwächten Erregers, wie Esposito zu zeigen versucht. Er bedient sich hier sichtlich einer biologischen Analogie, durch die der Immunisierungsprozess als eine Art Selbstvergiftung zur Darstellung kommt. Anders als in anderen Kulturen hat unsere Gemeinschaftsvorstellung also ambivalente Züge. Sie kommen von der semantischen Überfrachtung des Begriffs selbst, aus der Spannung zwischen einer Sehnsucht nach Gemeinschaftsglück und der Notwendigkeit, diesem Streben wieder Einhalt zu gebieten. Auch wenn man nicht allen Ausführungen Espositos folgen kann (eine Gemeinschaft trägt durchaus prosoziale Züge, ohne dass diese Züge romantische Verklärungen wären), kommen diese Ambivalenzen im Interview klar zum Ausdruck.

Einmal in der Figur des *Gastes*³². Es wird geschildert, wie selbstverständlich Hospitalität ist bzw. zu sein hat, aber im gleichen Zuge, wie die Gemeinschaft sich vor dem Gast in Schutz nehmen muss. Bedingungslose Hospitalität, wie sie im alten Griechenland der Fall war, würde die Kommune nicht nur dem Parasitismus aussetzen, sie würde fremde Elemente sich nicht einverleiben, sich gegen sie nicht immunisieren können. Deshalb das ständige Lavieren mit dem Gast: Soll man die Verweildauer des Gastes beschränken, soll man ihm besondere Räume zuordnen, soll man ihn zur Kasse bitten usw.? Das Problem ist die Unkontrollierbarkeit des Gastes. Dadurch, dass er keinen «munus» abgibt, aber Gastfreundschaft voraussetzt, ist er ein freischwebender Fremdkörper. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn er von der Kommune alsbald als eine Gefahr wahrgenommen wird. Dabei schwingt aber schlechtes Gewissen mit, will die Kommune doch gerade zeigen, wie alternatives Leben in Gemeinschaft möglich ist; und darunter fällt selbstverständlich die Bestrebung, durch Gastfreundschaft zu zeigen, wie weit weg man von der privatistischen Abzirkelung der Kernfamilie ist. Der Gast wird so zu einem kritischen Experiment: Die Kommune stellt ihre «Praxisrelevanz» (hier im strengen politischen Sinne von Praxis) unter Beweis, indem sie zeigt, wie offen sie sich dem Gast gegenüber gebärdet bzw. wie der Gast trotz des Bewusstseins einer Ambivalenz (zwischen *hospes* – lat. «Gast» – und *hostis* – lat. «Feind, Fremder») als Gast empfangen werden kann. Aber gleichzeitig ist sie sich bewusst, welche Gefahren solche «Selbstversuche» mit sich bringen können.

Kernstück des Interviews ist aber die Gemeinschaftskasse.³³ Ausdruck der Gemeinschaftlichkeit ist die Norm, alle Erträge dort einzuspeisen, unabhängig davon, ob einer viel oder wenig verdient bzw. gearbeitet hat. Hier funktioniert der gemeinsame Topf wie bei einer Klosterkasse. Die Norm ist unbestritten: Alle müssen geben und dies ohne Bedingungen. Die Konflikte entstehen aber bei der individuellen Entnahme aus dem Topf. Hier haben wir es mit dem Kernstück der gemeinschaftlichen Ambivalenz zu tun: Alle füllen die Kasse nach Kräften und mit grosser solidarischer Disziplin, aber jeder entnimmt ihr entsprechend seinen Bedürfnissen und Interessen. Nicht umsonst konzentriert sich das Gespräch auf diesen Aspekt. Der «kommunardische» Impetus zeigt sich zunächst darin, dass nicht nach Salden gedacht wird: Im Prinzip gibt es keinen individuellen Vergleich zwischen Einspeisung

³¹ So der Titel des komplementär zu *Communitas* zu lesenden Buches: Esposito, Roberto, 2004, *Immunitas. Schutz und Negation des Lebens*, Berlin: Diaphanes.

³² Auch hier empfiehlt sich eine wertvolle Lektüre, nämlich: Bahr, Hans-Dieter, 1994, *Die Sprache des Gastes. Eine Metaethik*, Leipzig: Reclam, sowie Bahr, Hans-Dieter, 2012, *Die Anwesenheit des Gastes. Entwurf einer Xenosophie*, Nordhausen: Bautz.

³³ Es gibt ein drittes Element im Interview, auf das ich nicht eingehen werde: der Wunsch nach Individualität in Kleidung und Wohnung. Diese Problematik kann unter dem Stichwort «Konformitätsdruck» abgehandelt werden, ist also ein universeller Gruppenprozess, der erst dann kritisch wird, wenn wir es mit «totalen Institutionen» (E. Goffman), wie Gefängnissen, Klöstern oder Internatsschulen, zu tun haben. Der Austritt aus der Kommune, obwohl mit sehr viel Leid verbunden, ist aber immer möglich. Sie ist also keine «totale Institution».

und Entnahme aus der Kasse. Die Kommune hat ein feines Gespür entwickelt, dass gerade hier, bei der individuellen Ab- und Anrechnung, der besitzindividualistische Privatismus anfängt. Beginnt man zu rechnen, beginnt man individuelle Bilanzen zu ziehen, ist das der Anfang vom Ende dieser Gemeinschaft. Überdies, welchen Sinn hätte eine solche Kasse, würde einer genauso viel einspeisen, wie er ihr entnimmt? Man könnte nun glauben, das sei eine durch die Gemeinschaft selbst fingierte Grosszügigkeit ihren Mitgliedern gegenüber; aber Gottfried Schubert schildert sehr genau, wie selbstverständlich diese Norm funktioniert. Denn sie will den Mitgliedern die Gelegenheit bieten, zu lernen, was ein «angebrachtes» Verhältnis zwischen Einspeisung und Entnahme ist. Dieses Thema darf nicht zur Debatte stehen, weil es zum Sozialisationsprozess in die Gemeinschaft gehört, dass jeder Kommunarde von sich aus und für sich lernt, dieses Verhältnis mit einer gewissen Toleranz zu gestalten. Auswüchse sind immer möglich, doch sie haben weniger mit Gier oder Egoismus zu tun als mit der Unfähigkeit, dieses Toleranzverhältnis zu verstehen und zu praktizieren. Denn es ist ein durchaus komplexer Prozess von Gabe und Gegengabe, der hier auf dem Spiel steht. Die Norm «man darf nicht rechnen» ist in vielen Belangen schwieriger zu verstehen als das Äquivalenzprinzip des wirtschaftlichen Tausches. Idealerweise darf nicht einmal davon geredet werden. Zwar wurde in der Kommune einige Male darüber debattiert, aber immer schwang dabei ein Unbehagen mit, es mit einem kritischen Thema zu tun zu haben, wo es sich doch empfohlen hätte, gerade dieses Thema mit Verschwiegenheit zu behandeln. Das Geld ist durchaus ein Fremdkörper, wie der Gast. Er bedroht die Gemeinschaft in ihrem Innern, führt aber gleichzeitig dazu, dass an ihm gelernt wird, welchen «munus» man ihr erbringen muss.

Diese Ambivalenzen – wir haben hier nur zwei ausgeführt – sind für jeden Einzelnen ein konstanter Lernprozess. Es ist ein höchst subtiles und schwieriges Lernen, das praktiziert wird: In einer vom Besitzindividualismus bestimmten gesellschaftlichen Umwelt muss jeder lernen, dass um der Aufrechterhaltung der Gemeinschaft willen *nicht gerechnet werden darf*, mithin akzeptiert werden muss, dass einige Mitglieder durchaus besitzindividualistisch ihrem eigenen Vorteil entsprechend rechnen mögen. Wir haben es hier mit *nichtliquidierenden* Transaktionen auf mesosozialer Ebene zu tun³⁴. Nicht liquidiert werden sollen hier nicht individuelle soziale Beziehungen, sondern das die Gemeinschaft bindende unsichtbare Band. Die Opfer («munus»), die dafür erbracht werden, sind allemal für den Einzelnen schwieriger zu beobachten und zu akzeptieren, als es bei intersubjektiven Interaktionen der Fall ist. So kann sich mit der Zeit bei einzelnen Mitgliedern ein Gefühl von Erschöpfung oder Sinnlosigkeit einstellen und sie dazu führen, für sich selbst eine Bilanz über all die in der Gemeinschaft verbrachte Zeit und die dafür eingebrachten «Investitionen» zu erstellen. Und gerade dann kommt die Rechnung wieder ins Spiel. Es gibt offenbar in Krisenmomenten keine erprobten Strategien, dieser letzten und oft fatalen Strategie aus dem Weg zu gehen. Man hat sich selbst und zum Nutzen der Gemeinschaft das Rechnen versagt; man hat Ungleichverteilungen aus der Kasse akzeptiert, wie man Gäste akzeptiert hat. Aber nun kommt die finale Abrechnung mit all diesen Akzeptanzen und dafür bietet eine Gemeinschaft, die auf praktisch-politischen Affinitäten beruht, wenig Hilfe.

³⁴ Wir folgen der Begriffsprägung von Heinzpeter Znoj, 1995, *Tausch und Geld in Zentralsumatra. Zur Kritik des Schuldbegriffes in der Wirtschaftsethnologie*, Berlin: Reimer, S. 124–131.

Beitragen auf dem Pappelhof

Sigrun Preissing

Das Projekt

Das Experiment der Bedürfnisorientierten Produktion (BOP) begann mit der Idee, Lebensmittel anzubauen und abzugeben, ohne dass die Empfängerinnen und Empfänger direkt eine Gegenleistung oder Geld entgegenbringen oder dies vereinbart wird. Dafür sollte eine Organisationsform entwickelt werden, die jenseits der Grenzen von entfremdeter Warenproduktion liegt. Die Frage, die sich stellte, war folgende: Wie kann eine Landwirtschaft aussehen, die nicht kommerziell ist, die sich gleichzeitig aber an den Bedürfnissen aller beteiligten Menschen orientiert und dabei selbstbestimmt und partizipativ betrieben wird?

Auf der Suche nach einer Antwort und einer praktischen Umsetzung begann das Projekt ab 2005 auf dem Pappelhof in der norddeutschen Altmark Form anzunehmen. Von Anfang an wurde versucht, möglichst viele Menschen in den Anbau und den Verzehr der Kartoffeln miteinzubeziehen. Zuerst umfasste das Experiment vier Bewohnerinnen und Bewohner auf dem Hof und etwa 150 bis 400 Gruppen, Projekte und Einzelpersonen aus der weiteren Umgebung. Bis 2012 wuchs die Gruppe auf zwölf Erwachsene an und das Netzwerk auf 200 bis 700 beteiligte Menschen und Gruppen. Die Zahlen variieren stark, weil es keine formalisierte Mitgliedschaft im BOP-Netzwerk gibt und die Personenanzahl je nach Definition unterschiedlich eingeschätzt wird.

Um überhaupt Landwirtschaft betreiben zu können, werden natürlich Land, Maschinen und Geld benötigt. Die Stiftung Latitüde (SL), zu der zwei weitere Projekte im Umkreis Berlins gehören, stellte der Gruppe Gelände und Gebäude leihweise zur Verfügung. Freunde und Bekannte, die das Experiment ermöglichen wollten, gaben Geld für die notwendigsten Maschinen und das Pflanzgut.

Das Projekt startete mit einem Aufruf zur Selbstorganisation. In diesem Schreiben wurden mögliche Mitstreiterinnen und Mitstreiter aufgefordert, ihren Bedarf an Kartoffeln für das kommende Anbaujahr zu schätzen und mitzuteilen. Einige Einzelpersonen und Gruppen meldeten sich zurück. Es ergab sich ein Gesamtbedarf von 4150 kg Kartoffeln. Entsprechend dieser Nachfrage richtete sich der Anbau im Jahr 2006 aus. Die Pappelhöferinnen und Pappelhöfer informierten regelmässig über das Geschehen und luden zur Mitarbeit ein. Gemeinsam mit ersten Mitstreiterinnen und -streitern pflanzten, striegelten und häufelten sie die Kartoffelpflanzen. Als Kartoffelkäfer auftauchten, halfen viele Menschen mit, sie abzusammeln.

Die Ernte sollte ebenfalls gemeinsam mit vielen geschehen. Sie sollte Raum bieten, sich kennenzulernen, miteinander zu diskutieren und sich zu organisieren. Während der ersten Kartoffelernte im September 2006 kamen von Tag zu Tag mehr Leute auf den Hof. Sie wollten sich entsprechend ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten in das Projekt einbringen. Wichtig war jedoch, dass das Annehmen der Kartoffeln und das Beitragen von Arbeitskraft, Zeit, Material, Geld und emotionaler Unterstützung voneinander entkoppelt blieben. Kaufen konnte man die Kartoffeln des Projektes nicht. So gab es Menschen, die die Lebensmittel nutzten, Personen, die sich stark im Projekt engagierten, und solche, die beides taten.

Die geerntete Menge an Kartoffeln im Jahr 2006 belief sich auf etwa 5 Tonnen. Einen Teil holten die Beteiligten direkt ab. Ein kleiner Teil wurde in Ein-Kilo-Säckchen abgepackt und über verschiedene

Wege unter die Leute gebracht. Die Idee dabei war, die Reaktionen zu verfolgen und zu dokumentieren, um zu schauen, welche Resonanz das Experiment auslöst.

In die Säckchen wurde zu den Kartoffeln ein «Beipackzettel» gelegt. Neben der Angabe von Sorte, Gewicht und Herkunft der Kartoffeln waren darauf folgende Informationen zu lesen:

«Zutaten: Solidarität, selbstbestimmte Mitarbeit, Organisation, Pflanzgut, Maschinen, Land. Nebenwirkungen: Die Annahme, Weitergabe und der Verzehr kann zur Entkommerzialisierung, Bildung von nichtwarenförmigen Freiräumen, zur Entschärfung von Privateigentum, zu kollektiver Verfügbarkeit an Produktionsmitteln, zur Durchbrechung der Warenproduktion sowie zur Unterstützung und Vernetzung von gesellschaftlichen-emanzipativen Initiativen und Projekten führen. Diese Kartoffeln sind nicht zum Verkauf produziert. Sie unterliegen dem Recht zur freien und unentgeltlichen Weitergabe, zur Weiterverarbeitung und zum Verzehr.»³⁵

Das Projekt BOP wuchs zwischen 2005 und 2012 stetig an. Es stieg nicht nur die Quantität der angebauten Kartoffeln und die Anzahl weiterer Lebensmittel, die inzwischen zusätzlich angebaut wurden. Auch die Qualität der Beziehungen hat sich positiv entwickelt. Es ist ein Netzwerk entstanden, in dem viele Personen in unterschiedlichem Ausmass und mit unterschiedlicher Intensität zum Gelingen der Bedürfnisorientierten Produktion beitragen. Manche Beziehungen sind verbindlich und stetig, andere lose. Die Einbindung der Bewohnerinnen- und Bewohnergruppe des Pappelhofs in das Netzwerk der deutschen Gemeinschaften und Kommunen hat sich in diesem Zeitraum gefestigt und war von gegenseitigen Beiträgen geprägt.

Es konnte tatsächlich erreicht werden, dass im Rahmen des Projektes eine Entkopplung von Geben und Nehmen stattfand. Die Beiträge der Beteiligten weiteten sich dabei aus. Es wurden längst nicht mehr nur Beiträge geleistet, die sich ausschliesslich auf die Kartoffelproduktion bezogen. Menschen aus dem Netzwerk trugen zu sogenannten «reproduktiven» Tätigkeiten bei, boten Dienstleistungen wie Moderation und handwerkliche Tätigkeiten an oder brachten Material ein, das für Haus und Hof benötigt wurde.

Innerhalb der Gruppe der Bewohnerinnen und Bewohner spitzten sich jedoch zusehends persönliche und inhaltliche Konflikte zu. Letztere drehten sich darum, welche Ausrichtung das Projekt und damit die Landwirtschaft in Zukunft nehmen sollte. Im Frühjahr 2012 löste sich die Gruppe auf. Ein gemeinsames Weiterführen des Projektes erschien ihr nicht mehr möglich. Die folgenden Interviews stammen aus der Phase vor der Trennung der Gruppe. Sie sind im Rahmen einer Feldforschung im Zeitraum von Dezember 2010 bis April 2013 entstanden.

Das Projekt der Bedürfnisorientierten Produktion wird seit 2012 mit anderen Schwerpunkten fortgeführt. Vor allem Beteiligte aus dem Netzwerk der BOP haben ab 2012 die Kartoffelernte übernommen und teilweise provisorisch auf dem Hof gewohnt. Seit 2013 gibt es mehrere Initiativen auf dem Pappelhof, deren Vertreterinnen und Vertreter unter anderem auch Gemüse und Getreide anbauen. Sie alle legen grossen Wert auf die sozialen Prozesse zwischen den Beteiligten. Das Projekt

³⁵ Basierend auf der Selbstdarstellung im Januar 2007 nach einem Jahr Bedürfnisorientierter Produktion. AutorInnenkollektiv, 2007, *Ein Jahr Nichtkommerzielle Landwirtschaft. Dokumentation und Auswertung*. (Unveröffentlichtes Dokument). Zum Text des Beipackzettels der Kartoffeln vergleiche AutorInnenkollektiv (2007: 26).

wird weiterhin über Menschen aus dem Netzwerk der BOP getragen. Einige ehemalige Bewohnerinnen und Bewohner sind in die Initiativen involviert, ihre vorherigen inhaltlichen Kontrahentinnen und Kontrahenten besuchen den Hof nicht mehr.

Das Gespräch

Sigrun Preissing unterhält sich mit ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohnern des Pappelhofs sowie einer Beteiligten aus dem Netzwerk der BOP. Alle Interviews finden vor der Auflösung der Gruppe der Bewohnerinnen und Bewohner statt. Die Namen Franziska, Doro, Gerda und Timo sind Pseudonyme.

Was ist Bedürfnisorientiertes Produzieren?

Sigrun Preissing: In eurem Projekt der Bedürfnisorientierten Produktion (BOP) möchtet ihr gezielt Geben und Nehmen entkoppeln. Was ist dieses «Bedürfnisorientierte» oder «Nichtkommerzielle» ganz konkret für dich?

Franziska: Dass Leute direkt kooperieren, etwas miteinander machen, das mit ihrem Leben zu tun hat – mit ihrer Versorgung, Ernährung. Dabei entstehen unvorhergesehene Dinge, Möglichkeiten und Kontakte. Wenn man zusammen eine Grube aushebt oder zusammen Möhren verzieht oder an irgendeiner Baustelle etwas macht oder Gemüse verarbeitet. Über den Kontakt, den man mit den Leuten hat, ergeben sich oft neue Möglichkeiten, was man zusammen machen kann.

Sigrun: Fällt dir ein konkretes Beispiel aus dem Alltag auf dem Pappelhof ein?

Franziska: Zum Beispiel hatten wir eine grosse Sommerbaustelle, deren Versorgung ich organisiert hatte. Unter den Leuten, die ich eingeladen hatte, um für die ganze Baustelle zu kochen, befand sich eine Frau aus Oranienburg. Sie war noch nie auf dem Hof, bezieht aber schon lange Kartoffeln. Sie hat ein Keramikatelier in Oranienburg. Diese Frau hat bei uns eine Tasse mit einer ganz bestimmten Glasur gesehen. Es hat sich herausgestellt, dass sie die Glasur entwickelt hat. Als ich ihr sagte, dass ich gerne mal drehen würde, meinte sie: «Ja, dann kommst du mal vorbei und machst du mal, ich bring' dir das bei. Wenn du das vier Tage am Stück machst, kannst du das.» Das ist für mich das Tolle, dass es so selbstverständlich ist, dass man sich gegenseitig was ermöglicht oder etwas zusammen macht, ohne zu fragen, was das kostet. Das ist das Bedürfnis der Leute – etwas auf diese Weise miteinander zu machen.

Motivationen der Bewohnerinnen und Bewohner

Sigrun: Das heisst, die Idee der Bedürfnisorientierten Produktion beruht für dich eher auf der Entwicklung eines Netzwerks an sozialen Beziehungen und weniger auf der gemeinsamen politischen Idee?

Franziska: Die Beziehungen stehen für mich persönlich im Vordergrund. Ich würde lügen, wenn ich das politisch aufblasen würde. Wobei der politische Aspekt auch wichtig ist. Aber das ist nicht mein Schwerpunkt.

Sigrun: Du hast ja damals 2005 mit drei anderen gemeinsam das Konzept des Projektes geschrieben.

Franziska: (lacht) Ja, klar.

Sigrun: Wie seid ihr damals auf die Idee gekommen, ein Projekt zu starten, in dem Geben und Nehmen entkoppelt ist? Das ist ein wesentlich radikalerer Ansatz, als auf Stundenbasis oder Punktebasis Leistungen gegeneinander zu tauschen, wie etwa in einem Tauschring.

Franziska: Damals haben wir viele Texte zusammen gelesen über Wertkritik. Das fand ich spannend. Ich habe mir gedacht, dass wir hier die Möglichkeit haben, den grossen Luxus auch, so etwas auszuprobieren. Aber es war damals überhaupt nicht klar, ob es wirklich so viele Leute auch spannend finden und mitmachen würden.

Sigrun: Und bist du zufrieden damit, wie sich das Experiment entwickelt hat?

Franziska: Ich bin zufrieden. Ja, auf jeden Fall.

Sigrun: Timo, du bist etwas später zur Bewohnerinnen- und Bewohnergruppe auf dem Pappelhof gestossen als Franziska. Warum bist du hierher gekommen? Du hättest dich doch auch beteiligen können, ohne auf den Hof zu ziehen.

Timo: Der Grund, warum ich gekommen bin, war auf jeden Fall die BOP. Ich hatte in einem Verlag gearbeitet und bin dann arbeitslos geworden. Ich hatte Zeit und Lust, auf den Hof zu gehen, und bin geblieben. Von Anfang an hatte ich kein spezielles Interesse an der Landwirtschaft und eigentlich auch nicht am Bauen. Das interessiert mich an sich nicht. Was mich interessiert, ist diese Form, nicht-kapitalistisch zu produzieren, zu vergesellschaften. Das ist der Grund, warum ich immer noch hier bin.

Sigrun: Wie hattest du vom Projekt gehört?

Timo: Ich kannte Lars und Andreas (zwei Bewohner des Pappelhofes). Schon länger war ich in solchen Kreisen, schon immer eigentlich. Aber ich war nie in einer Gruppe oder habe politische Arbeit gemacht. Mir war das immer zu negativ. Ich hatte keine Lust, mich gegen etwas zu ereifern. Das fand ich bei der BOP gut, dass es nicht darum geht, zu motzen, sondern wirklich zu probieren, als Linke eine alternative Produktion aufzubauen. Es gibt genug Leute dazu – eindeutig. Ja, es geht tatsächlich darum, diese Werte auszuprobieren.

Sigrun: Und wie ist es in der Praxis, was sind deine konkreten Tätigkeiten hier?

Timo: Ich mache in der Landwirtschaft mit.

Sigrun: Obwohl du eigentlich kein direktes Interesse an Landwirtschaft hast?

Timo: Genau. Ich mach' es, weil es BOP ist. Das könnte auch eine Tischlerei sein, es könnte auch etwas anderes sein, ich würde es, glaube ich, auch machen. Es geht mir tatsächlich um den Sinn dahinter.

Sigrun: Und du, Doro? Was war deine Motivation, auf den Pappelhof zu ziehen?

Doro: Ich war zuvor schon in zwei anderen Gruppen. Andreas und ich wollten in einer Gemeinschaft leben und uns nicht ökonomisch abhängig machen von Lohnarbeit. Wir wollten selbstbestimmt arbeiten, uns mit anderen auseinandersetzen. Wir wollten nicht in einer Kleinfamilienstruktur hängen

bleiben, wo wir uns umeinander und miteinander drehen. Wir wollten in sozialen Beziehungen vielseitig sein und nicht nur aufeinander konzentriert. Es ging um Selbstbestimmung und wir hatten die Vorstellung, dass wir etwas machen wollen, das uns unabhängig macht von der Marktwirtschaft. Dazu gehört auch eine Gemeinsame Ökonomie. Deshalb hat uns, glaube ich, diese Netzwerkidee so angesprochen. Ich bin hierher gekommen, weil ich Lust hatte, mich auszuprobieren, lernen zu dürfen, vielleicht auch selbstbewusst mir neue Bereiche aneignen zu können. Und dass mein Kind in einer Gemeinschaft aufwächst und weiss, dass andere Menschen auch anders ticken als wir. Dass hier auf dem Pappelhof Landwirtschaft gemacht wird, hat mich nicht speziell angezogen. Landwirtschaft interessiert mich ziemlich wenig.

Sigrun: Dann waren für dich die sozialen Beziehungen und gemeinsamen Werte ausschlaggebend, um dich für den Pappelhof zu entscheiden?

Doro: Wir hätten auch in eine andere Gemeinschaft gehen können oder in gar keine. Als einzelnes Projekt hätte ich den Pappelhof nicht so attraktiv gefunden. Mir war wichtig, dass es wirklich ein Hof, ein Projekt, eingebettet in ein grosses Netzwerk, ist. Wie das Prinzip der Landkooperativen von Gran Tempo. Dazu gehören mehrere Projekte, die sind alle total vielfältig, bestimmt durch die Leute, die da leben. Dort ist es auch möglich, bei einem anderen Projekt mitzumachen oder monatelang dabei zu sein. Wir waren oft dort und haben mitgearbeitet. Ein solch grosses Netzwerk schafft Unabhängigkeit, vielfältige Möglichkeiten zur Entwicklung und eben auch vielfältigste soziale Beziehungen. Etwas, bei dem man seine Stärken ausleben kann. Das ist nicht wie in der Arbeitswelt, in der man in einer Position oder einem Bereich eingeschränkt wird.

Sigrun: Wenn ein Projekt so offen ist, und von den Interessen der Beteiligten abhängt, kann es sich ja manchmal auch in unvorhergesehene Richtungen entwickeln. Gibt es für dich, Franziska, Bereiche, die dich besonders interessieren? Eine Richtung, in die du das Projekt weiterentwickeln möchtest?

Franziska: Was ich superspannend finde, ist die Kooperation mit anderen Projekten, also gerade mit der europäischen Landkooperative Gran Tempo, Wir schauen, wo wir uns gegenseitig unterstützen können. Ich fahre jedes Jahr eine Woche in die Kommune Klötze zum Mosten. Das ist eine Zeit, die mir sehr wichtig ist, um meine Kontakte zu pflegen mit den Leuten, aber auch, um einen Beitrag zu leisten für diese «Mostgeschichte». Den Apfelsaft würden wir auch so bekommen, aber es ist mir wichtig, etwas beizutragen. Genauso, als ich kürzlich in Frankreich war, in einem Projekt von Gran Tempo, in Morlaix, in einer Spinnerei. Das ist total abgefahren, was die da machen.

Sigrun: Du hast mir erzählt, dass in Morlaix Strickwaren aus eigener Schafwolle hergestellt und unter anderem auch verkauft werden. Dort hast du während deines Aufenthalts an den Strickmaschinen Kleidung für euch auf dem Pappelhof hergestellt und dafür neue Modelle entworfen. Ich habe in Erinnerung, dass die Leute in Morlaix sich sehr darüber gefreut haben, dass sie nun mal wieder andere Kleidungsmodelle herstellen und anbieten können.

Franziska: Ja, und da habe ich auch gesehen: «Okay, ich kann was beitragen.» Das ist was, das mich anspricht. Ich mag gern Win-win-Situationen und die erlebe ich ganz häufig hier. Was ich schön fände, wäre, wenn BOP nicht nur ein pappelhofbezogenes Ding wäre, sondern wenn es Nachahmer gäbe, die etwas Ähnliches initiieren.

Sigrun: Wenn ich mich in Deutschland in der Gemeinschafts- und Kommuneszene bewege, fällt in Diskussionen oft der Name «Pappelhof». Euer Experiment hat in der Auseinandersetzung um Beitragen und Tauschen meiner Erfahrung nach eine grosse Ausstrahlung. Welche praktischen Nachahmerinnen und Nachahmer sind denn in direktem Kontakt mit euch?

Franziska: Es gibt zum Beispiel eine Gruppe in Eberswalde, die ein Gartenprojekt führt. Und in Österreich gibt es ein paar Gruppen, die Ähnliches versuchen wollen wie wir. Oder auch Backgruppen. In Erfurt gibt es eine Backgruppe, die unser Getreide verarbeitet und die Brote dann verteilt.

Sigrun: Gibt es wirklich kein Gegenrechnen? Bekommt die Backgruppe so viel Getreide, wie sie möchte?

Franziska: Ja. Wenn wir es haben, dann können immer alle so viel haben, wie sie brauchen.

Beteiligung aus dem Netzwerk der BOP

Sigrun: Gerda, du bist aus dem BOP-Netzwerk und aus der Backgruppe in Erfurt, von der Franziska gesprochen hat. Im Moment seid ihr auf dem Hof an der Kartoffelernte und es kommen täglich jede Menge Menschen, um die Kartoffeln aus der Erde zu holen, zu sortieren, abzupacken und einzulagern. Was ist deine Motivation, gerade hier zu sein?

Gerda: Vor allem, um nochmal Urlaub zu machen, bevor ich jetzt ins Arbeitsleben starte. Und wegen der Kartoffelernte. Wir bekommen ja unsere Kartoffeln vom Pappelhof und mir macht das voll Spass, auf dem Acker rumzukriechen. Ich lern' hier immer spannende Menschen kennen. Ich komme, weil ich die Idee der BOP spannend finde. In Erfurt habe ich unsere Brotbackgruppe überzeugt, dass wir das Getreide vom Pappelhof übernehmen und dadurch einen ideologischen Link setzen.

Sigrun: Du hast mir erzählt, dass du in Erfurt mit mehreren Menschen regelmässig Brote aus dem Getreide vom Pappelhof bäckst und ihr diese unentgeltlich an Personen aus eurem Umfeld abgibt. Das Entkoppeln von Geben und Nehmen habt ihr von der BOP übernommen. Die Leute können bei euch unabhängig davon, ob sie Brot erhalten und wie viel sie erhalten, etwas zum Entstehungsprozess beitragen. Nicht mehr zu tauschen, sondern beizutragen, ist etwas, was in der Familie oder unter nahen Freundinnen und Freunden meist leicht geht. Aber wie ist das in einem grösseren Kontext für dich? Welche Erfahrung machst du mit dem Geben und Nehmen im BOP-Netzwerk?

Gerda: Am Anfang fiel es mir ganz schön schwer, hier einfach fünf Tonnen Getreide zu nehmen und zu sehen, wie viel die Leute dafür schufteten. Das geht inzwischen, das Annehmen. Aber wenn ich hier bin, hab' ich immer den Impuls, viel reinzugeben. Geld nicht, weil ich das nicht hab', aber herzukommen, mitzuhelfen und zu unterstützen. Ich fühle mich vor mir selbst verpflichtet, weil ich sehe, was hier an Arbeit geleistet wird. Aber ich kann gut einen halben Tag Pause machen, mit Leuten spazieren gehen und mich abgrenzen, das geht auch.

Sigrun: Hat sich dein Verhältnis zu Geben und Nehmen verändert, seit du hier in der Bedürfnisorientierten Produktion dabei bist?

Gerda: Es ist entspannter geworden. Ich hab' kein schlechtes Gefühl etwas zu nehmen. Aber es macht auch Spass etwas zu geben. Es hat viel von der Tauschlogik verloren. Inzwischen rechne ich nicht mehr aus, wie viel ein Sack Kartoffeln eigentlich kosten würde.

Sigrun: Damit diese Art der Produktion funktioniert, sind sehr viele Beiträge materieller, tatkräftiger und emotionaler Art notwendig. Wie gross schätzt du deine eigene Beteiligung ein?

Gerda: Eigentlich nicht besonders hoch. Ich bin auch nicht oft hier. Vielleicht das vierte oder fünfte Mal dieses Jahr und dann für ein paar Tage oder eine Woche.

Sigrun: Ich finde, das ist doch viel Zeit. Wie kommst du zu der Einschätzung, dass das keine hohe Beteiligung ist? Setzt du das, was du hier beiträgst, in Relation zu dem, was du bekommst?

Gerda (lacht): Nee, gar nicht. Sonst müsste ich die ganze Zeit ein schlechtes Gewissen haben. Ich kann das gut entkoppeln, weil ja unser ganzes Haus vom Pappelhof etwas bekommt und die anderen aus unserer Gruppe auch immer wieder hier sind.

Sigrun: Timo, von dir weiss ich, dass du mit der Beteiligung der Leute von ausserhalb des Hofes oft nicht so zufrieden bist. Wie schätzt du denn die Beteiligung insgesamt ein?

Timo: Die ist relativ gering, das ist ein Fazit aus fünf Jahren BOP. Es hat nicht so gut geklappt, dass sich Leute verbindlich an dieser Produktion beteiligen. Es gibt die Brotbackgruppe und es gibt Einzelne, zehn oder zwölf Leute, die sich verbindlich engagieren. Das ist super, das ist richtig gut. Aber für die Reichweite, die die BOP hat, ist das wenig. Ich denke mir immer: «Wo sind die denn alle?» (lacht)

Sigrun: Es ist ja auch ein Teil des Lernprozesses in diesem Projekt, zu erfahren, wie eine selbstorganisierte Produktion für so viele Menschen funktioniert. Ich kann mir vorstellen, dass es dauert, bis Menschen sich darin zurechtfinden. Glaubst du, dass sich die Beteiligung mit der Zeit noch verändert?

Timo: Ja. Das glaube ich schon. Es ist eine Frage der Kommunikation. Ich denke, man muss erst begreifen, welche Gestaltungsmöglichkeiten man in der BOP hat. Dass man hier z.B. Landwirtschaft machen kann, auch wenn man Bibliothekswissenschaften studiert hat. Ist überhaupt kein Thema.

Sigrun: Und du, Franziska, scheinst eher zufrieden mit der Beteiligung aus dem Netzwerk zu sein. Sind es aus deiner Sicht viele Menschen, die zum Projekt beitragen?

Franziska: Ja, das sind total viele! Aber es ist unterschiedlich. Zu einigen hat man einen kontinuierlichen Draht und andere sind nur einmal hier. Es finden intensive Gespräche statt, man macht was Schönes zusammen, schafft gemeinsam etwas und freut sich darüber. Insgesamt sind das ziemlich viele.

Sigrun: Ich frage mich, was die Motivation der Leute ist, sich an der BOP zu beteiligen. Kartoffeln und Getreide sind ja eher günstige Produkte im Supermarkt oder beim Biobauern. Der ökonomische Eigennutz treibt sie sicherlich nicht an. Hast du den Eindruck, die Personen aus dem Netzwerk kommen hierher, weil sie bereits eine persönliche Beziehung zu euch haben? Oder sind es eher gemeinsame Werte, eine kapitalismuskritische Haltung, das Gefühl, an einer gemeinsamen politischen Idee mitzuwirken?

Franziska: Ich denke, viele kommen wegen der BOP-Idee und sind dann angetan, dass wir ganz nett sind; dass wir keine «Politchecker» sind, bei denen man sich erst mal beweisen muss; dass es entspannt ist hier. Zu bedenken ist auch, dass die Leute einen ganz anderen Alltag, eine andere Lebenswirklichkeit haben. Es ist einfach ein schönes Erlebnis, wenn man mit vielen Händen etwas macht. Am Ende des Tages ist man zwar fix und fertig, freut sich aber daran, was man gemeinsam geschafft hat. Das sind schon sehr schöne Erlebnisse.

Sigrun: Wenn ich dich richtig verstehe, sind mehrere Faktoren dafür entscheidend, dass Menschen zum Projekt beitragen möchten: eine übereinstimmende Vorstellung von dem, was gutes Leben bedeutet, persönliche Begegnungen und das gemeinsame Tätigsein. Letzteres scheint in einem kompensatorischen Verhältnis zum Alltag derer zu stehen, die auf den Hof kommen.

Franziska: Ein Beispiel, das ich immer gerne erzähle, weil ich das einfach so herzig fand, betrifft unsere Baustelle da drüben. Wir mussten in die Wände neue Steine einbauen – alle 80 cm. Dazu brauchst du einfach einen Maurer, der das kann. Wir hatten eine Rundmail an unser Netzwerk geschickt, worauf Moritz aus Oranienburg zu uns kam. Er hatte schon drei Jahre lang unsere Kartoffeln gegessen und war noch nie bei uns. Er meinte: «Ich bin Maurer und ich würd' jetzt kommen und das für euch machen.» Er war drei oder vier Wochenenden hier und hat gemauert. Er hat sich gefreut, dass er was beitragen kann. Das war so toll. Wir hätten sonst jemanden holen und dafür Geld bezahlen müssen. Da merke ich auch, das ist was, da hab' ich überhaupt keine Lust mehr drauf! Leute zu engagieren, die für mich was machen, und ich zahl' dafür Geld. Das langweilt mich.

Finanzierung der Bedürfnisorientierten Produktion

Sigrun: Ich kann gut verstehen, dass es nicht passt, Menschen für Dienstleistungen zu bezahlen, wenn es dir um ein Netzwerk von sozialen Beziehungen geht. Bezahlen hat ja etwas sehr Trennendes. Trotzdem ist die BOP kein geldfreies Projekt. Für welche Transaktionen benötigt ihr Geld und woher kommt dieses Geld?

Timo: Wenn es um externe Sachen wie zum Beispiel Reparaturen geht, laufen die warenförmig, sonst bekommst du sie nicht. Das ist ein Problem in der BOP, dass sie sozusagen im Widerspruch mit sich selber steht. Im kapitalistisch-ökonomischen Sinn verbraucht sie ja nur (lacht), sie spielt nichts ein.

Sigrun: Dadurch, dass ihr nichts verkauft, habt ihr keine Einnahmen durch die Produktion. Aber die benötigte Summe an Finanzmitteln muss bei einer Nahrungsmittelproduktion für 800 Menschen doch ganz schön hoch sein.

Timo: Die finanzielle Lücke in der BOP soll die «Schotter für den Acker»-Kampagne schliessen. «Schotter für den Acker» ist jetzt bei 7000 Euro jährlich, zwölf bräuchten wir tatsächlich. Wir sind immerhin in der Nähe (lacht).

Sigrun: Das heisst, 7000 Euro im Jahr werden durch die Kampagne «Schotter für den Acker» von einigen Menschen aus dem BOP-Netzwerk beigetragen und wenn es 12'000 Euro wären, könntet ihr auf die EU-Agrarsubventionen verzichten?

Timo: Das würde tatsächlich die Lücke schliessen. Damit könnten wir arbeiten, ohne Mangel zu leiden, und uns auf die wichtigen Dinge konzentrieren. Das wäre eine konsequente Beitragsökonomie im Projekt.

Sigrun: Ihr habt hier auf dem Pappelhof noch eine Besonderheit in der Finanzstruktur, die sich von der Gemeinsamen Ökonomie in Kommunen deutlich unterscheidet. In der Regel ist die Gemeinsame Ökonomie aller Kommunardinnen, Kommunarden und die des Projektes identisch. Ihr habt euch für eine andere Aufteilung entschieden. Ihr habt mit zwölf Erwachsenen und sechs Kindern in der Bewohnerinnen- und Bewohnergruppe eine Gemeinsame Ökonomie. Und relativ unabhängig davon organisiert ihr die Finanzierung der BOP mit den Leuten aus dem Netzwerk.

Franziska: Das war ganz bewusst so gewählt. Wir hatten von Anfang an die Idee, dass das, was die Leute beitragen, im günstigsten Fall irgendwann unsere Lebenskosten finanziert. Aber das war nicht unser oberstes Ziel. Wir hatten uns entschieden, die beiden Bereiche erst einmal voneinander zu trennen, damit wir frei sind, unsere Produkte abgeben zu können. Wir wollten lieber über Patenschaften zusätzlich Geld für unsere Lebenskosten erhalten. Das ist nicht viel, ich glaube, das sind momentan vier- oder fünfhundert Euro im Monat.

Sigrun: Ich stelle mir eine klare Trennung zwischen eurer Gemeinsamen Ökonomie in der Bewohnerinnen- und Bewohnergruppe und dem finanziellen Kreislauf der BOP schwierig vor. Die Autos zum Beispiel benutzt ihr für euch als Bewohnerinnen und Bewohner und im Projekt. Aus dem Gemüsegarten etwa versorgt ihr sowohl euch als Gruppe wie auch die Besucherinnen und Besucher aus dem Netzwerk.

Franziska: Ja. Man kann das eigentlich gar nicht so klar trennen. Was ist Bewohnerinnen- und Bewohnergruppe, was ist BOP, was ist Landwirtschaft? Das ist alles nah miteinander verwoben. Die Leute, die dauernd hierherkommen, die leben ja mit uns. Und die Baustellen, die man hier macht, erleichtern uns Bewohnerinnen und Bewohnern natürlich das Leben. Glücklicherweise! Andere nutzen das aber auch mit. Eine klare Trennung ist schwierig. Ich finde, es muss gar nicht so getrennt werden.

Gemeinsame Alltagsökonomie der Bewohnerinnen und Bewohner

Sigrun: Ich würde gerne nochmal einen Schritt zurückgehen und wissen, wie die Gemeinsame Ökonomie eurer Gruppe funktioniert.

Franziska: Alles, was an Einnahmen reinkommt, verwalten wir zusammen. Eigentlich sollte es so sein, dass Anfang des Monats das Geld in die gemeinsame Kasse kommt. Was in den seltensten Fällen funktioniert. Bei mir funktioniert es deshalb nicht, weil über mein Konto viele Überweisungen abgewickelt und Bahntickets über meinen Account gekauft werden. Ich zahle daher immer erst Mitte des Monats ein: Andere vergessen es halt. Aber im Grossen und Ganzen passt das schon. Es ist zwar total wenig Geld, aber ich habe den Eindruck, dass die Leute verantwortlich damit umgehen.

Sigrun: Wenn man den Begriff «Ökonomie» weiter fasst als in der Marktökonomie, gehören dazu alle Tätigkeiten, die es benötigt, einen gemeinsamen Haushalt im weitesten Sinne zu bestreiten. Auch jenseits der Arbeit, die man gegen Geld nach aussen verkauft. Wie verteilt ihr unter den Bewohnerinnen und Bewohnern die sogenannten reproduktiven Tätigkeiten? Ich weiss, dass es zum Beispiel einen Kochplan gibt, in den sich alle erwachsenen Bewohnerinnen und Bewohner verbindlich einmal wöchentlich zum Kochen eintragen.

Franziska: Essen kochen, das klappt streckenweise ganz gut. Wenn unser Putztag eingehalten wird, dann ist das auch okay. Aber manche Leute haben dann eben Wichtigeres zu tun (lacht) und verges-

sen, am nächsten Tag zu putzen. Ich finde einen Putztag ganz schön, wenn alle putzen. Es macht mehr Spass und du hast danach die Illusion, dass es aufgeräumt ist.

Doro: Bei der Reproduktionsarbeit gibt es für mich zwei Seiten: Es gibt die einmaligen Aktionen und es gibt den Dauerbetrieb. Den Dauerbetrieb nehme ich so wahr, dass ihn meistens die gleichen unterhalten. Es sind immer die gleichen, die Geschirr in die Spülmaschine einräumen und sie anschmeissen, und es sind immer die gleichen, die ihr Geschirr einfach oben draufstellen. Ich nehme es so wahr, dass fast alle Frauen im Haushalt regelmässig etwas machen. Bei den Männern sind es dann eher die Hau-ruck-Aktionen, wie der Putztag, wo sich dann ab und zu (lacht) ein paar beteiligen. Ich kontrolliere ja aber nicht, wer wo wann putzt.

Wert und Wertschätzung

Sigrun: Reproduktive Tätigkeiten haben in unserer Gesellschaft insgesamt keinen hohen Stellenwert. Die Mainstream-Ökonominen und -Ökonomen zählen sie nicht zur Ökonomie und im Alltag werden sie auch oft wenig wertgeschätzt im Vergleich zu den produktiven Tätigkeiten, die Geld in die Familienkasse spülen. Das könnte bei euch im Projekt ja anders sein, da alle Tätigkeiten beigetragen werden und nicht im Austausch gegen Geld geleistet werden. Wie steht es denn mit der Wertschätzung für die reproduktiven Tätigkeiten?

Doro: Bei diesen Tätigkeiten gibt es zum einen unterschiedliche Bedürfnisse. Den einen ist es total wichtig, sie brauchen es für ihre innere Ordnung. Es gibt andere, die sehen es gar nicht. Denen ist es nicht zu dreckig und sie finden es nicht wichtig. Wir hatten neulich das Thema in der Mediation, da wollten wir uns darüber unterhalten, was auf diesem Hof notwendig ist. Da wurde zum Beispiel gesagt: «Also, mit notwendig meine ich jetzt nicht, dass ein sauberes Handtuch im Bad liegt.» Das ist nur die Aussage einer Person, aber (lacht) da steckt die Wertigkeit schon drin. Ich weiss nicht, ob die richtige Schlussfolgerung daraus ist, dass es Dinge gibt, die wichtig sind, und Dinge, die nicht wichtig sind. Aber das ist schon frustrierend für Menschen, die sich die ganze Zeit mit «Nicht-Wichtigem» beschäftigen.

Sigrun: Du sprichst von unterschiedlichen Wertigkeiten. Welche Tätigkeiten und Dinge haben auf dem Pappelhof oder innerhalb der BOP einen hohen Stellenwert?

Doro: Alles, was den Hof voranbringt, ist etwas wert. Dabei werden Sachen, die gesehen werden, in der Tendenz wertvoller eingeschätzt als diejenigen, die man nicht sieht. Die Wertvermittlung findet über die Anerkennung und das soziale Miteinander statt, sei es durch ein Extragespräch oder Zeit, die man sich füreinander nimmt. Insofern haben wir diese Wert- und Geldausdrücke wirklich überwunden. Aber wir hängen noch an der sozialisierten Bewertung von Dingen und Tätigkeiten. Gebautes ist zum Beispiel cooler als Kinderbetreuung.

Sigrun: Das heisst, der Wert einer Tätigkeit oder eines Dings orientiert sich an den aktuellen zentralen Werten der Gruppe. Und wie vermittelt ihr euch gegenseitig diese Wertschätzung?

Doro: Das ist schwierig, wenn man mit so vielen Menschen zusammenlebt. Wir wissen nicht, was wir alles tun, weil wir uns nicht die ganze Zeit kontrollieren oder beobachten oder aneinander teilhaben können. Und selbst wenn wir das tun, habe ich auch nicht immer das Lob auf den Lippen. Wir erinnern uns immer wieder gegenseitig daran, wie wichtig es ist, dass man diese Wertschätzung auch wirklich wahrnimmt und ausdrückt. Insofern spielt der Wert, den ein Ding hier hat, tatsächlich eine

Rolle. Er ist abhängig davon, wie viel Wertschätzung man von anderen dafür bekommt. Aber natürlich auch von einem selbst, wie man selber bewertet, ob einem etwas fehlt oder ob es gut klappt. Die Wertschätzung ist immer ein Balanceakt.

Vermögensökonomie

Sigrun: Ich möchte nochmal zurück zum finanziellen Anteil der Gemeinsamen Ökonomie kommen. Ihr habt eine Gemeinsame Alltagsökonomie, indem ihr Ausgaben und Einnahmen teilt. Habt ihr auch euer Vermögen und eure Schulden kollektiviert, also eine Gemeinsame Vermögensökonomie?

Franziska: Die Rücklagen der Leute haben wir nicht in die Gemeinsame Ökonomie reingenommen. Micha hat zum Beispiel sein Erbe ausbezahlt bekommen. Er hat aber keinerlei Alterssicherung. Wir haben gesagt: «Okay, lassen wir die Rücklagen draussen aus der Gemeinsamen Ökonomie. Wir lassen sie dann aber unberührt!» Das heisst, die verwenden wir nicht. Damit nicht einzelne Personen sich ihre Bedürfnisse mit diesem Geld erfüllen, die sie in der Gemeinsamen Ökonomie nicht befriedigt bekommen.

Sigrun: Das heisst, eure jeweiligen Vermögen sind individuell geblieben und werden von den Eigentümerinnen und Eigentümern nicht benutzt. Schafft das nicht unterschiedliche Abhängigkeiten vom Gelingen des Projekts?

Doro: Bezüglich Altersvorsorge hat mal jemand gesagt, das finde ich ganz toll (lacht): «Wir sitzen hier alle im gleichen Boot, mit all unseren nicht vorhandenen Karrieren, und einige haben Schwimmwesten an und andere nicht.»

Mangel und Luxus

Sigrun: Das klingt, als wäre eure Gemeinsame Ökonomie insgesamt zu prekär. Ist das so?

Doro: Ich glaube, viel Unsicherheit meinerseits kommt durch einen mangelnden Überblick über die Kosten zustande. Es bleibt die Unsicherheit, auf welchem Level wir hier weiterleben werden. Welchen Level wollen wir überhaupt? Was ist mit Rücklagen für Kinder? Die Gegenfrage, die ich mir natürlich stelle, ist, ob ich mich in einem Leben als Arbeitnehmerin so abrackern wollte, um mehr Geld zu haben, als ich vielleicht jetzt habe. Ich habe nicht wirklich eine Meinung dazu, ob wir hier arm oder benachteiligt sind. Hier entsteht ein anderer Reichtum (lacht).

Sigrun: Was macht diesen Reichtum aus? Ist es die soziale Integration in ein grosses Netzwerk, was sich luxuriös anfühlt?

Doro: Der Pappelhof fühlt sich jetzt erst mal klein an, das ist eher eine Kleingruppe. Das Eingebettetsein des Pappelhofs in das Netzwerk, das fühlt sich gross an. Das ist aber nicht wirklich greifbar, es ist ein Gefühl, das sich nicht in so und so vielen Mitgliedern ausdrückt (lacht). Es ist dieses Gefühl, dass wir viele sind, dass wir unheimlich viele Ressourcen und Möglichkeiten haben und dass fast nichts unmöglich ist, auf die Beine zu stellen (lacht). Und dass es ein Auffangnetz gibt. Emotional oder finanziell. Das schafft Freiraum. Es ist ganz schön viel, was hier alles passiert und wie sich alle gegenseitig kennen und unterstützen. Mehr Austausch wäre noch besser, aber ich habe das Gefühl, dass alle Projekte an der Grenze ihrer Kapazitäten sind, was Unterstützung anbelangt.

Timo: Ich finde es tatsächlich körperlich anstrengend zur Zeit. Ich merke, dass ich es in 5 bis 10 Jahren nicht mehr machen kann. Dafür sind die Arbeiten tatsächlich zu schwer. Aber de facto ist es kein schlechtes Leben. Das Essen ist gut, du bist mitten in der Natur, es gibt viele Leute, die hier vorbeikommen, die sozialen Kontakte sind gut. Das ist schön. Wenn du dich organisierst und ein bisschen Zeit hast, kannst du materiell sehr gut leben. Ich kann mich nicht erinnern, jemals in so einem materiellen Reichtum gelebt zu haben.

Sigrun: Für mich hört sich das so an, als lägen Mangel und Luxus sehr nah beieinander. Einerseits gibt es diese körperliche Erschöpfung im Kollektiv, von der du gerade gesprochen hast, Timo, und die finanziellen Engpässe in der gemeinsamen Kasse. Andererseits bietet dieses gemeinsame Leben einen sehr speziellen Reichtum. Wenn ich zum Beispiel im Gutshaus eure Inneneinrichtung anschau – die massgeschreinerten Einzelstücke, von Handwerkerinnen und Handwerkern beigetragen; das können sich innerhalb der Marktwirtschaft nur sehr wenige Menschen im Tausch gegen Geld leisten. Besonders erscheint mir auch der Reichtum an schönen Begegnungen und Beziehungen innerhalb des Netzwerkes. Welche Bedeutung hat denn dieses Netzwerk emotional?

Zugehörigkeit

Doro: Das Netzwerk oder die anderen Projekte sind wichtig, weil sie mir ein Gefühl von Aufgehoben-sein geben. Man kennt sich und man sieht sich regelmässig, immer wiederkehrend. Im Notfall sind das Anlaufstellen, die mir Sicherheit über den Pappelhof hinaus geben. Die Entscheidung für dieses Leben ist schon verbindend. Man hat etwas miteinander zu tun, dann verliert man sich wieder kurz aus den Augen, aber die Verbindung bleibt.

Sigrun: Das heisst, die Beitragsökonomie schafft auch ein Gefühl von Zugehörigkeit?

Doro: Ja! Das macht sich daran fest, dass ich jeden Tag mit den gleichen Leuten zusammenlebe, den Alltag teile und meine Gefühle teile, das, was ich mir vornehme zu bewältigen, teile, Unterstützung finde. Dass wir uns alle für unsere Gemeinsame Ökonomie verantwortlich fühlen, dass aus der Kasse Bedürfnisse befriedigt werden. Und dass wir hier alt werden können (lacht). Dass wir eine Gruppe bleiben, dass wir schauen, dass wir hier glücklich leben können und dass wir weiterkommen.

Ausschluss, Einschluss?

Sigrun: Im Moment führt ihr innerhalb der Gruppe heftige Auseinandersetzungen darum, wie sich die BOP eurer Meinung nach weiterentwickeln soll. Was sind für dich, Timo, denn im Moment Problem-punkte?

Timo: Ich glaube, es ist insgesamt zu viel für diese Gruppe. Es sind de facto zu wenig Leute. Vor allem ist es ein zu geschlossenes Konzept. Entweder bist du hier und in der Gruppe und machst auf dem Hof mit oder du bist halt nicht auf dem Hof und bist halt nicht Teil der Gruppe. Klar, die BOP ist jetzt noch nicht fertig. Das ist auf jeden Fall ein Prozess. Es gibt auch Dinge, die den Aufbau einer anderen Produktionsweise verhindern, wie zum Beispiel eine gewisse Unverbindlichkeit in der Produktion und dass wir alles ganz neu regeln müssen. Das schafft eine enorme Unsicherheit. Damit können Leute verständlicherweise unterschiedlich umgehen.

Sigrun: Was passiert konkret, wenn die Strukturen für Menschen ungewöhnlich sind und sie verunsichert sind?

Timo: Zum Beispiel sagen Bewohnerinnen und Bewohner, dass sie nicht mehr mit so vielen Leuten zusammenarbeiten können. Wenn jemand mitmachen will, sagen sie «nein, geht gerade nicht» und verhindern Partizipation und Selbstorganisation. Ich kann das auch verstehen. Ich denke, aus Überforderung erfolgt eine Abschottung, die eigentlich dem Ziel, das man formuliert hat, widerspricht. Ein anderes Problem ist der Verlust von Gestaltungsmöglichkeiten. Wir haben hier 20 Hektar Land, auf denen man Landwirtschaft betreiben kann. Es ist zum Beispiel bis jetzt nicht möglich gewesen, zu sagen: «Ein Hektar ist für alle Leute aus dem Netzwerk, die etwas machen wollen.» Das ist nicht möglich, weil einige Bewohnerinnen und Bewohner davon überzeugt sind, dass das Kollektiv den Hof gestalten muss.

Sigrun: Macht es einen Unterschied, dass ihr als Bewohnerinnen und Bewohner mehr betroffen seid von Entwicklungen des Projektes als andere Beteiligte aus dem Netzwerk?

Timo: Ja, weil die Bewohnerinnen und Bewohner abhängig sind von diesem Hof und es für sie nicht nur ein Experiment ist. Klare Grenzen festzulegen, das ist meiner Meinung nach für die BOP eines der Hauptprobleme. Weil dadurch verhindert wird, dass Leute kommen und lustvoll mitmachen. Meiner Meinung nach sind die wichtigen Punkte nicht, ob man sechs oder acht Tonnen Getreide erntet. Wichtig ist es erst mal, solche Dinge zu klären. Das sehe ich nicht hoffnungslos, aber leider schon konflikthaft.

Persönliche Perspektive

Sigrun: Zum Schluss möchte ich euch fragen, wie ihr eure persönliche Zukunft auf dem Pappelhof seht. Franziska, wo siehst du deinen Platz? Was muss sich noch verändern?

Franziska: Ich habe immer wieder Lust, neue Sachen auszuprobieren. Ich finde es grossartig, dass ich das hier kann! Ich wollte mal ein Strohhallenhaus bauen, dann haben wir dieses Haus hier auch gebaut. Ich wollte einen Backofen bauen, dann haben wir den Backofen gebaut. Oder Stucco lustro, diesen Kalkputz, jetzt hab' ich drüben im Gutshaus Stucco lustro an den Wänden. So gibt es immer wieder Sachen, in denen ich mich ausprobieren will. Ich kann nicht sagen, was sich hier auf dem Hof tun muss, das tut sich ja auch in mir. Deshalb sehe ich meine Perspektive schon auf dem Pappelhof.

Sigrun: Und du, Doro? Wie schätzt du die Weiterentwicklung des Projekts und deine Zukunft im Projekt ein?

Doro: Ich denke, dass das Projekt weiterbestehen wird. Über Jahre. Dass sich Leute hier im Projekt wiederfinden, Lust darauf haben, so was aufzubauen. Ich weiss nicht, wie lange die BOP noch weiterfunktioniert, so, wie sie bisher funktioniert hat. Sie hat ja Experimentcharakter und es wird immer wieder evaluiert. Ich glaube, dass einige aus der Bewohnerinnen- und Bewohnergruppe andere Wege gehen, um etwas zu verwirklichen, das sie hier nicht verwirklichen können. Vielleicht werden sie auch wieder auf den Hof zurückkommen. Ich glaube, dass die Gruppe immer weiter wachsen wird. Ich hoffe, dass es entspannter miteinander wird – indem es mehr Rückzugsräume gibt oder mehr Kleingruppen und trotzdem ein grosses Gesamtes bleibt, dass uns das nicht verloren geht. Davon hängt auf jeden Fall mein Wohlbefinden ab.

Sigrun: Und du, Timo? Denkst du, dass du hierbleibst?

Timo: Ich will auf jeden Fall weiter BOP machen. Ob es hier auf dem Hof oder woanders ist, das sei mal dahingestellt. Aber es müsste schon sehr viel passieren, dass ich hier weggehe. Selbst wenn das so wäre, hätte ich kein schlechtes Gefühl. Dann würde ich denken: «Das hat sich gelohnt oder so ist es halt.» Ich hätte immer das Gefühl, dass ich zurückkommen könnte. Das gehört zu diesem Projekt, dass es offen ist und sich entwickelt. Ich arbeite mit anderen Leuten zusammen, die sich auch in Richtungen entwickeln können, die nicht unbedingt meine sind. So kann es sein, dass es dann auch nicht mehr passt. Ich glaube aber nicht, dass es so weit kommt, dass ich hier nicht mehr zu Besuch kommen kann. Das wäre allerdings auch ein extremer Verlust. Den Pappelhof gar nicht mehr zu haben (lacht), das wär' echt krass!³⁶

36 Interviewcollage aus Interviews auf dem Pappelhof mit Doro am 14.9.2011, Gerda am 7.9.2011, Franziska am 12.4.2011 und Timo am 15.7.2011

Kommentar

Heinzpeter Znoj

Die Leute vom Pappelhof schliessen in ihrer «Bedürfnisorientierten Produktion» (BOP) den «äquivalenten» bzw. liquidierenden Austausch aus, wie ihn die Geldwirtschaft mit sich bringt. Äquivalente oder genauer liquidierende Transaktionen ermöglichen, dass zwei Transaktionspartner etwas austauschen, ohne deswegen in eine Beziehung zueinander zu treten, die länger dauert als der Austausch selbst. Nach der Transaktion sind sie quitt. Genau das wollen die Mitglieder des Netzwerks der Bedürfnisorientierten Produktion verhindern. Im Gegenteil, sie wollen Transaktionen von Gütern und Arbeit in verbindliche Beziehungen einbetten.

Das Geld als Tausch- und Zahlungsmittel scheint den liquidierenden Austausch zu ermöglichen und so eine anonyme Gesellschaft hervorzubringen, in der der Markt alle Bedürfnisse befriedigt. Tatsächlich ist nicht das Geld die Ursache dieser Entwicklung, sondern die Menschen haben im Laufe der Geschichte gelernt, sich so distanziert und autonom zueinander zu verhalten, dass liquidierende Transaktionen möglich wurden, in denen Geld als Tausch- und Zahlungsmittel funktionieren kann.³⁷

Die Leute vom Pappelhof wissen das – sie haben Texte zur Wertkritik gelesen, bevor sie ihr Projekt gestartet haben. Sie verbannen deshalb nicht einfach nur das Geld so weit wie möglich aus ihrer Bedürfnisorientierten Produktion, sondern auch den Habitus des äquivalenten Tausches, für den das Geld symbolisch steht. Deshalb betreiben sie keine Tauschhandelswirtschaft, sondern geben ihre Produkte ohne definierte Gegenleistung jedem Mitglied des BOP-Netzwerks ab, das sie braucht. Doch auch wenn ein solches Abgeben nicht mit einer unmittelbaren Gegenleistung abgegolten werden soll, werden Gegengaben oder Gegenleistungen durchaus mittelbar erwartet und eingefordert. Franziska drückt das gleich zu Beginn des Gesprächs klar aus. Sie berichtet, dass sie eine Frau aus Oranienburg, die schon lange Kartoffeln erhalten hatte, einlud, um beim Kochen für eine Baustelle mitzuhelfen. Und später liess sie sich von ihr eine bestimmte Keramikglasur-Technik beibringen.

Auch die Bewohnerinnen und Bewohner des Pappelhofs erhalten Güter von anderen Projekten im Netzwerk – zum Beispiel Most von der Kommune Klötze. Sie fühlen sich verpflichtet, im Gegenzug in jenen Projekten etwas beizutragen, also beispielsweise bei der Apfelernte mitzuhelfen. Aber sie achten darauf, dass dabei nicht abgerechnet wird, die empfangenen Güter nicht gegen die gegebenen aufgerechnet werden.

Die Regulative dieser nichtliquidierenden Transaktionen sind einerseits die Bedürfnisse der Empfängerinnen aus dem Netzwerk BOP – die Backgruppe in Erfurt kann so viel Getreide beziehen, wie sie braucht – und andererseits die Verbindlichkeit, mit der sich die Mitglieder des Netzwerks BOP insgesamt an der Produktion beteiligen.

Auf diese Weise einen Austausch in Gang zu bringen, ist offensichtlich nicht einfach. Zum einen berichtet Gerda aus der Backgruppe in Erfurt, dass es für sie anfangs schwer war, «einfach fünf Tonnen Getreide vom Pappelhof zu nehmen und zu sehen, wie die Leute dafür schufteten». Aber inzwischen kann sie entspannt annehmen und gibt mit Freude zurück, indem sie immer wieder auf dem

³⁷ Znoj, Heinzpeter, 1995, *Tausch und Geld in Zentralsumatra. Zur Kritik des Schuldbegriffes in der Wirtschaftsethnologie*. Berlin: Reimer.

Pappelhof mithilft. Timo kritisiert allerdings, dass viele aus dem Netzwerk, die etwas erhalten, sich zu wenig verbindlich oder überhaupt nicht an der Produktion beteiligen. Da hilft manchmal eine Rundmail wie jene, die den Maurer, der schon drei Jahre Kartoffeln bezogen hatte, bewog, ein paar Wochenenden Maurerarbeiten auf dem Pappelhof zu leisten. Die Mitglieder des Netzwerkes BOP müssen lernen, trotz Verzicht auf den äquivalenten Tausch eine funktionierende Wirtschaft aufzubauen. Dazu gehört, dass sie ihren geldwirtschaftlichen Habitus überwinden und Verbindlichkeiten durch Verbindlichkeit ersetzen.

Die BOP erinnert an den Gabentausch, wie er von Anthropologen zu Beginn des 20. Jahrhunderts beschrieben worden ist. Auch dort sind Transaktionen nichtliquidierend und beziehungsstiftend. Gaben *müssen* erwidert werden, wie Marcel Mauss festhielt.³⁸ Nur eben nicht im Modus des äquivalenten Tausches. Im Gabentausch gilt das Gebot: «Du sollst nicht zählen!», wie Michel Callon und Bruno Latour festgestellt haben.³⁹ Genau diesem Gebot folgen auch die Angehörigen des Netzwerkes, um ihre Art des Austausches in Gang zu bringen. Gerda sagt, dass sie inzwischen nicht mehr ausrechnet, wie viel ein Sack von dem Getreide, das sie erhält, eigentlich kosten würde.

Wie in den ethnografisch überlieferten grossen Systemen des Gabentausches geht es auch im Netzwerk BOP darum, Allianzen mit anderen Gruppen mit ähnlichen Zielen zu schliessen. Die verbündeten Gruppen des Pappelhofs, der Kommune Klötze, der Landkooperativen Gran Tempo und der Backgruppe Erfurt tauschen miteinander aus wie die von Malinowski beschriebenen Argonauten des westlichen Pazifik⁴⁰, nur reisen diese Argonauten über die raue See des westlichen Kapitalismus, um ihre Inseln der Beitragsökonomie zu verknüpfen.

Es fällt dem Aussenstehenden schwer, die BOP als ernstgemeintes ökonomisches Experiment anzuerkennen. Zu irrational erscheint es, das Produkt harter Arbeit eines ganzen Jahres ohne definierte Gegenleistung einfach an Mitglieder eines diffusen Netzwerkes abzugeben und sich mit dem Verzicht auf ein Einkommen aus der Produktion umso abhängiger von spärlichen Geldspenden von Netzwerkmitgliedern und knappen EU-Subventionen für den Landwirtschaftsbetrieb zu machen. Was macht es für einen Sinn, das Abgeben von Kartoffeln und das Annehmen von Mitarbeit und Spenden so voneinander zu trennen, dass das eine nicht als Gegenleistung für das andere erscheint? Ist das Ganze nicht ein unehrliches Spiel, die vordergründige Inszenierung einer Utopie, die im Hintergrund durch Geld subventioniert wird, das aus der normalen kapitalistischen Wirtschaft stammt? – Man wird der BOP nicht gerecht, wenn man nur ihre ökonomische Bilanz betrachtet. Indem sie den Austausch in soziale Beziehungen einbettet, schafft sie starke, belastbare Netzwerke und bringt eine Lebensform hervor, die für viele Beteiligte erfüllend ist.

Die Bewohnerinnen und Bewohner des Pappelhofs leben eine intensive Geselligkeit und teilen die materiellen Nöte ihres alternativen Lebensstils. Besucherinnen und Besucher aus dem Netzwerk nehmen phasenweise daran teil. Die materiellen Risiken, die damit verbunden sind, werden allerdings sehr ungleich verteilt. Wie Besuchende aus dem Netzwerk, die immer wieder in die bürgerliche Welt der

³⁸ Mauss, Marcel, 1989 [1925], *Die Gabe. Form und Funktion des Austausches in archaischen Gesellschaften*, Frankfurt a.M.: Fischer.

³⁹ Callon, Michel und Bruno Latour, 1997, «*Tu ne calculeras pas!*» ou comment symétriser le don et le capital, *Revue du Mauss* 9: 45–70.

⁴⁰ Malinowski, Bronislaw, 1979, *Argonauten des westlichen Pazifik. Ein Bericht über Unternehmungen und Abenteuer der Eingeborenen in den Inselwelten von Melanesisch-Neuguinea*. Frankfurt: Syndikat.

Lohnarbeit zurückkehren, haben auch manche Bewohnerinnen und Bewohner aufgrund ihres Berufs oder eines Erbes die Möglichkeit, in ein Leben in materieller Sicherheit zurückzukehren, wenn das BOP-Experiment einmal vorbei sein sollte. Nicht alle sind gleich stark davon abhängig, nicht alle haben ein gleich grosses Interesse am nachhaltigen Erfolg des Experiments. Manche können mehr riskieren – auch Konflikte, die die BOP gefährden. Diese hintergründige Ungleichheit mindert insgesamt die existenzielle Verbindlichkeit des Engagements der einzelnen Mitglieder.

Die BOP, in der alle, die wollen, nach ihren Möglichkeiten beitragen, und alle, die wollen, von den Produkten nach eigenen Bedürfnissen nehmen, erweist sich bei näherer Betrachtung als ein soziales System, in dem unweigerlich unterschiedliche Kategorien der Zugehörigkeit und der Anspruchsberechtigung geschaffen und somit Grenzen gezogen werden. Es gibt die Bewohnerinnen und Bewohner, unter denen jene mit von denen ohne «Schwimmwesten» unterschieden werden; es gibt das Netzwerk der Beitragenden, die von ausserhalb besuchsweise auf den Pappelhof kommen und mitarbeiten. Und es gibt jene, die nur empfangen, dies aber in einer verbindlichen Weise tun, die Zugehörigkeit stiftet. Und um all diese Unterkategorien ist eine weitere, die wichtigste Grenze gezogen, jene zu den normalen Bürgerinnen und Bürgern, die etwas nur annehmen können, wenn sie dafür bezahlen, und die nur etwas beitragen, wenn sie dafür bezahlt werden. Diese Art des Austausches ist langweilig, wie Franziska sagt.

Gebende und Empfangende der Produkte der BOP haben einen gemeinsamen Habitus. Sie gehören zum selben alternativen sozialen Feld, in dem die Geldwirtschaft als Hindernis zu einem erfüllten, nichtentfremdeten Leben angesehen wird und in dem Räume geschaffen werden, in denen das *andere* Leben und das *andere* Wirtschaften ansatzweise eingeübt werden können.

Die Teilnehmenden am Projekt

PD Dr. Eske Bockelmann

Eske Bockelmann unterrichtet am germanistischen Institut und dem Institut Antike und Europa der TU Chemnitz (D) und lehrt alte Sprachen am Gymnasium. Er forscht zur Geschichte und Theorie des Geldes.

Prof. Dr. Aldo Haesler

Aldo Haesler lehrt Soziologie an der Universität Caen (F) und forscht auf den Gebieten des sozialen Wandels, der Geldsoziologie und der soziologischen Theorie (relationale Soziologie).

Gernot Jochum-Müller DAS, MSc

Gernot Jochum-Müller ist selbständiger Unternehmensberater in Dornbirn (A). Er ist Mitgründer von TALENTE-Vorarlberg, dem Netzwerk für faire Ökonomie, und der Gründer der ALLMENDA Social Business eG, die mehrere regionale Währungen herausgibt.

Dr. Ulrike Knobloch

Ulrike Knobloch ist Oberassistentin am Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit der Universität Fribourg (CH). Sie lehrt und forscht im Themenbereich Gender – Ökonomie – Ethik.

Prof. Dr. Eva Lang

Eva Lang ist emeritierte Professorin für Wirtschaftspolitik an der Universität der Bundeswehr München (D); Schwerpunkte der Lehr- und Forschungsarbeiten sind die sozialökologische Ökonomie, Fragen der nachhaltigen Sozial- und Finanzpolitik des Staates, der demografische Wandel sowie das Vorsorgende Wirtschaften.

Heidi Lehner

Heidi Lehner ist Geschäftsführerin der Sunflower Foundation in Zürich (CH) und leitet deren Komplementärgeldprojekte. Sie ist unter anderem als Beraterin für die Zeitvorsorge KISS Obwalden tätig.

Sigrun Preissing

Sigrun Preissing ist promovierte Ethnologin und forscht über Transaktionsformen, Personen- und Wertevorstellungen in ökonomischer Praxis. Seit vielen Jahren ist sie selbst Praktikerin alternativer Wirtschaftsformen.

Gottfried Schubert

Seit 1989 erforscht Gottfried Schubert als Beteiligter das Leben in Initiativen alternativen Wirtschaftens. 18 Jahre lang hat er die – und wurde er von der – Kommune Niederkaufungen (D), einer grossen Lebensgemeinschaft, mitgestaltet. Dadurch hat er Einblick in unterschiedlichste Formen der kollektiven Selbstorganisation.

Conrad Wagner

Conrad Wagner ist Mitbegründer der damaligen ATG AutoTeilet-Genossenschaft in der Schweiz, heute fusioniert als Mobility CarSharing Schweiz. Weitere Stationen seiner Entwicklungen für mobility services brachten ihn nach San Francisco und Seattle in den USA. Zurzeit lebt er mit seiner Familie wieder in Stans, Nidwalden, in der Schweiz, von wo aus er weltweit in innovativen Projekten für Mobilität und Verkehr arbeitet.

Prof. Dr. Theo Wehner

Theo Wehner ist emeritierter Professor für Arbeitspsychologie an der ETH Zürich und Gastprofessor an der Universität Bremen (D). Er forscht u.a. auf dem Gebiet der frei-gemeinnützigen Tätigkeiten (Volunteering) und Corporate Volunteering.

Prof. Dr. Heinzpeter Znoj

Heinzpeter Znoj unterrichtet am Institut für Sozialanthropologie der Universität Bern (CH). Er lehrt und forscht in vergleichender ethnographischer Perspektive zu Tauschbeziehungen und Geldpraktiken.